ANTIFASCHISTISCHE NRW ZEITUNG

Nr. 16 * Winter 97/98 * 4,- DM



Bioregionalismus



Tod dreier Neonazi-Kader



Rechtes Bündnis gegen Wehrmachtsausstellung



Das “Nationale Infotelefon Rheinland”

Liebe Leserinnen und Leser,

ein schönes Neues! Wie immer reichlich spät haltet Ihr die neue Ausgabe der Antifa-NRW Zeitung in den Händen. Dieses Mal mit Hintergrundartikeln zu Bioregionalismus und zu den neuesten Entwicklung in der militanten Neonazi-Szene, vor allem geprägt durch einen Autobahn-Unfall auf der A1.
Falls Eure Stadt nicht in den Städteberichten auftaucht, lebt Ihr entweder in einer "nazifreien Zone" (was unwahrscheinlich ist), oder Ihr solltet selber mal aktiv werden und Artikel schreiben. Nichts desto trotz hoffen wir, daß Euch diese Ausgabe gefällt und verbleiben

bis demnächst,
Eure Redaktion.

EDITORIAL

EDITORIAL

Impressum

V.i.S.d.P.: P. Schulze
Kontakt:
Antifaschistische Zeitung NRW
c/o Infoladen, Brunnenstr.41,
42105 Wuppertal
Bankverbindung:
Geschichtswerkstatt Dortmund,
Stichwort NRW
Konto-Nr.: 301 0375 603
BLZ: 441 600 14
Dortmunder Volksbank
Auflage: 1000
Erscheinungsweise: vierteljährlich

Abobedingungen: Wegen der hohen Portokosten kostet ein Jahresabo 18,-DM, also 4,50 DM pro Ausgabe. Bei Bestellungen ab 5 Einzelexemplaren pro Ausgabe gibt es Rabatt. Bestellungen bitte an die oben angegebene Kontaktadresse. Zahlungen mit Absenderadresse bitte auf das oben genannte Konto überweisen oder in Bargeld, Scheck oder Briefmarken an unsere Kontaktadresse.

Eigentumsvorbehalt: Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur Habenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Abo

An die **Antifaschistische Zeitung NRW**
c/o Infoladen, Brunnenstr. 41,
42105 Wuppertal

Ich / wir möchten die Antifaschistische Zeitung NRW für 4 Ausgaben zu 18,- DM abonnieren:
Den Betrag von ☐ DM habe(n) ich / wir
bar / in Briefmarken beigelegt ☐
bereits überwiesen: ☐

Für ein Förderabo bekommt ihr ☐ DM.

Mit der letzten bezahlten Ausgabe erhalte(n) ich / wir eine Rechnung für die nächsten 4 Ausgaben.
Für WiederverkäuferInnen gibt es natürlich Rabatt (bitte nachfragen)!

Konto: Geschichtswerkstatt Dortmund,
Stichwort NRW
Konto-Nr. 301 0375 603,
BLZ: 441 600 14,
Dortmunder Volksbank

Inhalt

Mit Bioregionen Mutter Erde heilen

Schon Anfang des Jahres, am 15. März 1997, wurde die Hagener Öffentlichkeit auf einen sog. "Bioregionalistischen Arbeitskreis Südwestfalen - Plattform für Natur, Kultur und Heimat" (AK Bioregionalismus) aufmerksam gemacht. An diesem Tag sollte in der Altenhagener Gaststätte "Zum Dreieck" eine Vortragsveranstaltung zu den Themen "Vril-Mythos" und "Oswald Spenglers 'Untergang des Abendlandes' aus energetisch-psychologischer Sicht" stattfinden, organisiert vom bekannten Hagener Ökofaschisten ***Leif-Thorsten Kramps****. Aufgrund des Protestes von AntifaschistInnen vor dem Lokal wurde die Veranstaltung abgebrochen. Drei Monate später, vom 13. - 15. Juni, fand am Hagener Bismarckturm das esoterische Open-Air-Festival "Earth Days" statt. Mit einem Stand dabei: der AK Bioregionalismus. An dieser Stelle soll über organisatorische und inhaltliche Hintergründe berichtet werden.*

... grün-braun ist die "Stachelbeere": Hagen

In der westfälischen Stadt Hagen treibt sich zwar so einiges Volk am rechten Rand und im rechten Sumpf herum, doch sind die meisten Vertreter dieser Spezies eher "lichtscheu". Eine Ausnahme stellt der 27 Jahre alte Leif-Thorsten Kramps, Sohn des SPD-Landtagsabgeordneten Wilfried Kramps, dar. Mit seinem seit 1996 bestehenden "Bioregionalistischen Arbeitskreis Südwestfalen" trat er im April dieses Jahres an das Anzeigenblatt "Wochenkurier" heran, um Werbung für "die gute Sache" zu machen, landete allerdings unter der Überschrift "Mit Schwitzhütten heim ins Reich? - Hagens rechte Szene hat ein neues Traumpaar" auf der Titelseite. Gemeinsam mit dem bislang nur als Organisator einer indianer-esoterischen "Sand Creek Gedenkgruppe" und als Mitarbeiter des Hagener Dritte-Welt-Ladens bekannten **Holger Kliemannel** war Kramps auch mit einem kleinen Infotisch auf den esoterisch-alternativen Earth Days vertreten. Dort verteilte er Flugblätter an die zahlreich angereisten Besucher/innen des Festivals, verkaufte neuheidnische Zeitschriften und warb mit einem A5-Blättchen namens "Die Stachelbeere" für den eigenen Arbeitskreis. Dieser Rundbrief erschien erstmals im April 1997, gemeinsam herausgegeben von Kliemannel und Kramps. In der 8-12-seitigen "Stachelbeere" finden sich Märchen, Kultplatzbeschreibungen, Buch- und Veranstaltungstips und Aufrufe, u.a. zu einer Demonstration zur Sommersonnenwende am hessischen Hohen Meißner, der als "heiliger Platz" mit einem Hotelneubau versehen werden soll. Dieser Aufruf wurde auch in "Huginn und Muninn", Zeitschrift der "Arbeitsgemeinschaft naturreligiöser Stammesverbände Europas (ANSE)" abgedruckt. Ein Hinweis darauf, daß sich Kramps, Mitglied der "Gesamtdeutschen Solidarität - Öko-Union" und Unterzeichner der "Pulheimer Erklärung" immer noch als "Heide" begreift (zu seiner Person s. Antifaschistischer Bericht Wuppertal Winter 1993, S.27).



LEIF-THORSTEN KRAMPS UND HOLGER KLIEMANNEL

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die geänderte Aufmachung der Schriftstücke des AKs (s. Abb.). Der Wechsel vom offensichtlich konservativ-altdeutschen Schriftbild hin zum modernisierten und neutraleren Layout soll breitere Interessentenkreise ansprechen und rassistische Grundeinstellungen verbergen. In der dritten Ausgabe der "Stachelbeere" kündigen



OUTFIT-WECHSEL FÜR NEUE INTERESSENTINNEN

Stichwort: Bioregionalismus

Bioregionalismus ist ein in den 70er Jahren in den USA und Kanada von Vertretern der spirituell-ökologischen Alternativbewegung entwickeltes Konzept. Es ist aus der Ablehnung des klassischen Umweltschutzes entstanden, der vom Menschen als Maß der Dinge ausgeht (Anthropozentrismus). Bioregionalisten geben vor, die Natur ins Zentrum des Lebens zu stellen und für sie zu sprechen (Biozentrismus). Grundidee ist die Existenz natürlich vorgegebener Bioregionen, die "historisch und mythisch" als "biophysische Organismen" faßbar seien. Diese speziellen Lebensräume "sollen von der jeweiligen menschlichen Rasse" anerkannt werden. In den Bioregionen soll die "lebende Mutter Erde" auf tiefenökologischem Wege "befreit" werden, was v.a. dadurch geschieht, daß jeder Mensch den ihm durch die Naturgesetze vorgegebenen Platz in der bioregionalen Gemeinschaft einnimmt. Hierzu gehört insbesondere die "Anerkennung" der Frauen in der Gesellschaft, da deren "naturnahe Funktion der Fruchtbarkeit" die Grundstütze jeder "ganzheitlichen Beziehung zwischen Mensch und Natur" darstelle. Besonders wichtig sei die "Wiedereinwohnung" der Regionen durch Menschen mit "Heimatrecht" u.a. durch die Belebung von Kultplätzen. In Nordamerika passiert das v.a. durch romantische Verklärung indigener "Urkulturen" von zumeist studierten Weißen.
Hauptvertreter des Bioregionalismus sind u.a. **Peter Berg**, **Thomas Berry**, **Gene Marshall**, **Kirkpatrick Sale** und **David Haenke**. Organisatorisches Zentrum ist die 1973 gegründete "Planet Drum Foundation (PDF)" mit Sitz in San Francisco. Die PDF gibt die Zeitschrift "Raise The Stakes" heraus und vereint mittlerweile als Dachorganisation bioregionalistische Gruppen weltweit. In Europa gehören der PDF u.a. die "Cornish National Party" aus Cornwall/GB, die Vereinigung "AAM Terra Nuova" aus Scarperia/Italien und die "Unabhängigen Ökologen Deutschlands" (UÖD) an. Zeitschriftenprojekte diverser bioregionalistischer Gruppen wie "Frontiere" und "Tellus" / Italien, "Triskel" / Spanien und "Le Recours aux Fôrets" / Frankreich sind seit ihrem Bestehen in das Geflecht der Neuen Rechten eingebunden. In Frankreich griff die Strömung um **Alain**

die Hagener Bioregionalisten/innen an, daß sie zur "Kooperation zwischen traditionellen und spirituellen Ökologen" mit möglichst vielen Umwelt- und Naturschutzorganisationen Kontakt aufnehmen werden.

... vom Hirschkäfer zur Stachelbeere: die Vorläufer des AKs

Ende 1991/Anfang 1992 entstand in Hagen ein von Kramps gegründeter "Junge Freiheit-Leserkreis". Dieser Leserkreis formierte sich Mitte 92 zum "Ökologisch-Konservativen Arbeitskreis Südwestfalen / Bergisch Land" um, in dessen Rahmen verschiedenste Vertreter des rechten Spektrums eingeladen wurden u.a. der Ex-ÖDPler **Hans Rustemeyer**, der auch schon für "Nation & Europa" schrieb. Hiermit versuchte Kramps, eine regelmäßige Veranstaltungsreihe mit namhaften "Nazireferenten" zu etablieren. Zu den Treffen erschienen aber selten mehr als 20 Personen, diese dann allerdings gut "ausgesucht" und aus einem großen Umkreis.
1996 wurde aus dem "Ökologisch-konservativen AK" der "Bioregionalistische Arbeitskreis Südwestfalen". Das erste Treffen am 15. März 1997 sollte mit den beiden Referenten **Dr. Peter Bahn** und **Heiner Gehring** mit "zwei hochbrisanten Vorträgen an einem Abend" (Themen siehe Einleitung) aufwarten. Der Nationalrevolutionär Bahn ist bekannt als ehemaliger Landesvorsitzender der bayrischen FAP (später "Nationale Offensive" NO), und Mitglied der NS-Sekte "Deutsche Unitarier". Heiner Gehring hingegen ist auf dem direkten ökofaschistischen Gebiet besser bewandert, gibt er doch gemeinsam mit Hans Rustemeyer "Volk und Land - Rundbrief für ökologische Patrioten" heraus. Auch mit dem Thema Bioregionalismus hat sich Gehring schon befaßt: im April 1996 erschien in der 7. Ausgabe von "Volk und Land" ein Beitrag von ihm: "Bioregionalismus - Die Gegner machen mobil".
Die Gruppe um die beiden Hagener Kramps und Kliemannel nutzt offensichtlich ihre guten Kontakte sowohl ins ökofaschistische und neuheidnische Lager (über Kramps), als auch in links-alternative bis esoterische Bereiche (über Kliemannel), um im Endeffekt als "unpolitische" Bioregionalisten/innen anerkannt zu werden ("weder rechts noch links", Kliemannel in einem Leserbrief an den Wochenkurier).

Daß auch sog. Eine-Welt-Gruppen nicht vor biozentristischen Positionen zurückschrecken, zeigt die Beschäftigung mit Bioregionalismus in der Zeitschrift "Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen" in ihrer Ausgabe 190 (1995), in der u.a. Eduard Gugenberger und der "Earth First" (EF)-Gründer **Dave Foreman** zu Wort kommen. Oliver Geden, Autor des Buches "Rechte Ökologie" stellt dazu fest, daß es "u.a. Versatzstücke biozentrischer Ideologie sind, denen es mit ihrer scheinbaren Radikalität gelingt, nun auch bei jugendlichen Umweltbewegten massiv rechtsökologisches Gedankengut zu verankern; nicht zu vergessen, daß mittlerweile sogar Teile ehemals linksautonomer Infoladenstrukturen (besonders im Ruhrgebiet) unter die Räder des Biozentrismus geraten sind" (gemeint sind hiermit radikale Tierrechtsgruppen, die ErdbefreierInnen, politische VeganerInnen ...).

Unabhängige Ökologen auf dem Weg in die "Mitte"...

Derzeit gelten die "Unabhängigen Ökologen Deutschlands" (UÖD) als wichtigste grünbraune Organisation in der Bundesrepublik. Die Rechtsabspaltung der ÖDP vereint (ehemalige) Mitglieder der Republikaner, der NPD, des "Weltbund zum Schutz des Lebens (WSL)", der nicht mehr existierenden nationalrevolutionären Partei "Die Weißen", des "Armanenordens" u.a. rechter Gruppierungen. Bundesvorsitzender ist seit 1993 der 70-jährige Prof. **Herbert Pilch**, der nach dem Umsturz in der ÖDP zusammen mit **Herbert Gruhl** die UÖD gründete. Vierteljährlich wird seitdem die Verbandszeitschrift "Ökologie" herausgegeben. Dort läßt sich auch nachlesen, wofür die UÖD stehen: "Die derzeitige Explosion der Weltbevölkerung ... zerstört immer mehr intakte Naturflächen", "Die Öffnung relativ stabiler Regionen für massenhafte Einwanderungen führt auch dort zur Verschärfung der ökologischen Krisen", "Nur wer sein eigenes Land liebt und pflegt und den Reichtum der Sprachen, Ethnien und Kulturen vor Zentralismus und multikultureller Vermassung schützt, achtet auch die Heimatliebe anderer Völker". Diese Ideologie ist eine manchmal plumpe, manchmal aber auch gut getarnte Mixtur aus Biologismus, Regionalismus, Naturmystik und völkischem Nationalismus.

Direkt nach Erscheinen des bislang einzigen deutschsprachigen Buches zum Thema von Gugenberger/Schweidlenka "Bioregionalismus - Bewegung für das 21. Jahrhundert" (1995) erschienen in vielen nationalistischen Publikationen Buchbesprechungen, Interviews mit den Autoren und Beiträge, die die Inhalte aufgriffen. Auch die Wochenzeitung "Junge Freiheit" kam in der Ausgabe vom 19.4.1996 nicht umhin, das Buch wohlwollend zu rezensieren. Dort wurde erkannt, daß "Bioregionalismus gegen den Ausverkauf von Heimat steht" und eine "explosive Widerstandskraft gegen die moderne kapitalistische Mobilität" besitzt.

Die UÖD sprangen sofort auf den Zug auf und gründeten einen Arbeitskreis für spirituelle Ökologie/Bioregionalismus, was schließlich zum Jahreswechsel 1996/97 zu ihrem Beitritt in das internationale Netzwerk des Bioregionalismus "Planet Drum Foundation" führte. Vorausgegangen war eine einjährige Diskussionsphase, in der sich die "Ökologie" ausgiebig mit dem gesamten Themenkreis einschließlich Tiefenökologie und "Earth First", beschäftigte. Auch hier kommt wieder Dave Foreman, seines Zeichens "Chef-Erdbefreier" von EF, zu Wort. Aktiv an dieser Entwicklung beteiligt hat sich das österreichische Historikerteam Gugenberger/Schweidlenka, das noch 1987 mit dem Buch "Mutter Erde - Magie und Politik" die ideologische Nähe von spirituellem und faschistischem Gedankengut in der New-Age-Szene belegte und damit für fundiertere Diskussionen in der antifaschistischen Bewegung sorgte. Die beiden kritisierten allerdings nicht Esoterik generell als Einfallstor für reaktionäre Entwicklungen, sondern versuchten nur zwischen schlechter und guter Esoterik zu trennen. Nun haben die beiden aber anscheinend ihre eigene Kritik vergessen und sehen in ihrer Zusammenarbeit mit den lediglich "wertkonservativen" UÖD eine "neue Qualität". Die ÖDP-Abspaltung habe schließlich einen "ideologischen Schwenk weg vom traditionellen rechtsextremen Lager" vollzogen. Unter dem Deckmantel des "Naturkonservatismus" gedeiht "jenseits von rechts und links" die Kooperation prächtig. KritikerInnen werden dem neuen Hauptfeind der bioregionalistischen Bewegung, der nicht näher benannten "extremen Linken" zugeordnet. Sie selbst erklären natürlich immer wieder, daß sie ein "Produkt der demokratischen Mitte" seien.

Die "Unabhängigen Ökologen" beziehen sich in ihrer Diskussion um Bioregionen häufig auf europäische Ideologen, denn eine "unkritische Kopie des US-Modells" erscheint ihnen nicht angebracht, vielmehr sei eine Weiterentwicklung und Anpassung an die europäischen Gegebenheiten nötig. Dazu ziehen sie die rechtskonservativen Begründer des deutschen Naturschutzes **Ernst Rudorff** und **Wilhelm Heinrich Riehl** sowie die faschistoiden Lebensphilosophen **Oswald Spengler** und **Ludwig Klages** herbei (Spengler begründete mit seinem 1918/22 erschienenen Hauptwerk 'Der Untergang des Abendlandes' die "Blut und Boden"-Mystik).

Ähnlich wie bei dem Hagener Bioregionalismus-Arbeitskreis zeigt sich bei der Betrachtung der Zusammenarbeit der UÖD mit Gugenberger/Schweidlenka, daß die unterschiedlichen Kontakte weidlich genutzt werden: Die braunen Ökologen bekommen über dieses Thema Zugang zu ihnen bisher weitestgehend verschlossenen Kreisen der Alternativ- und Esoterikszene und die beiden "puren Bioregionalisten" erreichen ihr Ziel der Verbreiterung einer bioregionalistischen Basis in Europa. Schwachpunkte dieser ideologischen Symbiose werden geflissentlich übergangen, "zuerst einmal soll die bioregionale Gesellschaft her, danach sehen wir weiter, in welche Richtung wir sie lenken ...".

Auch die DESG mischt fleißig mit ...

Die 1972 gegründete solidaristische "Deutsch - Europäische Studiengesellschaft" (DESG), Herausgeberin des Infodienstes "DESG-inform" mit Sitz in Hamburg und Trägergesellschaft der seit 1964 erscheinenden Zeitschrift "Junges Forum" kooperiert seit kurzem mit dem 1995 gegründeten Ableger des neurechten Netzwerkes "Synergies Européenes" "Synergon". Auf der Sommeruniversität der Europäischen Synergien in der Lombardei vom 28.7.-3.8.97 war eines der Hauptthe-



DIE VERBANDSZEITSCHRIFT DER "UNABHÄNGIGEN ÖKOLOGEN DEUTSCHLANDS" (UÖD): "ÖKOLOGIE"

de Benoist schon Anfang der 90er in ihren Zeitschriften "Éléments" und "Crisis" den amerikanischen Bioregionalismus auf.

Bis Ende der 80er Jahre beschränkte sich die bioregionalistische Bewegung auf Nordamerika und ist dort zu einem der bedeutendsten Stränge der Alternativ- und Ökobewegung geworden. Sie fand dann aber auch Anhänger in Großbritannien (u.a. den Öko-Theoretiker und Träger des Alternativen Nobelpreises **Edward Goldsmith**, Herausgeber von "The Ecologist"), um dann ab 1995 auch im deutschen Sprachraum aufzutauchen, verbreitet in erster Linie durch die beiden Österreicher **Roman Schweidlenka** und **Eduard Gugenberger**.

Schlagwörter, die oft in der Diskussion um Bioregionalismus auftauchen (und nicht nur dort!), sind "Tragfähigkeit einer Region (auf die Bevölkerung bezogen)", "Nachhaltige Entwicklung", "Dezentralisierung", "Ethnopluralismus", "Europa der Regionen", "Spirituelle Heimat eines Volksstammes" u.a.. Der Bioregionalismus läßt sich ganz allgemein als "Synthese unterschiedlichster Bewegungen - des Regionalismus alter Prägung mit seinem kultur-politischen Forderungsprogramm, der diversen ökologischen Strömungen, der neuen sozialen und spirituellen Bewegungen" verstehen. Das Konzept des Bioregionalismus beinhaltet esoterische, ökologische und völkische Aspekte. Wesentlicher Grundpfeiler ist der Biologismus, der als Bestandteil reaktionärer Gesellschaftsentwürfe auch soziale Unterschiede erklärbar macht und die herrschenden Machtverhältnisse als "durch die Natur(gesetze) bedingt" festschreibt.

JUNGES FORUM

'VERSUCHUNG ODER CHANCE?'

Bioregionalismus und volkstreue Politik

von Peter List

DIE 'NEUE RECHTE' INSPIZIERT EIN NEUES THEMENFELD... DIE AUSGABE DES "JUNGEN FORUMS" NR.3-4/96

men "Ökologie und Geophilosophie". Auch mit dem ehemaligen Hamburger JF-Leserkreis besteht eine enge Zusammenarbeit. Dieser heutige "Hamburger Kreis" war an der Gründung des unabhängigen Dachverbandes "Konservative Gesprächs- und Arbeitskreise" (KGAK)" im August 1995 beteiligt, zeichnet sich durch einen Sub-Arbeitskreis "Grüne Trommel" aus und unterhält wiederum intensive Kontakte zu den Unabhängigen Ökologen.

War in der Vergangenheit die eigentliche DESG noch an der Erschließung neuer Themenfelder für die Neue Rechte beteiligt, u.a. durch die Errichtung des Konstrukts "Ethnopluralismus", so ist es nun das Heft "Junges Forum", welches weiterhin wegweisende Themenstellungen aufgreift.

Mit der Ausgabe 3-4/96 wird ein 20 Seiten langer Aufsatz des Neurechten **Peter List** veröffentlicht; Titel: "Versuchung oder Chance? - Bioregionalismus und volkstreue Politik an der Schwelle des 3. Jahrtausends" (die folgenden Zitate sind daraus). Der Autor bezieht sich in seinem Text positiv u.a. auf den "Regionalismus alter Prägung" in Europa, der im Gegensatz zu Nordamerika an "ethnisch-kulturelle und sprachliche Zusammengehörigkeiten" anknüpfe, eine "Verengung auf die naturräumlichen Gegebenheiten" von Bioregionen sei kaum möglich, bei einer bloßen biologisch-geographischen Einteilung würden in Europa ganze Volksgruppen auseinandergerissen oder zusammengewürfelt. List unterteilt den europäischen Regionalismus in drei Bereiche, den "eigentlichen" innerhalb einer Nation, den nationalistischen von "Völkern ohne Staat" und den nach Autonomie strebenden von nationalen Minderheiten. Alle drei seien in ihrer bisherigen Ausprägung nicht mit dem Bioregionalismus zu vereinbaren, da "die Frage kultureller Identität und politischer Souveränität in Deutschland nicht mehr primär regional", sondern "vielmehr national" beantwortet werden könne. "Heimat ist zunächst einmal Deutschland" konstatiert Peter List. Ursächlich dafür sei in erster Linie die Erfahrung der "nationalen Schicksalsgemeinschaft" während zweier Weltkriege und nicht zuletzt die "reale berufliche Mobilität". Schließlich kranke der Bioregionalismus u.a. an der Tatsache, daß er ein durch und durch amerikanisches Produkt der 68er-Bewegung an US-Universitäten sei und sich mit seinen globalen und universalistischen Ansprüchen gut für eine "Vereinnahmung und Instrumentalisierung durch das herrschende System" eigne (hier verweist er auf den US-Bundesstaat Kalifornien, in dem der Bioregionalismus 1992 offizielle Regierungsgrundlage wurde).

Die größte Gefahr für jede regionale und nationale Identität überhaupt erkennt List dann noch in der "Tendenz zum 'Melting Pot', die in Amerika kritiklos vorausgesetzt" würde. Hinzu komme, daß die weiße "Besiedlung des amerikanischen Territoriums" noch nicht allzu lange her sei, so daß Regionen gar nicht historisch-kulturell definiert werden könnten und damit auch nur eine naturräumliche Gliederung möglich sei. Die Anlehnung an alte Indianerkulturen wirke "für Weiße" letztendlich "aufgesetzt und entfremdend".

Anknüpfungspunkte sieht List in der Bestärkung des regionalen Bewußtseins, das durch Bezug zu bestimmten Landschaften die "ökologische Wiederverwurzelung der Deutschen" bestärke. Werde "Österreich als zweiter deutscher Staat außer Betracht" gelassen, ließe sich die BRD in 50 bis 60 landschaftlich und " zugleich auch landsmannschaftlich definierte" Regionen einteilen, was bedeuten würde, "Westfalen" aufzugeben "zugunsten des Sieger-, Sauer-, Münster- und Lipperlandes und der Hellweg-Region". Auch das "Rheinland" würde zerfallen in "die Eifel, den Westerwald, das Bergische Land und den Hunsrück". Aufgabe deutscher Bioregionen wäre die Pflege der jeweiligen Kultur und die Übernahme bestimmter politischer und wirtschaftlicher Funktionen "eingebettet in den Nationalstaat als ihn tragende Struktur".

Als Fazit des Artikels ist im "Jungen Forum" nachzulesen, daß der "grundsätzliche Ansatz, der politisch-kulturelle Autonomie, ökologisches Bewußtsein und eine neue Spiritualität miteinander verbinden will", eine Chance darstelle und somit "aus volkstreuer Sicht" "willkommen sei". Multikulturelle und universalistische Versuchungen gelte es dagegen zurückzuweisen, eine neue Spiritualität müsse "unserem Volk adäquat" sein und dürfe nicht zu "Mummenschanz und Hokuspokus" verkommen.

In neurechter nationalistischer Manier untermauert Peter List mit seinem Aufsatz die Kritik, die auch von grün-braunen UÖDlern vorgebracht wird, so "ohne weiteres" sei das Konzept des Bioregionalismus nicht zu übertragen. Doch sieht auch er im Endeffekt mehr Chancen als Gefahren, zumal der Bioregionalismus schließlich (noch) nicht von "den Linken" entdeckt und besetzt sei und vielleicht mit ihm endlich die "Rückeroberung" des breiten, gesellschaftlich wichtigen Themenfeldes "Ökologie" gelingen könnte.

... vorläufige Einschätzung

"Häh, alles Bio oder was?" - so haben viele reagiert, als sie sich zum ersten Mal mit "Bioregionalismus" konfrontiert sahen und zeigten in der Regel kein weitergehendes Interesse. Noch ergeht es den "Bioregional-Bewegten" im rechten Lager zumeist auch so. Intern wird anscheinend rege diskutiert, gefachsimpelt und gestritten, doch massenwirksam ist die Bewegung noch lange nicht. Allerdings ist es schon erstaunlich, was innerhalb von etwa zwei Jahren durch relativ häufige Diskussions- und Vortragsreisen quer durch die BRD kombiniert mit einigen Publikationen alles ausgelöst wird. Die Etablierung und Besetzung des Begriffes Bioregionalismus darf als gelungen bezeichnet werden.

Über das direkt ökofaschistische Lager hinaus sorgt ein aus den USA importiertes Schlagwort für Kontroversen in Europas Neuer Rechte, in weiten Teilen der Linken besteht bis auf wenige Ausnahmen fast absolute Funkstille.

Aufgrund der durchweg vorhandenen Biologisierung sozialer Vorgänge erweist sich der Bioregionalismus nach ausgiebiger Betrachtung nicht nur als "reichlich verträumter", sondern auch antisozialer und letztlich antiemanzipatorischer Gesellschaftsentwurf mit viel Platz für völkisches Gedankengut. US-Bioregionalisten fordern in der Diskussion um 'Nachhaltige Entwicklung' häufig einen Einwanderungs-

stop und begründen dies mit der "carrying capacity" einer Bioregion. Einige (zwar wenige) versteigen sich sogar zu der Forderung, daß der Wildnis mehr Raum zustehe und die Weltbevölkerung daher auf 100 Millionen Menschen zu reduzieren sei, was bedeuten würde, daß knapp 40% der US-Bevölkerung weiterleben dürfe, die restlichen über 5 Milliarden der Welt "weggebeamt" würden. Auch in Deutschland finden solche Meinungen zunehmend Verständnis... .

Im Februar 1997 fand auf der Jugendburg Ludwigstein das alljährliche Bundestreffen der "Unabhängigen Ökologen Deutschlands" statt, das Motto lautete: "Das zarte Grün der Heimat. Gedanken zum Bioregionalismus". Auf Gedanken folgen Taten. Es wird Zeit, daß sich Widerstand regt.

Grundlagen für diesen Artikel waren u.a. :
Gugenberger/Schweidlenka, Bioregionalismus, Packpapier Verlag 1995
O. Geden, Rechte Ökologie - Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus, Elefanten Press 1995
J. Ditfurth, Entspannt in die Barbarei - Esoterik, (Öko-)Faschismus und Biozentrismus, Konkret LV1996
Der Rechte Rand Nr. 46
Ökolinx Nr. 23 und 26
Blick nach rechts vom 13.7.93, 9. und 23.7.97
Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Nr. 190
Westfälische Rundschau Hagen vom 17.3.97 und 16.6.1997
Wochenkurier Hagen 23. und 30.4.97 und 7.5.97
diverse in Hagen verbreitete Flugblätter aus dem Zeitraum März bis August 1997
Die Stachelbeere Nr. 1, 2 und 3
Junges Forum Nr. 3-4/96
DESG-inform Nr. 6/97
Ökologie, Jahrgänge 1995 und 1996 bis 2/1997
Volk und Land Nr. 7

Sehr empfehlenswert zum Thema Regionalismus ist die Schwerpunktausgabe des Antifaschistischen Infoblattes Berlin Nr. 36 (9/96)

Prozeß gegen Donner-Versand

Auschwitz-Lüge soll nach Meinung der Verteidigung eine wissenschaftliche Theorie sein.

*Im September dieses Jahres fand der Revisionsprozeß gegen die Betreiber des 'Donner-Versands' vor dem Hagener Landgericht statt. Diesem Prozeß ging eine Verurteilung vor dem Lüdenscheider Amtsgericht voraus. Die inzwischen verstorbenen **Harald Theodor Mehr** und **Stefan Haase** wurden in diesem Prozeß zu je 7 Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung und je 2000 DM Geldstrafe wegen Volksverhetzung verurteilt.*

Anlaß der Anklage sind ein Video und ein T-Shirt, die der Donner-Versand im Jahre 95 per Katalog vertrieben hat. Bei dem Video handelt es sich um ein gefilmtes Interview mit dem Titel "Staatsfeind Nr. 1". Der Interviewte auf dem Video ist der im letzten Jahr verstorbene ehemalige Aufseher im KZ Auschwitz **Thies Christophersen**. Christophersen, Autor der Broschüre "Die Auschwitz-Lüge" und Zeit seines Lebens hochaktiv in den internationalen NS-Strukturen, behauptet in dem Interview, daß es in Auschwitz keine systematische Ermordung von Menschen gab. In dem Video kann er unkommentiert seine revisionistische Geschichtsauffassung verbreiten. Juristisch wäre damit der Straftatbestand der Volksverhetzung 100%ig gegeben, zumal auch Christophersens Buch verboten ist.

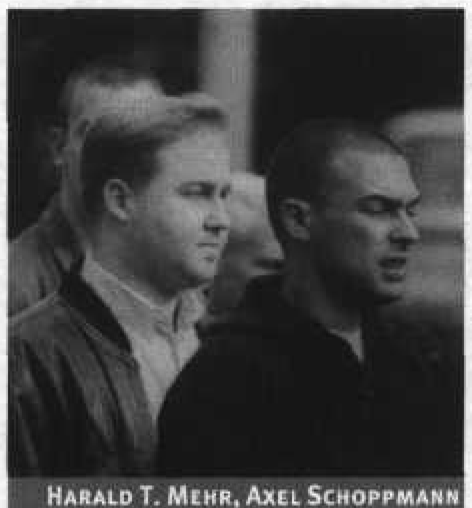
Bei dem Kleidungsstück handelt es sich um ein T-Shirt, dessen Vorderseite mit dem Totenkopfsymbol der 'Wehrsportgruppe Hoffmann' bedruckt ist. Die Wehrsportgruppe Hoffmann war eine paramilitärische Neo-Nazi Gruppierung, die 1980 verboten worden ist. Die WSG Hoffmann ist Ende der siebziger Jahre durch zahlreiche gewalttätige Anschläge bekannt geworden, der Bombenanschlag auf das Münchener Oktoberfest mit zahlreichen Toten gab letztendlich der Ausschlag für ihr Verbot. Das Symbol der WSG Hoffmann war ein Totenkopf in Anlehnung an das Symbol der SS. Dieses T-Shirt stellt juristisch eine Werbung für eine kriminelle Vereinigung dar.

Am 16.9. war nun Auftakt des Revisionsprozesses vor dem Landgericht in Hagen. Mittlerweile hat sich Stefan Haase einen anderen RECHTSanwalt zugelegt. Sein letzter hatte sich kurz vor der letzten Verurteilung dem Schlußplädoyer der Staatsanwaltschaft angeschlossen. Dieser neue Anwalt ist **Hans-Günther Eysenecker** (Schwerin), der, wie Harald Th. Mehrs Anwalt **Günther Herzogenrath-Amelung** (Regensburg) Mitglied im 'Deutschen Rechtsbüro' ist. Beide sind für ihr Engagement für die 'Nationalistische Front' bekannt. Der NF haben auch Mehr und Haase bis zu dem Verbot der NF 1992 als aktive Mitglieder treue Dienste geleistet. Die Prozesse, die nach dem Verbot der NF gegen deren Mitglieder geführt wurden, waren auch Betätigungsfeld von Eisenecker und Herzogenrath-Amelung.

Chronologische Darstellung des Revisionsprozesses vor dem Landgericht Hagen

16.09.97 - Erster Prozeßtag

Der Leiter der Staatsschutzabteilung Hagen sagt aus, daß der Donner-Versand die größte Einrichtung dieser Art in der BRD ist. Die eher hilflos wirkende Richter las-



HARALD T. MEHR, AXEL SCHOPPMANN

sen durchblicken, daß man sich darauf einigen könne, im Folgendem nur noch über das Video zu verhandeln und das T-Shirt erst einmal fallenzulassen. Das lehnt Günter Herzogenrath-Amelung mit den Worten ab: "Wir haben genug Munition für einen Freispruch, doch unter den derzeitigen politischen und rechtlichen Verhältnissen in Deutschland könne man so ein Urteil nicht erwarten".

17.9.97 - Zweiter Prozeßtag

An diesem Tag ging es um die Anträge der Verteidiger, die behaupteten, daß H. Th. Mehr und S. Haase strikt getrennt ihrer Arbeit im Versand nachgehen und so irgendwie unwissend die Produkte bestellt und vertrieben haben. Dazu wurden zwei Zeugen der Verteidigung gehört. Zuerst der Herausgeber der 'Westdeutschen Volkszeitung' und bekannte Neonazi **Rüdiger Kahsner** aus Hagen. Er versuchte auf recht plumpe Art, die Theorie der Anwälte zu unterstützen, und konnte auf weitergehende Fragen zur Organisation des Versandhandels keine Antworten geben. "Ich kenne die beiden seit ca. 3 bis 4 Jahren", "Ab und zu helfe ich beim Eintüten." sind zusammenfassend seine Aussagen. Interessant wurde es dann noch einmal, als er nach dem Video befragt wurde. Obwohl er den Film zwar gesehen hatte, wollte er keine Angaben darüber machen, woher und von wem er das Video erhalten habe. Richter Pletzinger wies den Neonazi darauf hin, daß er als Zeuge in diesem Fall kein Recht auf Aussageverweigerung habe. Woraufhin Kashner von Systemprozeß faselte und meinte, er würde einer politischen Justiz keine Auskünfte erteilen. Nach einigen Minuten des hin und her entschied er sich dann dafür, daß er wohl vergessen habe, wer ihm "damals" das Video gegeben habe. Das Gericht ließ es ihm durchgehen. Bei dem zweiten Zeugen handelte sich um den 29jährigen **Axel Schoppmann**. Er ist im Sommer letzten Jahres nach der Verbüßung einer anderthalb jährigen Freiheitsstrafe nach Lüdenscheid gezogen. Vorbestraft und verurteilt wurde er wegen Körperverletzung an einem Migranten, Hausfriedensbruch und Störung eines christlichen Gottesdienstes. Schoppmann hilft nach einigen Angaben sporadisch auch beim "Eintüten" im Versand. Ansonsten stützte er die Aussagen von H. Th. Mehr und S. Haase. Das Interview will er selber auch nicht gesehen haben .

Nach diesem Auftritt der Zeugen mochte auch die Verteidigung nicht mehr so recht an die Überzeugungskraft ihrer Verteidigungsstrategie glauben. Sie zog die Beweisanträge zurück und bat um eine kurze Pause, um einen neuen Antrag zu formulieren. Dieses wurde ihnen großzügig von dem Richter Pletzinger gewährt, was ihm gleich das überschwengliche Lob von Herzogenrath-Amelung einbrachte. Nach der Unterbrechung beantragten die Rechtsanwälte, den Prozeß auszusetzen und das Bundesverfassungsgericht anzurufen. Denn der §130 verstoße gegen das Recht auf freie Meinungsäußerungen. Außerdem sei die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung keinesfalls wissenschaftlich bewiesen. Somit sei das Video mit dem Interview auch als wissenschaftlicher Beitrag zu bewerten.

22.9.97 - Dritter Prozeßtag

Eine halbe Stunde dauerte am dritten Prozeßtag die angekündigte Entscheidungsbekanntgabe. Entschieden wurde von Richter Pletzinger dabei nur, daß der Prozeß in Hagen erst mal fortgesetzt wird. Die Entscheidung allerdings, wie mit der unverschämten Forderung nach einer Prüfung des § 130 durch das BVG umgegangen werden soll, behielt sich der Richter vor. Richter Pletzinger war "die Relevanz des § 130 für dieses Verfahren nicht klar", obwohl die Anklage sich genau auf diesen Paragraphen bezieht.

6.10.97 - Vierter und vorläufig letzter Prozeßtag

Verkündung des Urteils: Für Mehr und Haase jeweils 6 Monate auf Bewährung (vor der Revision waren es noch sieben Monate) und je 2000 DM Geldstrafe. Vor der Urteilsbegründung durfte die Verteidigung dann noch drei weitere revisionistische Beweisanträge stellen. Die RECHTSanwälte der zwei angeklagten Neonazis formulierten ohne Widerspruch des Gerichtes folgende Beweisanträge für das Protokoll:

- Sie forderten eine Ortsbesichtigung in Auschwitz.
- Bei dieser Ortsbesichtigung sollten nach Wunsch von Herzogenrath-Amelung und Eisenecker ein "Schornsteinfegermeister und ein Verbrennungstechniker prüfen, ob die Verbrennungsöfen überhaupt jemals in Betrieb waren".
- Zusätzlich beantragten sie noch eine "Meinungsumfrage unter jüdischen Bürgern, ob diese sich durch das Video diskriminiert fühlen würden".

Mehr und Haase behaupteten weiterhin, den Inhalt des von ihnen vertriebenen Videos nicht zu kennen und forderten einen Freispruch.

In der Urteilsbegründung hieß es dann, sie hätten hoch gepokert und verloren und beide würden als Überzeugungstäter verurteilt. Nach der Urteilsbegründung ist das Video "eine Plattform, von der wissentlich historische Unwahrheiten verbreitet würden". Die Verteidigung kündigte natürlich sofort wieder eine Revision an.

Resümee

Das ganze Schauspiel ist also eine Fortsetzungsserie. Es stimmt, daß die Neonazis hoch gepokert haben, aber ob sie mit 6 Monaten Bewährungsstrafe und 2000 DM Geldstrafe wirklich soviel verloren haben, darf an dieser Stelle bezweifelt werden. Durch eine solche Behandlung von Seiten des Staates wird es dem "Donnerversand" bestimmt nicht erschwert, weiterhin seinem braunen Treiben nachzugehen.

Scheinbar fühlen sich die Neonazis auch durch die Geschehnisse dieses Jahres gestärkt und lassen sich auch im Märkischen Kreis jetzt öfter mal zu offensiveren Auftritten hinreißen. Sie singen in Kneipen das Horst-Wessel-Lied und ziehen grölend durch die Lüdenscheider Innenstadt. Zusätzlich fanden in letzter Zeit ungewöhnlich viele Übergriffe auf vermeintlich linke Personen statt (vier Übergriffe in drei Wochen). Auffällig ist, daß alle angegriffenen Personen relativ jung waren (16-18 Jahre).

Der Donner-Versand scheint ein wachsendes Umfeld zu haben. Auch sind Personen aus dem Umland nach Lüdenscheid gezo-


Rüdiger Kahsner (rechts)

gen, die selber jetzt auch aktiver in der Neonazi-Szene wirken. Daß es jetzt überhaupt eine auffällige Neonazi-Szene in Lüdenscheid gibt, ist relativ neu.

Mit diesem Prozeß hat der Donner-Versand auch seine eigene selbstsichere Stimmung demonstriert, haben sich doch die Angeklagten mit der Forderung, vor das BVG zu gehen, ganz schön weit aus dem Fenster gelehnt. In Lüdenscheid selber versuchten Mehr und Haase Geschäftsräume zu kaufen, um weiter expandieren zu können. Diese gekauften Räumlichkeiten könnten einen noch stärkeren Anziehungspunkt für Nachwuchs-Faschisten darstellen als die jetzigen Versandräume.

Demgegenüber ist nach ca. 8 Jahren endlich die Öffentlichkeit auf den Donner-Versand aufmerksam geworden. Durch zwei Demonstrationen, eine Podiumsdiskussion, verschiedene Veranstaltungen und diverse anderer antifaschistische Aktivitäten konnte ein Bündnis gegen Rechts gegründet werden, das weite Teile der Lüdenscheider Öffentlichkeit (und darüber hinaus) anspricht. Es wurde zu einem Runden Tisch eingeladen, zu dem ca. 80 Leute aus dem bürgerlichem Spektrum erschienen sind, Bei dieser Gelegenheit wurde ein Bürgerantrag diskutiert, mit dem der Rat der Stadt Lüdenscheid zu einer Stellungnahme gebracht werden soll. Gleichzeitig werden aus den Reihen der Grünen Anstrengungen unternommen, das Konto des "Donner Versandes" bei der örtlichen Sparkasse kündigen zu lassen.

Desweiteren gilt es, den Stiefelfaschisten nicht die Straße zu überlassen und es dem Donner-Versand so schwer wie möglich zu machen, sich wieder in den Schatten zurückzuziehen. Es besteht berechtigte Hoffnung, daß all diese Bemühungen auf Dauer eine sichtbare Wirkung zeigen werden. Es wird auch weiterhin in Lüdenscheid kein ruhiges Hinterland für Neonazis geben!

Rechtes Bündnis gegen Wehrmachtsausstellung

Die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" des 'Hamburger Instituts für Sozialforschung' ist seit ihrer Eröffnung 1995 den Geschichtsrevisionisten ein Dorn im Auge. Im Konsens der Ehrenrettung oder vielmehr der Rehabilitierung der Wehrmacht reichen sich Gruppen von militanten Neonazis bis hin zu bürgerlich konservativen Kreisen die Hand, wie u.a. die Ereignisse um die Ausstellungseröffnung am 1.3.1997 in München und in Marburg am 14.9.1997 zeigten.


Anmelder Eike Erdel (REP)

Das Lager der Ausstellungsgegner formierte sich in Marburg um die 'Fördergemeinschaft für Soldatenverbände' (FfS), die im Gegensatz zu anderen militaristischen "Kameradschaften" vorwiegend Öffentlichkeitsarbeit betreibt. Die FfS streitet für "die Zusammenarbeit aller staatserhaltenden Kräfte zum Wohle unseres deutschen Vaterlands" und ist angetreten "zum geistigen Gegenangriff gegen alle diejenigen Personen und Mächtegruppen (...), die unsere Identität als Deutsche auslöschen wollen." Bei einem derart edlen Auftrag wundert es kaum, daß sich in der FfS neben bürgerlich konservativen Kräften auch die extreme Rechte zu Hause fühlt. Die FfS erleichtert es Organisationen wie den REPs, der NPD und neofaschistischen Burschenschaften ihre Inhalte als bürgerlicher Verein unter das Volk zu bringen. Antisemitische Hetze gehört hier genauso dazu wie die Vermittlung soldatischer und deutscher 'Tugenden'. Auch der Marburger **Eike Erdel**, Aktiver bei der neofaschistischen Burschenschaft 'Normannia Leipzig' und Funktionär der 'REP-Jugend', ist Mitglied beim FfS. Erdel, der gemeinsam mit **Daniel Schäfer** den 1997 wiederbelebten Marburger 'Republikanischen Hochschulverband' (RHV) im StudentInnenparlament der Uni Marburg vertritt und auch als RHV-Vorsitzender fungiert, pflegt darüber hinaus gute Kontakte in die militante Neonazi-Szene, insbesondere zur 'Sauerländer Aktionsfront' (SAF). Eben diese Spannbreite von Konservativen bis militanten Neonazis präsentierte sich pünktlich zur Ausstellungseröffnung am 12.9.1997. Gäste der Ausstellungseröffnung mußten durch ein schwarz-braunes Spalier gehen, um in die Ausstellungsräume zu gelangen. Vor Ort waren u.a. Burschenschaftler, SAF-Mitglieder, ein Mitglied der 'Jungen Union', der antisemitische Verschwörungstheoretiker **Roy Arthur Armstrong-Godenau** und der Marburger NPD-Funktionär **Alfred Horst**. Die InitiatorInnen, OrganisatorInnen und UnterstützerInnen der Ausstellung wurden dabei mittels Pappschilder und Flugblätter als "rote Berufshetzer", "geisteskranke Stalin-Fans" und "moralisch schwachsinnige Kriminelle" beschimpft und anschließend vom kürzlich tötlich verunglückten 'Anti-Antifa'-Aktivisten und SAF-Kader **Andree Zimmermann** fotografiert. Für den 14.09.1997 meldeten der RHV, die FfS sowie der NPD-Kreisverband Marburg Demonstrationen gegen die Ausstellung an. Der Nazi-Terrorist **Manfred Roeder**, der bereits wegen Sachbeschädigung an der Wehrmachtsaustellung 1996 in Erfurt verurteilt worden war, meldete darüber hinaus eine "Mahnwache" an. Diese Veranstaltungen sowie eine angemeldete Kundgebung antifaschistischer Gruppen wurden vom Marburger Oberbür-



MANFRED ROEDER UND...



... ROY GODENAU FREUEN SICH NOCH...

germeister verboten. Am 12.09.1997 genehmigte das zuständige Verwaltungsgericht in Gießen jedoch eine Kranzniederlegung des RHV gegenüber des Austellungsgebäudes mit Eike Erdel als Veranstaltungsleiter sowie eine Gegendemonstration des DGB an gleicher Stelle. Am 14.09.1997 besetzten etwa 300 AntifaschistInnen frühzeitig den Veranstaltungsort. Nachdem dann noch Roeder und Godenau schmerzhafte körperliche Rügen von AntifaschistInnen einstecken mußten, da sie sich provokativ mit beschrifteten Pappschildern ("Greuelpropaganda ist Seelenvergiftung" etc.) vor dem Ausstellungsgebäude postiert hatten, zogen es die verbliebenen 50 und vorwiegend bei den REPs, dem FfS, lokalen Burschenschaften und der NPD beheimateten Protestierer vor, ihre verkürzte Kundgebung 200 Meter abseits unter dem Schutz einiger Hundertschaften der Polizei durchzuführen. Eine Kundgebung, bei der Manfred Roeder und Roy A. A. Godenau allerdings fehlten. Der Auschwitzleugner Roeder mußte sich im Krankenhaus behandeln lassen, während Godenau unter starkem Polizeischutz noch kurze Zeit pressewirksam den Märtyrer spielte.

"Hier marschiert der Nationale Widerstand"

Offensichtlich in Überschätzung ihrer Kräfte näherte sich zum Zeitpunkt der braunen Kundgebung ein nicht angemeldeter ca. 60-köpfiger Demonstrationszug der militanten Neonazi-Szene. Beabsichtigt war, sich der Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung anzuschließen, wußte später „Ragnaröck", einer der Betreiber des 'Nationalen Infotelefon Rheinland' (NIT-Rheinland), seinen "Kameraden" mitzuteilen. Ob nun aus Dummheit oder weil der "Nationale Widerstand" die vor AntifaschistInnen schützende Nähe der Polizei suchte, bog der Demonstrationszug 100 Meter vor seinem Ziel völlig unbedrängt in eine kleine Seitenstraße ab, an deren Ende seit Stunden BereitschaftspolizistInnen nebst Wasserwerfer postiert waren, und die sichtlich überrascht in Empfang nahmen, was ihnen da freiwillig in die Arme lief. Organisiert wurde dieser Demonstrationszug durch die SAF, aus deren Reihen und Umfeld auch ca. 2/3 der TeilnehmerInnen stammte. Neben den beiden Winterberger SAF-Kadern Andree Zimmermann (wie immer mit Fotoapparat ausgestattet) und dem ebenfalls kürzlich tötlich verunglückten **Thomas Kubiak** durfte natürlich auch **Michael Krick**, einer der Hauptaktivisten und ebenfalls aus Winterberg, nicht fehlen. Mit von der Partie waren auch **Harald T. Mehr,** der zwischenzeitlich gemeinsam mit Zimmermann und Kubiak nach „Walhalla", die „Halle der Gefallenen, verzogen ist, und **Axel Schoppmann** nebst Anhang vom Lüdenscheider 'Donner-Versand', zu dem wohl auch der anwesende Alexander Schloß vom 'Landwehr-Versand' in Schalksmühle zu zählen ist. Auch **Rüdiger Kahsner** aus Hagen, Herausgeber der 'Westdeutschen Volkszeitung', durfte nicht fehlen. Eine etwas weitere Anfahrt hatten da die Neonazis um den Kader und Herausgeber der Zeitschrift 'Unsere Welt', **Bernd Stehmann** (Bielefeld) und um **Jens Hessler** vom gleichnamigen Tonträgerversand aus Lingen. Ebenfalls vor Ort zu finden waren Aktivisten der 'Kameradschaft Düsseldorf', u.a. der Betreiber der "Direktleitung" des "Nationalen Infotelefons Rheinland", **Sven Skoda**. Darüber hinaus Neonazis aus dem Raum Bonn-Rhein/Sieg, darunter **Frank Krämer** aus Troisdorf, Mitglied der Nazi-Band 'Stahlgewitter'. Dieses Gruselkabinett abschließend sei zuletzt **Siegfried Borchardt** aus Dortmund genannt, der in letzter Zeit wieder keine Gelegenheit ungenutzt läßt, an neonazistischen Aufmärschen teilzunehmen. Nachdem sich der "Nationale Widerstand" ca. 1-2 Stunden in einem lockerem Polizeikessel aufgehalten hatte, wurde



...UND IHRE FREUNDE, ANGEFÜHRT VON DER "SAUERLÄNDER AKTIONS FRONT"...

er nach der Aufnahme der Personalien durch die Polizei zu seinen Fahrzeugen zurückgeführt, die allerdings zwischenzeitlich Schaden in unterschiedlicher Höhe genommen hatten. Die Mängelliste reichte hier von luftlosen Reifen über Glasbruch bis hin zum Totalschaden aufgrund von Überhitzung. So dauerte es noch einige Stunden, bis auch der letzte "Freie Nationalist" Marburg verlassen konnte. Alles in allem hat sich die SAF und ihr politisches Umfeld, obwohl sie kurze Zeit ungestört durch Marburg demonstrieren konnte, an diesem Tag nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Sehr oft kann sie sich derartige Pleiten wohl kaum leisten, will sie sich weiterhin als der "entschlossenere", "revolutionärere", handlungsfähigere und damit attraktivere Flügel der Neonazi-Szene präsentieren.

Die örtliche Presse begnügte sich mit dem üblichen Rechts-Links-Schema und Politiker forderten vor allem mehr Demonstrationsverbote und ein härteres Vorgehen der Polizei. Obwohl kaum Ansätze für politische Hintergründe in die öffentliche Diskussion eingebracht werden konnten, werten örtliche AntifaschistInnen die Aktionen trotzdem als Erfolg. Schließlich hätten die Nazis ihre Aktionen aufgrund antifaschistischer Gegenwehr nicht wie geplant durchführen können und außerhalb ihrer Veranstaltungen praktisch keinen Handlungsspielraum gehabt.

Eine Woche später waren erneut 20 Nazis, zum Großteil aus Leipzig, unter Begleitung von 200 PolizistInnen in Marburg unterwegs. Obwohl diese Demonstration am 21. September erst zwei Tage vorher von Manfred Roeder angemeldet wurde, gelang es AntifaschistInnen trotz massiven Polizeiaufgebots, die vorgesehene Route zu blockieren, so daß die Neonazis auf abgelegene Radwege ausweichen mußten. Auch der für die Abschlußkundgebung vorgesehene Platz vor dem Hörsaalgebäude wurde von Antifas besetzt und Roeders Rede mußte ausfallen.

Wenige Tage später, am 27. September, fand eine Saalveranstaltung des FfS im Marburger Vorort Cappel statt, wo vor 80 anwesenden Rechten Brigadegeneral a.D. **Reinhard Uhle-Wettler, Hans-Ullrich Kopp** und **Alfred Mechtersheimer** sprachen.

Am Sonntag, dem 9. November, fand erneut eine Demonstration nach Anmeldung durch Roeder statt. Dieses Mal jedoch bekamen die Neonazis Schützenhilfe durch



DOCH SCHON KURZE ZEIT SPÄTER...



SEHEN BEIDE NICHT MEHR GUT AUS.

die Marburger Stadtverwaltung: Diese gab keinerlei Informationen über den Aufmarsch nach außen, so daß rund 80 Nazis ungehindert zum Hörsaalgebäude marschieren und dort eine Kundgebung abhalten können. Rund 50 von ihnen kamen aus Leipzig, ein paar SAF'ler waren auch dieses mal wieder dabei.

Zwei Tage später verkündete das NIT Rheinland das angestrebte Ziel im Marburger Schauspiel: "Die Straße gehört uns. Erobern wir sie zurück". Es wird sich zeigen, ob die Neonazi-Szene auch weiterhin auf Unterstützung durch die Marburger Bürokratie bauen kann.


AXEL SCHOPPMANN (2.V.R.) UND ALEXANDER SCHLOSS (R)

Tod auf der Autobahn

Führende Aktivisten der Nazi-Szene verstorben

Das Jahr 1997 dürfte trotz anfänglicher Erfolge ohnehin schon nicht zu den erfolgreichsten der militanten Neonazi-Szene gehört haben. Das größte Fiasko aber ereignete sich am 22.11. um 2.05 Uhr auf der Bundesautobahn 1 bei Vechta: Drei der wichtigsten Nazi-Kader kamen bei einem Autounfall ums Leben.



Ein Kranz für die "Kameraden": Renè Rodriguez-Teufer

Freie Fahrt für "Freie Nationalisten" oder "See you in Walhalla!"

Die beiden Kader der "Sauerländer Aktionsfront" (SAF), **Andree Zimmermann** und **Thomas Kubiak** (beide aus Winterberg) sowie **Harald Theodor Mehr** vom Lüdenscheider "Donner-Versand" seien "von einer Besprechung aus Hamburg" gekommen, als "ihnen das Leben entrissen wurde". Dies teilte am 22.11. der Hamburger **Stefan Beeck** unter seinem Pseudonym "Braveheart" der "Thule-Netz"-Gemeinde mit. Laut Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft Oldenburg prallten die drei mit 140 km/h auf einen nach einem Ausweichmanöver unbeleuchtet auf der Überholspur liegengebliebenen dänischen LKW. Noch am selben Abend kam es zu einem Nazi-Aufmarsch in Winterberg, an dem 70-100 Personen teilnahmen.

Bei diesem Unfall hat es nicht irgendwelche Nazis in der BRD getroffen, sondern wichtige Führungsfiguren. Insbesondere die beiden SAFler Zimmermann und Kubiak dürften zum Kreis der bundesweit tonangebenden Nazis gehört haben. Aber auch der Ex-NF'ler Mehr, Herausgeber der Nazi-Postille "Widerstand", hat in den letzten Jahren immer mehr an Einfluß in der Nazi-Szene gewonnen. Erst kürzlich hatten sich SAF und "Donner-Versand" auf ein gemeinsames Zeitschriftenprojekt mit dem Titel "Zentralorgan" verständigt, das Ende 1997 an die Stelle der "Freien Stimme", des "Widerstand" und des SAF-nahen Fanzine "Moonstomp" treten sollte. Dieses Projekt könnte auch ein Grund für den Hamburg-Trip der drei gewesen sein. Bei dem Hamburger Stefan Beeck handelt es sich um den Betreiber der Internet-Seiten der SAF bzw. des sogenannten "Nationalen Widerstands".

Darüber hinaus gab es wohl auch mit dem erst wenige Tage zuvor aus der Haft entlassenen **Christian Worch** und seiner rechten Hand **Thomas Wulff** ("Steiner") eine Reihe von Sachen zu besprechen.

"Die artgemäße Beisetzung"

Die Beerdigungen der nach ihrem Tod von "Nationalisten" bzw. "Nationalen Aktivisten" zu "Nationalsozialisten" beförderten Nazis fand am 27.11. in Lüdenscheid (Mehr) bzw. in Winterberg (Kubiak und Zimmermann) statt. An der Beerdigung von Harald T. Mehr nahmen ca. 30 Nazis teil, eine Zahl, die höher ausgefallen wäre, wenn es alle bis zum Friedhof geschafft hätten. 22 Nazis wurden bei der Anreise von der Polizei in Gewahrsam genommen, davon die meisten in Hagen. Zu den "Aufgehaltenen" gehörten auch der "Volkssänger" **Frank Rennicke** sowie **Ursel Müller**, Vorsitzende der "Hilfsgemeinschaft Nationaler Gefangener..." (HNG), und ihr Ehemann **Curt** aus Mainz. An der Beerdigung nahm u.a. der Regensburger Rechtsanwalt **Dr. Günter Herzogenrath-Amelung** teil, der auch eine Grabrede hielt. Erschienen waren auch **Rüdiger Kahsner** und **Timo Pradel** (Hagen bzw. Iserlohn, beide "Westdeutsche Volkszeitung"), der Ex-NF'ler und heutige JN/NPD'ler **Dietmar Breyl** aus Essen, **Sven Schwerdtfeger** (Dortmund, ehemals "Deutsche Nationalisten", heute JN/NPD) und natürlich der Geschäftspartner von Mehr, **Stefan Haase** (Lüdenscheid) sowie diverse Nazis aus dem lokalen Umfeld des "Donner Versands". Kränze wurden u.a. vom Bundesvorstand der JN niedergelegt.

Die "1. Liga" der militanten Neonazi-Szene aber reiste nach Winterberg. An der Beerdigung von Kubiak nahmen ca. 60, an der von Zimmermann ca. 80 Nazis teil. Um ihren "gefallenen Kameraden" die letzte Ehre zu erweisen, fanden sich neben einer Reihe von SAF'lerInnen, einer niederländischen Delegation, Vertreter diverser "Kameradschaften", wie z.B. aus Düsseldorf, Duisburg, Hamburg, Berlin und dem Saarland u.a. auch die Führungsfiguren **Christian Worch**, **Christian Malcoci** (Jüchen) und **Kai Dalek** (Oberrodach) ein. Auch Abordnungen um **Siegfried Borchardt** (Dortmund), **Torsten de Vries** (Wilhelmshaven), **Markus Privenau** (Bremen), **Jens Hessler** (Lingen), **Christian Hehl** (Ludwigshafen) und **Renè Rodriguez-Teufer**

(Viernheim) waren vor Ort. Thomas Wulff ließ es sich nicht nehmen, beide Grabreden zu halten und die Taten der beiden "SA-Männer" Kubiak und Zimmermann zu preisen, die jetzt an die Seite des "Führers" getreten seien. Die offizielle Beerdigungszeremonie durch einen Pfarrer kommentierte er mit den Worten: "Der Gott von Andree Zimmermann ist nicht der Gott der Juden." Nach dem obligatorischen "Sieg Heil!"-Gebrülle, einer Grabbeigabe in Form einer Reichskriegsflagge und einer Hakenkreuzfahne und ähnlicher Aktivitäten hatten die "Kameraden" nach Auffassung der zahlreich vor Ort präsenten, sich aber vorerst zurückhaltenden Polizei den Bogen wohl überspannt. Nach Beendigung der Beerdigung Zimmermanns wurden nach und nach 52 Trauergäste festgenommen. 13 Nazis, darunter auch Christian Worch, "durften" zur Vorführung vor einen Untersuchungsrichter bleiben, wurden danach aber bis auf eine Person am nächsten Tag wieder freigelassen. Bis heute in Haft ist der SAF`ler **Michael Krick**, einer der Hauptaktivisten der SAF, dem vorgeworfen wird, gegen seine Bewährungsauflage verstoßen zu haben und der wohl mit einer mindestens einjährigen Haftstrafe rechnen kann.

Aufgrund der vielen Festnahmen und der zu erwartenden Prozessen hat sich zwischenzeitlich "nach dem Vorbild linker Gruppen" ein Ermittlungsausschuß (EA) gegründet. Gründer des EA und Koordinator ist Christian Worch, der wohl vorerst mit einem blauen Auge davon gekommen ist. Offensichtlich aber hat er bereits wieder alle Fäden in der Hand.

Ausblick

Man darf gespannt sein, ob es der SAF gelingt, den Verlust ihrer wichtigsten Kader in absehbarer Zeit auszugleichen. Die Struktur der Nazis war viel zu stark auf Zimmermann und Kubiak zugeschnitten, als daß es ohne Abstriche weitergehen könnte. Nach außen bemüht sich die SAF zwar, den Eindruck zu erwecken, als ob alles weiter liefe wie zuvor (Werberundschreiben für das "Zentralorgan", Aktualisierung der Internetseiten), was allerdings nicht so recht überzeugen will. So wurde zum Beispiel die Kontakt- und Redaktionsadresse des "Zentralorgan" bereits von Winterberg nach Hamburg verlegt. Falls es überhaupt so etwas wie eine zweite Führungsebene bei der SAF gab/gibt, so wird sie so langsam aktiv werden müssen, damit das Projekt SAF nicht den selben Weg geht wie ihre bisherigen "Führer".

Beim "Donner-Versand" gibt es für AntifaschistInnen leider noch weniger Grund, sich bequem zurückzulehnen. Der Tod von Mehr dürfte die "Kameraden" zwar schmerzhaft getroffen haben und es wurden auch bereits "merkbare Störungen" bei der Bearbeitung von Bestellungen angekündigt, aber das Projekt dürfte nicht ernsthaft gefährdet sein. So sind zwischenzeitlich **Markus Mann** vom "Deutschen Jugend Bund" (DJB, Werdohl) und Axel Schoppmann offiziell beim "Donner Versand" eingestiegen. Auch **Alexander Schloß** vom "Landwehr-Versand" dürfte für eine Fortführung zur Vefügung stehen.

Es gilt also, die Entwicklung im Sauerland/Siegerland und im Märkischen Kreis weiterhin aufmerksam zu verfolgen und nachzusetzen. Es dürfte auch in Zukunft nicht ausreichen, darauf zu hoffen, daß dänische Sattelschlepper zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort stehenbleiben.

Ausführliche Informationen zur SAF siehe ANTIFA-ZEITUNG NRW Nr. 14/15


MICHAEL KRICK, SAF


KRANZ AUS DÜSSELDORF UND DUISBURG

Das "Nationale Infotelefon Rheinland"

Die „Stimme des Freien Nationalen Widerstands in Nordrhein-Westfalen"

Von einigen kleineren Unterbrechungen abgesehen beliefert das „Nationale Infotelefon Rheinland" (NIT Rheinland) seit Juli 1994 die neonazistische Szene in der BRD mit Informationen.



SVEN SKODA (GANZ LINKS), NIT- RHEINLAND, MIT KAMERADEN.

Über die durch einschlägige Zeitschriften, dem Internet und andere „Nationalen Infotelefonen" veröffentlichten Telefonnummer des NIT Rheinland können sich SympathisantInnen und AktivistInnen darüber auf dem Laufenden halten, was sich gerade in der Neonazi-Szene tut. Hier ist durch die zweimal wöchentlich aktualisierten Anrufbeantworteransagen zu erfahren, zu welchen Aktionen mobilisiert wird, wo nähere Informationen zu diesen Aktionen zu bekommen sind, wo Szene-Zeitschriften und Propagandamaterial erhältlich sind und wie aktuelle politische Ereignisse von den „Führungskameraden" bewertet werden. Besonders wichtig sind die NIT für das Szene-Umfeld, das nicht fest in Gruppen oder Parteien eingebunden und von daher schwieriger erreichbar ist. In dieser Kommunikationsstruktur hat sich das NIT Rheinland im Laufe der letzten Jahre zum wohl wichtigsten und in der neonazistischen Szene anerkanntesten NIT in der BRD entwickelt. 1994 von auswärtigen Kadern der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP), insbesondere vom damaligen FAP-Funktionär **Norbert Weidner** (Bonn) ins Leben gerufen und vom Düsseldorfer Kreisverband der FAP eingerichtet, wurde es 1995 nach dem Verbot der FAP in die Struktur der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten" (JN) überführt. Die inhaltliche Betreuung übernahm nach Weidners Rückzug für einige Zeit der 1997 verstorbene JN-Funktionär **Michael Prümmer** aus Stolberg-Schevenhütte.

Die „Kameradschaft Düsseldorf"

Auch in Düsseldorf vollzog sich ein Strukturwandel. Übrig blieb eine Gruppe, die von einigen zur JN gewechselten FAP-Mitgliedern, darunter **Lars Stehr** (26), angeleitet wurde. Auch **Udo Birr** (32), der 1994 seinen privaten Telefonanschluß für das NIT Rheinland zur Verfügung gestellt hatte, wechselte von der FAP zur JN. Seit 1995 bezeichnet sich die Gruppe als „Kameradschaft Düsseldorf". Führende Figur nach dem zwischenzeitlich erfolgten Rückzug von Lars Stehr ist heute **Sven Skoda** (19), der von der elterlichen Wohnung aus die zusätzlich eingerichtete „Direkt- und Fax-Leitung" des NIT Rheinland betreibt. Diese „Direktleitung" dient der direkten Kontaktaufnahme sowie der Koordination im Vorfeld von Aktionen. Skoda verfaßt auch die Ansagetexte des NIT Rheinland und sorgt darüber hinaus für die Einspeisung dieser Texte, eigener Verlautbarungen und weiterer Informationen und Erklärungen ins elektronische „Thule-Netz". Hierfür nutzte er bis Ende November 1997 die „thule"-box „Germania" des Bonner NPD'ler **Hans-Peter Krieger**. Ende November 1997 zog es Krieger allerdings vor, aus Sicherheitsgründen den Betrieb der „Germania" einzustellen, so daß die Düsseldorfer „Kameraden" zur Zeit ohne elektronische Heimat sind.

Anfangs noch stark JN-orientiert versteht sich die „Kameradschaft Düsseldorf" heute als „Unabhängige Kameradschaft" und als Teil des sogenannten „Freien Nationalen Widerstandes", was allerdings der Zusammenarbeit mit der JN keinen Abbruch tut. Zwar kommt es immer wieder zu szeneinternen Streitigkeiten zwischen der JN und den eindeutig NS-orientierten „Unabhängigen Kameradschaften", der sich u.a. an dem von der JN formulierten Führungsanspruch festmacht, was aber letztendlich niemanden daran hindert, gemeinsame Aktionen zu organisieren und sich gegenseitig zu unterstützen. Die wohl größte gemeinsam durchgeführte Aktion war die ca. 4000-köpfige Demonstration gegen die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht am 1. März 1997 in München. Das NIT Rheinland hatte auch hier eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung. Beste Kontakte unterhält die „Kameradschaft Düsseldorf" zur „Sauerländer Aktionsfront" (SAF), der in NRW wohl stärksten sich als parteienunabhängig verstehenden neonazistischen Struktur. Folgerichtig findet man Düsseldorfer Neonazis auch des öfteren auf von der SAF organisierten Aktionen und Veranstaltungen, wie z.B. einer Demonstration am 14.9.97 in Marburg, die sich wieder einmal gegen die

Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht richtete. Ebenso folgerichtig werden über das NIT Rheinland und das „Thule-Netz" immer wieder Erklärungen und Aufrufe aus den Reihen der SAF bekanntgegeben. Darüber hinaus steuert man eigene Artikel für die SAF-Zeitschrift „Freie Stimme" bei. Diese vielversprechende Zusammenarbeit hat allerdings am 22.11.1997 einen derben Rückschlag erlitten, nachdem die zwei wichtigsten Kader der SAF, **Andree Zimmermann** und **Thomas Kubiak**, die auch bundesweit zum Kreis der tonangebenden Personen zu zählen waren, bei einem Autounfall ums Leben kamen. Bei ihrer Beerdigung am 27.11.97 in Winterberg (Sauerland) durfte die „Kameradschaft Düsseldorf" natürlich nicht fehlen. Gemeinsam mit der „Kameradschaft Duisburg" legte man einen Kranz am Grab von Thomas Kubiak nieder. Die Verbotsverfügung für öffentliche Kundgebungen und Aktionen anläßlich der Beerdigungen wurde ihm übrigen laut Eigenangaben der Neonazis dem Betreiber der „Direktleitung" des NIT Rheinland, also Sven Skoda, von der Polizei übergeben. Offensichtlich scheint währenddessen auch der zuständige Polizeiliche Staatsschutz und die ihm übergeordneten Behörden die Rolle des NIT Rheinland in der neonazistischen Szene begriffen zu haben. Was daraus folgt, bleibt allerdings abzuwarten.

Lokale Aktivitäten und Entwicklung

In Düsseldorf sind bisher nur wenige öffentliche Aktivitäten der „Kameradschaft Düsseldorf" bekannt geworden. Neben der Agitation von potentiellen SympathisantInnen und der Verbreitung von Propagandamaterial versucht sich die ca. 10 bis 15-köpfige Gruppe noch sehr zaghaft an kleineren Aktionen, wie z.B. einem eher peinlichen Versuch am 15.11.97 (Volkstrauertag), eine „würdige Kranzniederlegung an einem Düsseldorfer Ehrenmal" durchzuführen. Diese Aktion endete nach Berührungen mit der Polizei damit, daß letztendlich nicht mehr als fünf „Kameraden" und „Kameradinnen" einige Gedenkminuten für die „gefallenen deutschen Helden" am Düsseldorfer Nordfriedhof einlegten. Zuvor war bereits ein ähnliches Unterfangen mit angeblich zwanzig Neonazis in Duisburg-Kaiserberg gescheitert. Darüber hinaus versucht man sich in der „Anti-Antifa"-Arbeit, zuletzt anläßlich einer antifaschistischen Demonstration am 8.11.1997 in Essen, wo Skoda und Co. DemonstrationsteilnehmerInnen fotografierten. Darüber hinaus gibt es auch erste Überlegungen und zaghafte, bislang aber eher tölpelhafte Versuche, antifaschistische Veranstaltungen zu behindern, wenn nicht anzugreifen. Man übt eben noch.

Im Juni 1997 startete der „Koordinierungskreis antifaschistischer Gruppen aus Düsseldorf und dem Umland" (ANTIFA-KOK) eine Kampagne gegen diese neonazistischen Aktivitäten und Akteure. Bereits nach kurzer Zeit und einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit konnte ein erster Erfolg verzeichnet werden. Udo Birr, der noch am 24.06.97 eine Gegendarstellung zu einem Flugblatt des ANTIFA-KOK über das NIT Rheinland verlaß und indirekt dazu aufrief, die beiden angekündigten Informationsveranstaltungen des ANTIFA-KOK anzugehen, warf am 30.06.97 das Handtuch und verweigerte seinen „Kameraden" die weitere Nutzung seines Telefonanschlusses für das NIT Rheinland. Hierzu sehe er sich durch die „neuerliche Hetzkampagne der Antifa" gezwungen. Außerdem sei er auch von „vielen Kameraden im Nationalen Lager" enttäuscht und habe deshalb bereits im Mai 1997 seine „Mitgliedschaft in allen politischen Verbänden", denen er angehört habe, „gekündigt". Offensichtlich war auch innerhalb der „Kameradschaft Düsseldorf" der Streit zwischen JN-Anhängern und „Unabhängigen" eskaliert. Udo Birr als organisiertes JN-Mitglied hatte wohl innerhalb seiner „Unabhängigen Kameradschaft" den Kürzeren gezogen. Die kurz danach anlaufende Kampagne, die ihn als NIT-Betreiber ins Blickfeld geraten ließ, gab ihm wohl den Rest. Er ist zwar nach wie vor aktiv, bemüht sich wohl aber, nicht in einer der vorderen Reihen zu stehen.

Der offensichtlich nicht mit der „Kameradschaft Düsseldorf" abgesprochene Ausstieg von Udo Birr aus dem „Betreiberteam" des NIT Rheinland löste zunächst Ernüchterung und dann eine betriebsame Hektik in der Szene aus. Schließlich stand der bundesweite „Rudolf-Hess-Marsch" anläßlich des 10. Todestages des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß bevor, bei dessen Vorbereitung das NIT Rheinland eine wichtige Funktion einnehmen sollte. Bereits nach zwei Wochen konnte Sven Skoda eine neue Telefonnummer für die Hauptleitung des NIT Rheinland bekanntgeben. Betreiber dieses neuen Anschlusses, dessen Nummer von fast allen neonazistischen Organisationen sofort verbreitet wurde, ist der Düsseldorfer **Jörg Wagner** (24), der seitdem die Rolle von Udo Birr übernimmt.

Obwohl es vor Ort für die „Kameraden" immer enger wird, versuchen Skoda und Wagner den Betrieb des NIT Rheinland zu professionalisieren. Aber bereits bei der Umstellung auf Computer scheinen Schwierigkeiten einzutreten. Nahezu 50% der Ansagen der letzten Monate waren entweder völlig unbrauchbar oder nur in Teilen abrufbar. Das läge laut Skoda und Wagner allerdings an den sehr vielen Anrufen, die technische Schwierigkeiten hervorrufen würden. Darüber hinaus beklagt man finanzielle Engpässe. Für die weitere politische Arbeit wird aber insbesondere entscheidend sein, ob man sich vor Ort wieder Bedingungen für ein ungestörtes Agieren verschaffen kann. Regional wird sich zeigen, ob es dem „Freien Nationalen Widerstand in NRW" und damit auch der „Kameradschaft Düsseldorf" gelingt, die Lücke zu schließen, die durch den Tod von zwei ihrer wichtigsten Führungsfiguren entstanden ist. Sven Skoda und das NIT Rheinland werden auf jeden Fall nicht weit sein, wenn es gilt, die Rollen neu zu verteilen - vorausgesetzt natürlich, man läßt sie gewähren.

Mord an Obdachlosem

Rechtsradikale ermorden Rentner

*Am 14.10.97 wurde der 59jährige Frührentner **Josef Anton Gera** so schwer von Rechtsradikalen zusammengeschlagen, daß er zwei Tage später im Krankenhaus an den Folgen der Mißhandlungen starb.*

Erst sieben Tage nach der Tat und fünf Tage nach dem Tod des Opfers erfuhr die Öffentlichkeit davon. Den Lokalzeitungen war zu entnehmen, daß die Mordkommission nach vier Skinheads fahndet und die Tat in die Kategorie 'Obdachlose klatschen' einordnet. Der Frührentner, den man am Rande eines Krupp-Brachgeländes nahe der Bochumer City aufgefunden hatte, soll den Polizisten und Sanitätern von vier Rechtsradikalen mit Baseballschlägern als Täter berichtet haben. Des weiteren wußten die Lokalblätter von den Umständen zu berichten, daß die Polizei den Fall lediglich als eine Körperverletzung aufgenommen, aber nicht weiter ermittelt hatte. Die Schwere der inneren Verletzungen (Milz- und Leberriß, Rippenserienbrüche, Verletzung eines Lungenflügels, usw.) sei wohl erst bei der Obduktion der Leiche deutlich geworden. Der Verwaltungsdirektor des verantwortlichen Elisabeth-Krankenhauses versicherte der Presse, daß Herr Gera normal behandelt worden sei.

Es dauerte keine Woche bis die Mordkommission zwei Männer, **Patrik K.** und **Uwe K.**, verhaftete. Beide gehörten selbst der Obdachlosen - Szene an. Der zuerst verhaftete Patrik K. gestand nach kurzem Verhör die Tat. Er und Uwe K. hatten in ihrer Behausung auf dem Krupp-Brachgelände zusammen mit zwei anderen Obdachlosen und Anton Gera getrunken. Er habe mehrfach am Abend den Hitlergruß gezeigt und "Sieg Heil" in ihrer mit Hakenkreuzen und SS-Runen versehenen Unterkunft gegrölt. Später seien die zwei anderen Obdachlosen eingeschlafen. Gera soll ihnen dann sexuelle Avancen gemacht haben. Daraufhin hätten sie mit einem Eisenrohr auf ihn eingeschlagen und mit Tritten bearbeitetet.

Wie die Ermittlungen der Polizei weiterhin ergaben, brüsteten Patrik und Uwe K. sich einen Tag später ihrer Tat vor Uwe K.s Mutter, Schwester und deren Nachbarn und schlossen ihren Bericht mit "Sieg Heil"-Rufen ab.

Waren anfangs die Zeitungsüberschriften noch geprägt von der politischen Zuordnung der Täter, so geriet der politische Hintergrund mit der Zeit, nicht nur in den Überschriften, immer mehr aus dem Blickfeld. Die rechtsradikale Gesinnung der Mörder kam in den Artikeln nur noch als eine nebensächliche Information vor. Mehr Gewicht wurde auf deren soziale Lage und Alkoholkonsum gelegt. Diese entpolitisierende Sichtweisen der Medien entsprach genau der Vorgabe, die Exekutive und Judikative auf der Pressekonferenz im Polizeipräsidium am 23.10. von sich gaben. Das Quartett, das die Souffleure der Presse abgab, war hochkarätig besetzt: Erster Kriminalhauptkommissar **Walter Pindur** als Leiter der Mordkommission, **Eckhard Reister** als Sprecher des Polizeipräsidiums, **Thomas Wenner** als Polizeipräsident und **Dieter Justinsky** für die Staatsanwaltschaft.

Während Walter Pindur die Details der Ermittlungen und der Vernehmung von Uwe K. erörterte, versicherte Polizeipräsident Wenner, daß es keinerlei Anzeichen gäbe, daß die Täter Verbindungen zu organisierten Rechtsextremen hätten. Diese Szene hätten sie ehedem in Griff. (Ergo: Einzeltäter; die Täter hätten kein Verständnis von organisierter Politik und somit seien diese und ihre Tat als unpolitisch zu bewerten.) Staatsanwalt Dieter Justinsky erging sich dann in der Motivbestimmung der Täter. Daß das Mordopfer von Rechtsradikalen gesprochen hatte und somit auch deren Motivlage skizzierte, ignorierte er. Daß Patrik K. von den homoerotischen Annäherungsversuchen ihres Opfers als Motiv gesprochen hatte, bezeichnete Justinsky weiterhin als Lüge und Schutzbehauptung. (Wäre Mord als Reaktion auf homosexuelle Anmache also als Motiv akzeptabel? Der Staatsanwalt als Biedermann.) Die Variante der Staatsanwaltschaft: "Mord aus niederen Beweggründen", bei dem "Alkohol und eine Menge Frustration eine tragende Rolle spielten". Somit bestimmte die Staatsanwaltschaft posthum das Motiv. In gewisser Weise erinnert dies an Lübeck und Hattingen. Der Staat übernimmt in Form der Staatsanwaltschaft die Definition der Straftat. Hier gibt es nun sogar einen Täter, der das Motiv zur Tat angibt. Er wird der Lüge bezichtigt. Was gilt schon das Wort eines geständigen obdachlosen Mörders gegen das eines Staatsanwalts. Diese von Politik gesäuberte Variante wurde dann auch umgehend von den JournalistInnen in ihren Zeitungen weiterverbreitet.


Ermordeter Josef Anton Gera


Staatsanwalt Dieter Justinsky

Es kann mit großer Sicherheit davon ausgegangen werden, daß sich in der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft weder Rechtsradikalismus noch Homosexuellenfeindlichkeit als Motiv der Mordtat wiederfinden wird. Ebenso, daß Josef Gera nicht als Opfer rechtsradikaler Gewalt in irgendeiner Regierungsstatistik auftaucht .

Ähnlich wie Lübeck und Hattingen werden wohl auch die politischen Verantwortlichen in Bochum aufgeatmet haben. Aufgeatmet,

daß der 'Standort Bochum' nicht in den Ruf gekommen ist, hier würden Rechtsradikale Andersgesinnte totschlagen. Hier würden Menschen nicht nur durch kapitalistische Wohnpolitik obdachlos gemacht und durch die Abschaffung des Sozialstaats der Verarmung preisgegeben, sondern durch neue Verordnungen zu Menschen zweiter Wahl. Hier würden Menschen, die zur Obdachlosenszene gehörten, nicht nur seitens der offiziellen Politik und der Bürger ausgegrenzt und vertrieben, sondern auch auf Grund der gleichen Argumentation erschlagen. Die Gewalt würde sich zum einen fortsetzen, indem die Polizei überfallene Obdachlose nicht schützt und nicht versucht, die Täter zu ermitteln. In Gesundheitseinrichtungen würde die Gewalt zum anderen fortgesetzt, indem auch hier die Obdachlosen eine Behandlung zweiter Wahl bekämen. Geradeheraus gesagt, die Menschen bekämen einen Hauch davon mit, daß eine Form praktizierter Selektion unter demokratischen Federführung und Deckmantel schon längst wieder existiert - in Bochum und auch sonst in Deutschland. Und der demokratische Deckmantel war leicht zu bekommen. Der Presse brauchten Exekutive und Judikative nur die Stichpunkte zu liefern - sozusagen eine demokratische Abgleichung der Propagandastaffeln von Staat und Privatwirtschaft. Eine Abgleichung, die dem Durchschnittsbürger das Bild lieferten, daß "die da", die "Randgruppen", sich selbst erledigen. Dies habe aber nichts mit Politik und Staat, geschweige denn mit ihm persönlich zu tun. Ein Bild, das ehedem schon vorherrschend ist. Entsprechend dieser Berichterstattung regte sich dann auch öffentlicher Protest.

Daß die Grünen eine Anfrage im Landtag stellen wollen, die die fehlenden Ermittlungen der Polizei und das Verhalten des Krankenhauses beleuchten soll, läßt sich ebenso verkraften, wie das Häufchen von 30 Obdachlosen und Linken, die am 29. in der City gegen Ausgrenzung und rechte Gewalt demonstrierten. So ist halt Demokratie: Jeder darf seine Meinung haben, Hauptsache die Selektion läuft weiter.

Daß diesmal rechtsradikale Obdachlose die Täter waren, obwohl sie im sozialdarwinistischen Weltbild der Nazis als zu vernichtende Untermenschen gelten, beweist nur, daß selbst schmerzliche Erfahrungen in der Realität keine Lernprozesse auslösen müssen, und daß selbst in sozial deklassierten Szenen der Wille zur Herrschaft und Ausgrenzung bestehen kann.

Deutsche Burschenschaft im Aachener StudentInnenparlament

Die Wahlen zum Studentenparlament der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen (RWTH) im Juni 1997 können für die örtliche Neonaziszene als Erfolg gelten. Erstmals in der Nachkriegszeit gelang es der 'Deutschen Burschenschaft', mit zwei Sitzen in das Parlament einzuziehen.

Die Liste 'aktiv'

Die Burschenschafter traten unter dem Logo 'aktiv' erstmals zur Wahl an. Sie folgten dem Druck ihrer 'Alten Herren', sich stärker in die politische Debatte einzubringen, und gerieten in Konflikt mit dem konservativen 'Ring christlich-demokratischer Studenten' (RCDS), der eine Kandidatur von 'aktiv'-Leuten ablehnte, da diese auf das Offensein der deutschen Frage bestanden. Fast alle der 30 'aktiv'-Kandidaten gehören den örtlichen Verbindungen des nationalistischen Dachverbandes 'Deutsche Burschenschaft' an; es handelt sich dabei um die Burschenschaften 'Alania', 'Cheruskia', 'Libertas Brünn', 'Markomannia' und 'Teutonia'. Sie sind im 'Convent der Aachener Burschenschaften' zusammengeschlossen, der seit Jahren mit deutschnationalen und revisionistischen Flugblättern an die studentische Öffentlichkeit tritt. Als Kontaktadressen der 'aktiv' dienen wechselweise die Häuser der 'Teutonia' und 'Cheruskia'. Auf dem dort zu bestellenden Programm allerdings firmiert sie allerdings unter der Anschrift der 'Brünner Burschenschaft Libertas zu Aachen' (kurz: 'Libertas Brünn').

Die 'Libertas Brünn', die mit **Oliver Harf**, **Rolf Sauerstein**, **Sebastian Schaaf** und **Michael Kurr** mehrere Kandidaten stellt, nimmt nicht nur unter den Aachener Burschenschaften eine exponierte Stellung ein. Innerhalb der 'Deutschen Burschenschaft' vertritt sie eine harte Linie gegen liberalere Kräfte. Ein Beispiel für das Auftreten der 'Liberten' auf Bundesebene gab jüngst der Spiegel: "Bei einer Zusammenkunft von Mitgliedern der 'Arkadia-Mittweida Osnabrück', 'Franconia Münster' und 'Libertas Brünn zu Aachen' wurde auf dem Haus der Osnabrücker das Horst-Wessel-Lied intoniert, wobei Textpassagen anhand eines alten SS-Gesangbuches überprüft wurden." (Spiegel, 9.6.97) Auf dem 'Burschentag' der 'Deutschen Burschenschaft' übernahm die 'Libertas' den Vorsitz des Verbandes für 1997/98. Mit dem 'Liberten' Schaaf ist nun eines der drei Mitglieder des Hauptausschusses der 'Deutschen Burschenschaft', des höchsten Gremiums zwischen den 'Burschentagen', auf der Kandidatenliste von 'aktiv' zu finden. Die 'Libertas' übernahm den Vorsitz im Dachverband von der 'Olympia Wien' (Österreich ist in diesem Kreise ein Teil Deutschlands!), einer ebenfalls besonders exponierten Burschenschaft mit Kontakten ins militant braune Lager. Auch sie stellt mehrere Kandidaten einer Studentenparlamentsliste, die den 'Freiheitlichen' Jörg Haiders nahesteht. Mehrere gemäßigtere Verbindungen haben die 'Deutsche Burschenschaft' angesichts dieser Dominanz der Ultrarechten mittlerweile verlassen und einen eigenen Dachverband gegründet.

Die Nähe der 'Libertas Brünn' zu den 'Jungen Nationaldemokraten' (JN) bindet sie fest in die rechte Szene der Region ein. Das unverhohlen nationalistisches Auftreten sichert ihr im Vergleich zu anderen Studentenverbindungen eine relativ hohe Zahl an Neulingen. Ihre Villa am Muffeter Weg 15 gilt als ein neofaschistisches Zentrum für Faschisten mit Abitur. Seit Jahren treten dort rechtskonservative bis nationalrevolutionäre Referenten wie etwa Prof. **Klaus Hornung**, Präsidiumsmitglied des 'Studienzentrum Weikersheim', oder **Michael Walker**, Herausgeber des neofaschistischen Theorieblatts 'The Scorpion', auf. Andere Themenabende waren dem sudentendeutschen, flämischen, kroatischen, lettischen und palästinensischen Nationalismus gewidmet. Die Burschenschaft nahm außerdem an der Gründung des 'Junge

Freiheit-Leserkreis' (auch: 'Konservativer Gesprächskreis Aachen') teil, der im Juni 1993 das braune Spektrum im Raum Aachen von 'Republikanern' über die JN bis zur militanten Bombenbauern der 'Anti-Antifa' zusammenfaßte.

Der Verbindung zu militanten Neonazis bestätigte sich während des 'aktiv'-Wahlkampfes auf überraschende Weise. Die Fachschaft Mathe/Physik/Informatik (studentische Interessenvertretung) hatte in einem kritischen Flugblatt die Frage aufgeworfen, ob 'aktiv' Kontakt zu einem gewissen **Markus Kalenborn** habe. Dieser war im April 1993 in Dortmund zu einer 21monatigen Bewährungsstrafe verurteilt worden, weil er als Führungsmitglied und "Sprengmeister" der Anti-Antifa-Gruppe 'Volkswille' an mehreren Anschlägen beteiligt gewesen war und ein gut bestücktes Bombenlabor unterhalten hatte. Auch in Aachen, wo er während seiner ersten Semester unmittelbar nach dem Urteil bei 'Libertas Brünn' untergekommen war, fiel er durch rabiate Einschüchterungsversuche gegen AntifaschistInnen und das Auskundschaften linker Fachschaften auf. So auch jetzt: Kaum hatte die Fachschaft ihr Flugblatt verteilt, betrat Kalenborn ihre Räumlichkeiten, stellte sich namentlich als "der Bombenleger" vor und drohte, diesmal werde er die Sache mit dem Flugblatt noch auf sich beruhen lassen, beim nächsten Mal allerdings rappele es im Karton. Er erkundigte sich nach zwei Antifaschisten und ließ es sich nicht nehmen, auf seine Kontakte zur 'Libertas' und seine Sympathien für 'aktiv' hinzuweisen.

Nachdem das WDR-Lokalfernsehen den Vorfall zum Anlaß für einen kritischen Beitrag über 'aktiv' genommen hatte, spielte deren Spitzenkandidat **Kolja Brucherseifer** ('Teutonia') die Verbindung der 'Liberten' ins militante Lager herunter.

Dabei hegt auch Brucherseifer Sympathien für die neofaschistische Szene der Region: Anfang diesen Jahres sandte er mehrere Leserbriefe an die Zeitschrift 'Europa vorn' und trat dort eine kleinere Debatte über die richtige neofaschistische Finanzpolitik los. Brucherseifer vertrat dabei die kuriose Ansicht, das gelegentliche Entwerten einiger Banknotenserien könne das Horten von Bargeld verhindern, so das Erwirtschaften von Zinsen blockieren und damit die ökonomische und soziale Krise der Gegenwart lösen, während 'Europa vorn'-Herausgeber **Manfred Rouhs** auf das Lösungsmodell "Ausländer raus!" insistierte.

Die Gründung der 'aktiv' verstärkt eine Stimmung, in der linke Fachschaften immer wieder mit Aufklebern der JN, 'Europa vorn' und 'Unabhängigen Nachrichten' verunziert werden, und eine 'Nationale Hochschulgruppe an der RWTH', ganz in Anti-Antifa-Manier, zum Widerstand gegen "Nestbeschmutzer, Schmierlappen und Störenfriede" aufruft.

Programmatik und Wahlkampf

Daß 'aktiv' trotz solcher Verflechtungen für die meisten Mitglieder des Studentenparlaments als irgendwie demokratisch durchgehen konnte, verdankt sie ihrem betont zurückhaltenden Auftreten im Wahlkampf. Sie vermied neofaschistische Reizthemen und -begriffe und präsentierte sich in ihrem Wahlprogramm als "überparteiliche und unabhängige Hochschulgruppe", die sich getreu "den burschenschaftlichen Grundsätzen" für "Meinungs- und Redefreiheit für alle Studierenden" und einen "Umgang mit Andersdenkenden ohne Ausgrenzung und Diskriminierung" einsetze.

Gemeint ist jedoch vor allem eine Meinungsfreiheit für die äußerste Rechte. "Jede Gruppe an der Hochschule muß die Möglichkeit haben, die Räumlichkeiten der Hochschule für Vortragsveranstaltungen oder ähnliches zu benutzen. Außerdem muß es möglich sein, Referenten, die nicht die Meinung der Allgemeinheit widerspiegeln, einzuladen", lautet ein Programmpunkt. Die Nichtbewirtung farbentragender Burschenschafter auf einem alljährlichen Studentenfest, die "gewaltsamen Störaktionen" bei Gastvorträgen rechtsextremer Professoren und die "Hysterie um ehemalige Hochschulrektoren" wie den früheren SS-Funktionär Schneider/Schwerte dienen als Aufhänger für die Forderung nach einem geschlossenen Auftreten der Studentenschaft gegen Links. Diese Stoßrichtung setzt sich fort in der Forderung, die Unterstützung "nicht förderungswürdige(r) Gruppen" durch den AStA einzustellen: "Allein sexuelle Anlagen, das Geschlecht, ein Hobby oder die Herkunft machen eine Gruppe noch nicht förderungswürdig."



GERADE NOCH MAL GUT GEGANGEN...

Konkret würden dadurch etwa dem Schwulenreferat oder dem Autonome FrauenLesbenprojekt die Mittel entzogen. Darüber hinaus soll der studentischen Interessenvertretung pauschal die Möglichkeit genommen werden, sich zu allgemeinpolitischen Themen zu äußern: "Der AStA, das Studentenparlament und die Fachschaften sollen sich nur in der Hochschulpolitik betätigen und jegliche Art von allgemeinpolitischen Äußerungen unterlassen." Eine Stellungnahme gegen Rassismus und Neofaschismus etwa wäre damit nicht mehr möglich.

Der Angriff auf das formaljuristisch umstrittene, real jedoch längst selbstverständlich gewordene allgemeinpolitische Mandat der StudentInnenvertretungen verbindet 'aktiv' mit entsprechenden Fraktionen in anderen StudentInnenparlamenten. Aus der Erkenntnis heraus, daß rechte bzw. faschistische Listen auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein werden, ASten oder Fachschaften zu dominieren, sollen auch emanzipatorische Initiativen behindert werden. Die unklare Rechtslage macht zumindest Teilerfolge möglich. So gelang es einem REP-Studenten in Marburg, willfährige Richter zu finden, die einen politischen Maulkorb für kritische Studierende verhängten. Solche Beispiele werden in der neofaschistischen und burschenschaftlichen Presse als gängige Strategie angepriesen und finden auch im 'aktiv'-Programm süffisant Erwähnung.

'Aktiv' fungiert als braune Mogelpackung, die ihren Sprung ins StudentInnenparlament dazu nutzen wird, als normale und legitime demokratische Erscheinung akzeptiert zu werden, Vorbehalte gegenüber der burschenschaftlichen Rechten zu durchbre-

chen und neofaschistische Positionen, zurückhaltend formuliert, in die parlamentarische Debatte einsickern zu lassen. Es handelt sich dabei nicht nur um den Versuch örtlicher Korporierter; die aktive Teilnahme der vorsitzenden Burschenschaft der 'Deutschen Burschenschaft' nebst ihres Vertreters im Hauptausschuß des Verbandes macht die Aachener Kandidatur zwangsläufig zu einem bundesweit relevanten Projekt der ultrarechten Hardliner der Verbindungsszene. Die auf Akzeptanz und einen vordergründig hochschulpolitischen Schwerpunkt ausgerichtete Wahlwerbung wurde in den 'Burschenschaftlichen Blättern', dem Organ der 'Deutschen Burschenschaft', bereits vor Jahren angepriesen.

Die Taktik ging bislang auch in Aachen auf. Der Einzug der beiden 'aktiv'-Vertreter Kolja Brucherseifer und **Wolf Sebastian Koenig** ins StudentInnenparlament Anfang Juli verlief störungsfrei. Die beiden unterließen es weitgehend, sich überhaupt zu Wort zu melden. Lediglich den Kalenborn-Vorfall kommentierten sie mit der Anmerkung, die 'Liberten' hätten ihn nach zwei Semestern wegen Unfähigkeit wieder ausgeschieden. Sichtlich amüsiert nahm ihre zahlreich erschienene Anhängerschaft zur Kenntnis, wie wenig ernst die meisten SP-Mitglieder die Bedrohung ihrer Kollegen von der Fachschaft Mathe/Physik/Informatik nahmen. Von solchen Szenen abgesehen, verhielten sich die 'aktiv'-Sympathisanten innerhalb des Sitzungssaals passiv. Außerhalb hingegen waren Drohgebärden gegen AntifaschistInnen zu beobachten, und wer das Anti-PC-Logo auf dem T-Shirt eines 'aktiv'-Anhängers der Jungen Freiheit zuzuordnen wußte, konnte ohne weiteres auf ihre Gesinnung schließen.

Die linksliberale AStA-Mehrheit, die starke "unpolitische" Fraktion und der RCDS ignorierten solche Winke mit dem Zaunpfahl beharrlich. Ausdrücklich wandte sich die neu gewählte AStA-Vorsitzende gegen eine "Hetzkampagne gegen 'aktiv'", solange diese nicht durch offen rassistische und rechtsextreme Äußerungen auffalle. Lediglich Vertreter der 'Linken Liste' und der 'Liste aktiver FachschafterInnen' forderten eine öffentliche Aufklärung über eben jene Vorkommnisse, die dem WDR immerhin einen Fernsehbeitrag wert gewesen waren.

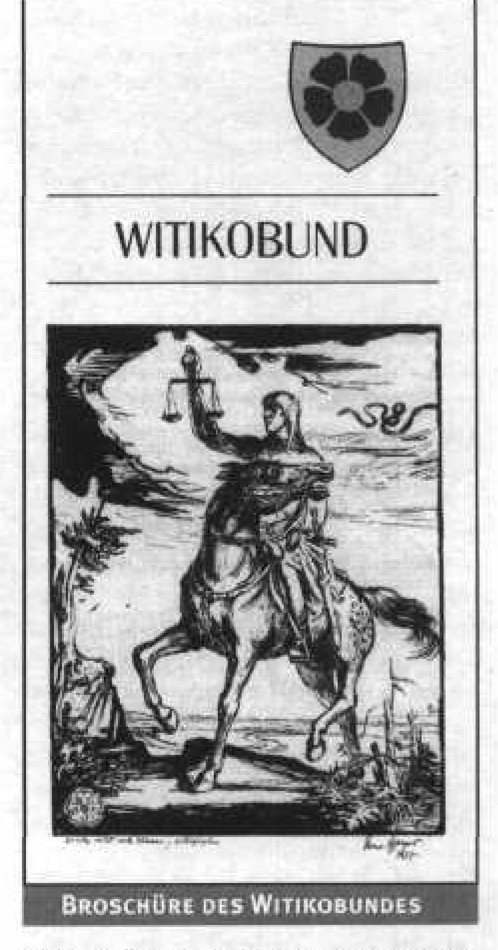
NRW-Landesverband des Witikobundes in der Krise

Im Frühjahr dieses Jahres trat der Vorstand des NRW-Landesverbandes der völkisch-nationalistischen Gesinnungsgemeinschaft in der "Sudetendeutschen Landsmannschaft" (SL) "Witikobund" (WB) zurück.

Sein ehemaliger Vorsitzender, der Düsseldorfer **Roland Schnürch**, schied gar aus dem WB aus. Bemerkenswert an diesem Vorgang ist, daß Austritte von Witikofunktionären aus dem Bund äußert selten sind. Die letzten erfolgten 1989, als der jetzige Bundesvorsitzende **Horst Rudolf Übelacker** innerhalb des Bundes zu offen für die Unterstützung der Republikaner warb. Solche politischen Differenzen dürften diesmal kaum den Hintergrund für die Krise des WB-NRW abgeben. Schließlich gehörten sowohl Übelacker als auch Schnürch 1973 zu den Gründungsmitgliedern des neonazistischen "Benrather Kreises - Arbeitsgemeinschaft für Deutschland", Schnürch fungierte gar als dessen Vorsitzender. Die seit einem Jahr zu registrierende eindeutige Orientierung des WB auf Parteien rechts von der Union dürften Schnürch also kaum verschreckt haben.

Nachfolger Schnürchs im WB-NRW wurde der im belgischen Casteau wohnende, erst 1993 in den WB eingetretene **Hans-Werner Wanie**. Wanie profilierte sich im Witikobrief 4/97, indem er sich gegen eine deutsch-tschechische Aussöhnung aussprach, die Tschechen als Freier, die BRD-Regierung als Zuhälter und die Sudetendeutschen als Prostituierte bezeichnete, die von beiden Seiten übervorteilt würden.

Auch der neue Vizevorsitzende des WB-NRW, der Düsseldorfer **Herbert Birke** (Jahrg. 1934), ist ein Freund deutlicher rechtsradikaler Worte. So schrieb er im Witikobrief, daß er und seine Witikokameraden sich zum Großdeutschen Reich bekennen würden, daß über die Grenzen von 1937, 1914 und sogar 1865 hinausreichen würde.



Broschüre des Witikobundes

Komplettiert wird der neue Vorstand durch die ebenfalls aus Düsseldorf stammende **Ingrid Pimpl**, in der Funktion der Kassenführerin.

Nazimörder und ihre Helfershelfer haben Namen und Adressen

Nazimörder und deren Helfershelfer standen unter anderem auf dem Programm des vergangenen antifaschistischen Stadtrundganges Wuppertal.

„Wir stehen hier vor dem Haus von **Hildegard Kuhlmann**", schallte es am Nachmittag des 15. Novembers durch die stille Reihenhaussiedlung in der Ingeborgstraße. Rund 70 AntifaschistInnen hatten sich aufgemacht, um die Betreuerin von der KZ-Aufseherin und Massenmörderin **Hermine Braunsteiner** aus der bürgerlichen Anonymität zu reißen. Seit nunmehr 12 Jahren betreut die Wuppertalerin, die Mitglied der Nazimörder-Hilfsorganisation „Stille Hilfe" ist, die ehemalige stellvertretende Lagerführerin des Vernichtungslagers Majdanek.

In Majdanek wurden mindestens 250 000 Menschen vergast, erschossen, verbrannt, ertränkt, totgeschlagen und totgetreten. Die Häftlinge in Majdanek nannten Hermine Braunsteiner „Kabyla", - die Stute, weil sie mit ihren eisenbeschlagenen Stiefeln die Menschen trat. Im Oktober 1943 versuchte ein Vater, seinen Sohn in einem Rucksack ins Lager zu schmuggeln. Hermine Braunsteiner sah, daß der Rucksack sich bewegte und schlug mit ihrer Peitsche auf ihn ein, bis nur noch ein Wimmern aus ihm heraus zu hören war. Schließlich zog sie den blutenden Jungen an den Haaren aus dem Rucksack und warf ihn auf einen Lastwagen zu anderen Kindern, die in die Gaskammern verfrachtet wurden.

Hermine Braunsteiner war im Vernichtungslager durch ihre besondere Brutalität bekannt. Eine Zeugin berichtete im Düsseldorfer Majdanek-Prozeß (siehe Antifaschistische NRW-Zeitung Nr. 13), daß Hermine Braunsteiner sich beim Abtransport zur Vergasung der vielen Kinder hervortat: „Als die Autos schon voll waren, wurden die restlichen Kinder auf die Köpfe der Stehenden geworfen, wie Säcke. Ich sah die Braunsteiner, wie sie mit gespreizten Beinen dort stand und die Kinder auf die Köpfe der anderen schmiß."

Die vielfache Mörderin, wurde im großen Majdanek-Prozeß zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Seit 1996 kann sie ihren Lebensabend ruhig in einem Bochumer Seniorenheim verbringen. Seit 12 Jahren ist die Wuppertalerin Hildegard Kuhlmann als Betreuerin für die Massenmörderin tätig. Die Arbeit macht sie nicht aus reiner Nächstenliebe zu einer Nazimörderin, Frau Kuhlmann handelt aus politischer Überzeugung. Sie ist Mitglied der im Geheimen arbeitenden „Stillen Hilfe."

Die „Stille Hilfe" existiert seit Ende des zweiten Weltkriegs und ist als die Nachfolgerin der SS-Organisation „Odessa" verantwortlich für Fluchthilfe, Betreuung und Finanzierung von Nazimördern. Auf den Fluchtlinien nach Südamerika verschwanden so bekannte Mörder wie **Josef Mengele, Adolf Eichmann, Alois Brunner, Klaus Barbie** und **Priebke**. Die „Stille Hilfe" organisierte die Flucht des SS-Mörders Kappler aus Italien, betreute bei den wenigen NS-Prozessen die Angeklagten und bedrohte gleichzeitig die angereisten jüdischen Zeugen. Teil dieser widerwärtigen Organisation ist die jetzt aus der Anonymität gerissene ehrenwerte Wuppertalerin Hildegard Kuhlmann. Zusammen mit dem Vorsitzenden der Nazi-Hilfsorganisation Horst Janzen in Wuppertal hält sie die Organisation aufrecht. Die „Stille Hilfe" kann als dicke Spinne, die das Nazinetzwerk zusammenhält, angesehen werden. Gegenüber einem Journalisten bestätigte die Nazihelferin, daß sie seit langem über gute Kontakte in die SPD geführte Landesregierung verfügt. Sie sprach von Kontakten in die Staatskanzlei, in den Landtag und zum Staatsschutz.

Besonders widerwärtig ist, daß diese Nazi-Hilfsorganisation, immer noch als gemeinnütziger Verein anerkannt ist, so daß die Nazispenden, die massenhaft zur Unterstützung von Massenmördern benötigt werden, auch noch steuerlich abgesetzt werden können.

Lebenslange Haft des Nazimörder Weise dauerte nur 8 Jahre

Ebenfalls gute Kontakte zur „Stillen Hilfe" hat der in Solingen lebende Auschwitzmörder **Gottfried Weise**. Am Abend des 15. November schreckte der bestialische Nazimörder in seinem Eigenheim in der Meigener Straße auf. Vor seinem Haus hatten sich rund 60 AntifaschistInnen versammelt, um dem Nazi zu zeigen, daß er keinen ruhigen Lebensabend verdient hat.

Gottfried Weise trat mit 16 Jahren freiwillig in die SS ein. Der Unterscharführer gehörte zu den berüchtigsten Mördern im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Bereits in den Auschwitz-Prozessen in den 60er Jahren tauchte der Name Weise mehrmals auf. Vierzig Jahre nach dem Ende der Nazidiktatur sah sich die BRD erst genötigt, Gottfried Weise wegen mehrfachen Mordes anzuklagen. Bis dahin lebte er unbehelligt, als „guter Freund und Nachbar" des Volksverhetzers und Großbauunternehmers **Günther Kissel** in Solingen.

Der Naziverbrecher Weise wurde auch der „Tell von Auschwitz" genannt. Zu seiner Belustigung veranstaltete er regelmäßig „Büchsenschießen" mit Konservendosen, die er auf die Köpfe der Häftlinge stellte.

Dabei gab es zahlreiche Tote. Die Tötung von einem 8jährigen Jungen und einem 16 Jahre alten Mädchen wurden ihm vor Gericht nachgewiesen. Die dritte Mordtat, die Weise nachgewiesen wurde, war die Tötung eines Häftlings, der nach dem Wecken verschlafen hatte. Weitere Zeugen erkannten in Weise den SS-Mörder wieder, der zwei Häftlinge erschossen hatte, weil sie sich unter der Kleidung der vergasten Juden versteckt hatten.

Der ehemalige SS-Angehörige und Nazimörder Weise verfügt offenbar über gute Kontakte in die nordrhein-westfälische Landesregierung. Die braunen Netze, in denen unter anderem die „Stille Hilfe" eine treibende Kraft ist, haben Gottfried Weise nach acht Jahren die Gefängnistore geöffnet.

Seit Beginn des Prozesses 1986 in Wuppertal war klar, daß Familie Weise sich auf ein gut funktionierendes Nazinetzwerk verlassen kann, das Geld, Propaganda, teure Anwälte, Kautionen und Bürgschaften organisierte. Maßgeblich beteiligt an dem Ganzen ist vermutlich der Solinger Volksverhetzer Günther Kissel. Weise und seine Familie steht seit Jahren mit dem „reichsten Mann" Solingens in engem privaten, sowie politischen Kontakt. Die Millionen, die guten Kontakte zur Politik und die Kontakte Günther Kissels zur Naziverbrecher-Hilfsorganisation „Stille Hilfe" waren unbezahlbar.

Vom ersten Prozeßtag an organisierten die Nazis eine Unschuldskampagne für Gottfried Weise. Jüdische Zeugen, die gegen Weise aussagen wollten, wurden unter Druck gesetzt. Mittels LeserInnenbriefe und Broschüren wurden die Verbrechen in Auschwitz geleugnet.

Weise war zu keiner Zeit geständig oder zeigte Reue. Während die Richter des Wuppertaler Gerichts versuchten, in akribischer Kleinstarbeit, Weise die Taten nachzuweisen, ging der „Tell von Auschwitz" als freier Mann im Gerichtssaal ein und aus. Man hatte ihn von der U-Haft verschont. Auch nach seiner Verurteilung zu lebenslanger Haft wegen 5fachem, nachgewiesenem Mord genoß der Nazimörder die großzügige Haftverschohnug. Er mußte sich lediglich einmal in der Woche bei der Polizei melden. Als 1989 das Urteil durch den Bundesgerichtshof endgültig bestätigt wurde, wurde Weise dank einer „Panne" im Justizapparat frühzeitig informiert.

Die Bundesrichter hatten, obwohl von der Staatsanwaltschaft gefordert, es nicht für notwendig gehalten, die Ermittlungsbehörden vor dem Nazimörder von der Rechtskräftigkeit des Urteils zu informieren. So erhielt Gottfried Weise am Morgen des 20. Aprils 1988 das Urteil der Karlsruher Richter per Post zugestellt. Erst glaubte er, aus dem Urteil zu vernehmen, daß er freigesprochen worden sei, doch als kurze Zeit später sein Sohn nach Hause kam, ging alles ganz schnell. Er klärte seinen Vater auf, daß das Urteil lebenslange Haft bedeutet. Sie packten hastig einige Sachen und flohen über mehrere Umwege in die Schweiz. Kurze Zeit nach der Flucht kamen Wuppertaler Staatsschützer am Haus von Weise an, um den eilig vom Gericht herbeigeschafften Haftbefehl gegen Weise umzusetzen. Sie kamen zu spät. Weise war ihnen entwischt. Auch hatte es die Polizei nicht für nötig angesehen, Weises Frau zu beobachten. Sie konnte ständig zwischen der Schweiz und Solingen pendeln. Auf die Nachfragen von Journalisten, warum man Frau Weise nicht observiert habe, antwortete der zuständige Oberstaatsanwalt: „Auch Frau Weise hat ein Recht auf Intimität."

Der untergetauchte Nazimörder blieb aber nicht lange unentdeckt. Auf seiner Flucht hatte Weise einen Kreislaufzusammenbruch erlitten. Sein Sohn und Fluchthelfer brachte ihn in ein Schweizer Spital, in dem die Ärzte feststellten, daß es sich bei ihrem Patienten um einen Nazimörder, der auf der Flucht ist, handelt. Weise wurde in die BRD überführt und kam in das Knastkrankenhaus nach Fröndenberg.

Aus der Haft wurde der Solinger Mörder im April 1997 entlassen. Grund der Freilassung war ein Gnadengesuch des Neusser Faschisten **Karl Dimmig**. Bis Johannes Rau endgültig über das Gnadengesuch entschieden hat, wurde Weise aus „humanitären" Gründen aus der Haft entlassen. Der Gnadengesuchsteller war am 9. November aufgefallen, als er auf einer Veranstaltung in Solingen zum „Fall Weise" zusammen mit seinen Nazifreunden und Holocaust-Leugnern, die Veranstalter zu einem frühzeitigen Ende zwang.

In dem Redebeitrag, der am Abend des 15. Novembers vor Weises Haus gehalten wurde, heißt es unter anderem: „Menschen mit so einer Vergangenheit haben kein Recht, in Ruhe zu sterben! Unsere Aktionen gegen die Nazikriegsverbrecher **Hubertus Bikker**, **Theodor Oberländer** und heute gegen Gottfried Weise sollen die Erinnerung wachhalten, daß es Menschen gab und gibt, die trotz Übermacht, Hoffnungslosigkeit und Barbarei das Unrecht bekämpften und bekämpfen. Wir grüßen mit unserer Kundgebung die überlebenden Menschen aus den Vernichtungslagern, aus den Ghettos, aus den Widerstandsgruppen in den Städten und Wäldern. Sie kämpften gegen die Nazibarbarei, weil vor ihren Augen ihre getöteten Familienangehörigen in den Kalkgruben lagen, die in Viehwagen nach Auschwitz gekarrt wurden. Sie kämpften in Erinnerung an ihre gefolterten GenossInnen, sie kämpften in Erinnerung an die Erstickten in den Gaskammern. [...] Wenigstens heute soll der Nazimörder Weise davon träumen, daß seine Opfer wieder lebendig werden und ihn zur Verantwortung ziehen."

Bericht:
Internationale Antifakonferenz

Am 3. bis 5. Oktober fand in London eine internationale Konferenz militanter Antifaorganisationen statt. Ausgerichtet wurde die Konferenz ' von der britischen 'Anti-Fascist Action' (AFA).


ANTIFA-KONFERENZ

Anti-Fascist Action sieht seine Wurzeln stark in der Geschichte der Arbeiterbewegung und legt wert darauf, sich nicht in Appellen zu ergehen, sondern die Nazis ideologisch und physisch anzugreifen. AFA gibt es in ca. 30 britischen Städten. In Regionen mit starken Gruppen von AFA hat das öffentliche Auftreten von Faschisten nahezu aufgehört.

Daß ein von direkter Aktion bestimmter Antifaschismus von Sozialdemokraten nicht gewünscht ist, bewies die neue Labour Regierung, indem die zuständigen Behörden auf das Camden Irish Centre so viel Druck ausübten, daß die für drei Tage angemieteten Räumlichkeiten kurzfristig gekündigt wurden. Dennoch gelang es AFA, entsprechende Ersatzräume Für die Konferenz zu organisieren.

Ca. 70 AntifaschistInnen aus 11 Ländern (Australien, Deutschland, England, Frankreich, Holland, Irland, Kanada, Norwegen, Schweden, Spanien und den USA) diskutierten mehrere Tage über internationale Zusammenarbeit, Kommunikationsstrukturen, Medien, Repression, faschistische Musikszene, etc. pp..

Den Abschluß der Konferenz bildete ein

öffentliche Versammlung in Erinnerung an die "Cable Street battle", als in den 30iger Jahren die ArbeiterInnen eines Stadtteils von London militant gegen Nazis und Polizei den Aufmarsch der Mosleyfaschisten verhinderten, sowie ein gelungenes Konzert.

"Fighting Talk" ist die Zeitung von Anti-Fascist Action, kostet 1,50 Pfund und ist zu beziehen über:

AFA
BM 1734
London WC1N 3XX
England

Besprechung:

Dokumentation über Abschiebehaft

"Seit der Verschärfung bzw. faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl im Jahr 1993, gibt es auch Abschiebeknäste in der BRD." So schreibt das Tübinger 'Bündnis gegen Abschiebehaft' in einer jüngst erschienenen Dokumentation über die Abschiebehaft in Rottenburg. Was nicht ganz richtig ist, denn der bundesweit erste Sonderknast für Flüchtlinge wurde bereits im Oktober 1992 in Herne eröffnet. Und zu einem Zeitpunkt, da andere Bundesländer noch damit beschäftigt waren, die genannten Gesetzesänderungen in die Tat umzusetzen, verfügte NRW bereits über eine Vielzahl von regionalen Sammellagern für Flüchtlinge und mehr als ein Dutzend spezieller Abschiebehaftanstalten. Darunter den bis heute einzigen Frauen-Abschiebeknast der Republik in Neuss, sowie den Mammutknast in Büren, an dessen Kapazität und repressive Haftbedingungen bislang nur der Knast in Berlin-Grünau heranreicht.

Jenseits der Vorreiterrolle, die Nordrhein-Westfalens SPD seit eh und je in Sachen "Asylbeschleunigung" und "Rückführung" einnimmt, und an der sich auch mit Eintritt von 'Bündnis 90/Die Grünen' in die Landesregierung nichts geändert hat, gilt jedoch für die praktische Situation von Abschiebegefangenen, was die Tübinger in ihrer Broschüre exemplarisch für Rottenburg auf den Punkt bringen: Ein rassistisches Zusammenspiel von Asylbehörden, Gerichten und Knastverwaltung sowie eine tägliche Diskriminierung und Mißachtung, die ein Betroffener mit den Worten charakterisiert: "Man wird wie ein Hund behandelt." Hinzu kommen persönliche Verzweiflung und Angst vor der Abschiebung, der viele Gefangene durch Suizid(versuche) zu entkommen suchen. Nicht zu vergessen die entrechtete Situation, mit der Flüchtlinge selbst im Fall einer Freilassung konfrontiert sind und die manche unter ihnen denken läßt: "Abschiebehaft was better than this."

Wem die Problematik soweit vertraut ist, wird einem Teil der Tübinger Dokumentation keine neuen Erkenntnisse abgewinnen können. Doch lohnt es sich immer wieder, die Stimmen von Betroffenen selbst zu hören. Und hierzu gibt das Heft genauso Gelegenheit wie zum Einstieg in die längst überfällige Debatte zum Thema: "Arbeit von Frauen im Männer-Abschiebeknast." Denn diese hat - wie die AutorInnen im Vorwort erklären - "über einjährige Erstellung der Broschüre begleitet und zeitweise stark belastet. Sie wird auch weitergeführt werden, beispielsweise an der Frage, warum so wenige Männer bereit sind, einen persönlichen Kontakt mit Abschiebehäftlingen einzugehen und lieber auf einer abstrakten politischen Ebene agieren."



Dokumentation über die Abschiebehaft in Rottenburg,
Einzelpreis 8 Mark, 2 Exemplare 15 Mark, 4 Stück 25 Mark, 8 Stück 40 Mark inklusive Porto.
Gegen Briefmarken oder Scheck zu bestellen bei:

Bündnis gegen Abschiebehaft,
c/o Asylzentrum,
Neckarhalde 32,
72070 Tübingen

Bochum

Jüdische Gemeinde auf Abschußliste

Noch im Oktober 1996 waren führende Nazis wie **Christian Malcoci, Thomas Wulff, Kai Dalek, Andree Zimmermann** und deren holländische Kameraden von den Sicherheitsbehörden aufgesucht und ermahnt worden, die Veröffentlichung eines 'Einblick II' mit Adressen von Staatsbediensteten zu unterlassen.
Daraufhin verhielten diese sich im Sinne des Staates brav und artig. Statt dessen wurde eine 'Hitliste 1997' in der 'Neuen Front' veröffentlicht. Diese zeichnet sich dadurch aus, daß sie neben Telefonnummern und Adressen zweier Staatsanwälte, 15 Adressen diverser Jüdischer Gemeinden, Synagogen, Krankenhäuser, Altersheime und Einzelpersonen enthält. Die Jüdische Gemeinde Bochum-Herne steht auch auf der Liste. Unter der Überschrift 'Sieg und Heil Kameraden und Kameradinnen' heißt es zu der Liste: "Aus unserer Sicht hätte die Veröffentlichung erst dann Erfolg, wenn auch Systemblätter diese drucken. Unser Rubrikvorschlag >Todesanzeigen<."
Weiterhin heißt es von dem 'Redaktionskollektiv des National Autonomen Schriftstellerverbands': "Ferner widmen wir diese Schrift den Kameraden **Thomas Lemke** und **Kai Diesner**, die aus Überzeugung handelten und in Democraten Kerkern schmachten!!"
Über strafrechtliche Konsequenzen für die Nazis ist bisher nichts bekannt geworden, obwohl die Zuordnung zu **Eite Homann**, dessen Postfach in Delfzyl als Bestelladresse der NF angegeben wird, mehr als einfach ist. Dies wirft wieder mal ein Schlaglicht auf den 'staatlichen Antifaschismus', der nur dann auf den Plan tritt, wenn es gilt, den Ruf des 'Wirtschaftsstandorts Deutschland' zu wahren. Daß Antisemitismus und rassistische Mordaufrufe nicht verfolgt werden, beweist nur, welch Geistes Kind diese Demokratie ist.

ANTISEMITISCHE TERRORLISTE

Aufhebung des 'Zigeuner-Urteils' gefordert

Der Zentralrat der Sinti und Roma hat den Landtag von NRW aufgefordert, das 'Zigeuner-Urteil' des Bochumer Amtsgerichts aufzuheben. Das Urteil des Amtsrichters hatte erklärt, 'Zigeuner' seien als 'Nachmieter einer Wohnung nicht geeignet'. Justizminister **Behrens** (SPD) hatte bereits erklärt, er sehe keine Möglichkeit, die Rechtskraft des Urteils aufzuheben.
(WAZ, 22.10.97)

Reinkarnation

Zum Vortrag über 'Wiedergeburt - ja oder nein?' lud am 4.8. die zu den rechten Sekten zählende Organisation 'Universelles Leben e.V.' in das Bochumer Hotel Ibis ein.

Rechter Infotisch

Am 28.8. hatte die 'Bürgerrechtsbewegung Solidarität einen Stand auf der Huestr. aufgebaut. Dieser rechten Splittergruppe unter **Helga Zepp - LaRouche** konnte aber offensichtlich kein/e Bürger/in so recht was abgewinnen.

Sozialwissenschaftler entdeckt 'Unrecht'

Der Sozialwissenschaftler **Dieter Vogt** von der Bochumer Ruhr Universität sieht Gefahr heraufziehen. DDR-Unrecht mutiere zu deutschem Recht, Rechtsbewußtsein schwinde, der deutsche Staat sei unwillens, die Verbrechen der SED zu sühnen und dessen Opfer vor neuem Unrecht zu schützen und 'kriminelle (kommunistische) Täter' könnten so ihre Opfer verhöhnen. Dies sprach er und erntete Applaus auf dem Kongreß 'Stopp dem Unrecht - Neuer Anlauf für die innere Sicherheit' der 'Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum' (ARE), die Mitte des Jahres in Borken stattfand. Die ARE ist eine Vereinigung selbsternannter politischer Verfolgter, die sich als Opfer und Geschädigte einer Willkürjustiz sowjetischer und deutscher Kommunisten sehen und der es vor allem darum geht, ehemals enteignetes 'Eigentum' von der jetzigen Regierung einzufordern. Allerlei rechtskonservative und antikommunistische Töne wurden auf diesem Treffen angeschlagen. Nachzulesen in der FAZ vom 26.5.97.

Schläger verurteilt

Dennis Wahl, seines Zeichens 17jähriger Schüler der Märkischen Schule in Wattenscheid, fand sich am 16.7. 1997 vor dem Bochumer Jugendgericht wieder. Er hatte einen Mitschüler attackiert, als dieser einen Naziaufkleber abriß. Wahl ist bekannt für sein Engagement für die NPD, dem Absingen des 'Horst-Wessel-Lieds' und dem Zeigen des "deutschen Grußes".

Überfall im Bus

Im Oktober wurde eine Schülerin der Märkischen Schule in einem Linienbus der Stadt Wattenscheid von Naziskins attackiert. Beim Hinausgehen sprayten sie dem Mädchen unvermittelt CS-Gas ins Gesicht. Anschließend weigerte sich der Busfahrer, die Polizei zu benachrichtigen. Seine Begründung: "Die kriegen sie ja doch nicht".

REP - Flugblatt

Auf den Zug der Ausgemeindung Wattenscheids von Bochum sprangen nun auch die REPs auf und ließen ein Flugblatt in Wattenscheid verteilen. Verantwortlich hierfür zeichnete ein gewisser **Gerd Amling**. Weiterhin wurde für den Bezirksverband Ruhr ein Bochumer Postfach und eine Dortmunder Telefonnummer angegeben.

'Freiheit Wattenscheid' verlor Prozeß

Der Herausgeber der rechtsextremen Postille 'Freiheit Wattenscheid', **Michael Frank**, verlor vor dem Oberverwaltungsgericht in Münster einen Prozeß, den er gegen das Presseamt der Stadt Bochum angestrengt hatte. Dieses hatte sich bereits 1993 geweigert, das Heft mit dem Informations-



TITEL DER "FREIHEIT WATTENSCHEID"

material aus dem Rathaus zu versorgen. Zu einem wegen der rechtsextremen Ideologie, die das Blatt verbreitet, zum anderen sei das Blatt seiner Art nach nicht an der Versorgung der Bürger mit aktuellen Nachrichten aus Rat und Verwaltung interessiert und könne überdies das aktuelle Geschehen nicht aktuell wiedergeben, weil es höchstens alle vier Monate und nicht einmal im gesamten Ortsgebiet von Wattenscheid erscheine.
Die Klage, die Frank damals einreichte, wurde 1995 vom Gelsenkirchener Verwaltungsgericht zurückgewiesen und erfuhr vor dem Münsteraner Gericht nun seine endgültige Abfuhr. In der Urteilsbegründung heißt es unter anderem, der Herausgeber habe sich "dem Ziel verschrieben, im Gewande eines Stadtblatts(...) seine politische Ideologie zu verbreiten".
(WAZ, 30.8.97)

Rechte Geschichtsbewältigung

Wie sehr die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" dem braunen Volk auf den Magen geschlagen hat, kann mensch unter anderem auch daran ablesen, daß sie eine „Initiative gegen einseitige Vergangenheitsbewältigung" versuchen zu initiieren. Diese soll eine Ausstellung „Die Verbrechen an Deutschen" erstellen. Zur Unterstützung dieses Ansinnens sammeln sie Unterschriften. So verteilten sie in Bochum ein Flugblatt mit Unterschriftenliste. Einzusenden ist die Liste an den DS-Verlag der NPD in Stuttgart. Verantwortet wird das braune Elaborat von **Udo Holtmann**. Dessen Adresse ist angeblich auch in Stuttgart, aber es dürfte sich wohl trotzdem um den in Bochum lebenden Landesvorsitzenden der NPD handeln.

Knastträume

Von einer „Rechten Einheits - Partei" träumt Herr **Peter Maaßen**. Wo er das tut? In der Bochumer Krümmede und in der „Kameradenhilfe", der „Informationsschrift für National-Politische Gefangenen der „B.R.D" ".

Bonn

Auch Schade!

Kurze Zeit nachdem unter anderem in einem Leserbrief in der Online-Ausgabe der Berlin-Brandenburger Zeitung (BBZ) eine engere Zusammenarbeit der Bonner Thule-Mailbox Germania BBS mit dem "Nationalen Infotelefon Rheinland", der "Berlin-Brandenburger Zeitung" und dem Nordland-Netz angekuendigt wurde, konnte man auf der Home-Page (oder doch besser: Heimat-Seite) der Germania BBS nachlesen, bzw. beim NIT-Rheinland hören, daß der Betreiber der Mailbox den Betrieb derselben einstellt.
Laut Home-Page hat es auf den Betreiber einen Anschlag von "linksfaschistische(n)" "Chaoten" gegeben. Die Attentaeter haetten mit einer langstieligen Axt die Haustüre des Betreibers gelöchert, um dann Buttersäure in die Wohnung zu gießen. Der Bewohner habe sich dann bei der Verfolgung der Täter die Fußsohlen verletzt.
Anlaß genug für den Verätzten, alle Aktivitäten im Internet und den Nachrichtennetzen einzustellen.
Ob die Kameraden dafür wirklich Verständnis haben?

Offensiv gegen 'Offensive': Antifa deckt rechtsradikale Umtriebe im Ippendorfer Jugendzentrum auf

Seit Anfang der 90.er probt im Jugendzentrum Ippendorf die neonazistische Skin-Band „OFFENSIVE". 1992 bringt die Band ihr erstes Machwerk auf den Markt: ARMEE DER GEÄCHTETEN heißt diese auf Disrespect Records erschienene Single, die auch gleich von der Bundesprüfstelle indiziert wird.
Dann wird es ruhig um die Lärm produzierenden Nazis. 1995 taten sie sich dann wieder zusammen und probten ab spätestens Anfang 1996 wieder in Ippendorf.
Im Frühjahr 1997 erschien die frischgepresste CD „SCHÖNE ZEITEN", auf der die 1992 verbotenen Lieder neu abgemischt, aber inhaltlich unverändert erklingen.
Im Spätsommer diesen Jahres erschien die CD „UHRWERK DES LEBENS" (von Funny Sounds GmbH Düsseldorf verlegt) der „Offensive", mit „Rock Nord"- Reklame auf den CD-Cover. Textlich bleiben sie nun knapp unter der Zensurgrenze, Menschenverachtung, Sexismus und Rassismus springt der/dem HörerIn jedoch direkt ins Ohr.
Zwei Presseerklärungen der ANTIFA Bonn/Rhein-Sieg sorgen für große Aufregung in Bonn. Alle Tageszeitungen (sogar der Express) berichten über den Skandal, daß in einem städtischen Jugendzentrum Entwicklungshilfe für die rechte Skin-Subkultur in Bonn und Umgebung geleistet wird.
Die „Grünen" im Stadtrat machten eine große Anfrage im Jugendhilfeausschuß der Stadt. Das Jugendamt stellte sich hinter den Zentrumsleiter des Jugendzentrums Ippendorf, **Hagen Eichhorn** und ließen verlauten, daß die Bandmitglieder der rechten Szene abgeschworen hätten und nun unpolitischen Punkrock spielen würden.
Schade nur, daß die Band sich in einem Interview mit der rechtsradikalen Musikzeitschrift „Rock Nord" aus diesem Jahr wie folgt äußerte: „Wir waren und werden immer eine WP-Band sein. Auch wenn die Texte nicht immer politisch sind. Aber das liegt daran, daß jedes Thema wirklich schon bis zum Erbrechen durchgekaut ist".
Nun dürfen die „unpolitischen Punkrocker" sich einen neuen Proberaum suchen. Den in Ippendorf hatten sie gerade frisch renoviert.
Bei den beiden festen Bandmitgliedern (der Schlagzeuger wechselt schon mal) handelt es sich übrigens um **Ralf Wildha-**


RALF WILDHAGEN

gen und **Matthias Bölike**, die beide schon seit FAP Zeiten aktiv sind und in Bonn und Umgebung das Zentrum der rechten Skinumtriebe bilden.
Interessant ist, daß der sehr seltsam agierende Zentrumsleiter Eichhorn wohl der Mentor oder besser die Vaterfigur von Matthias Bölike ist: „Der Matthess ist ständig bei mir und ich berate ihn bei allen seinen Problemen ..."
Bleibt nur zu wünschen, daß Matthess der einzige ist, der Ratschläge von Zentrumsleiter Hagen Eichhorn annimmt.

„Normaler" Antisemitismus in Bonner Vorort

Eine Gruppe Jugendlicher hatte schon seit dem Winter 1996/97 monatelang eine jüdische Lehrerin in Bonn/Röttgen bedrängt. Jedesmal wenn die 56jährige Frau bei ihren Spaziergängen mit ihrem Hund an der Gruppe vorbeiging, mußte sie üble Beschimpfungen, wie „Jude verrecke!" oder „Dich haben sie wohl vergessen zu vergasen", über sich ergehen lassen. Des weiteren entblödeten die Hänger sich nicht, den Namen des Hundes der Lehrerin von „Abu Khan" in „Abraham" umzuwandeln. Als die Frau den Terror nicht mehr ertrug, erstattete sie Strafanzeige.
Am 16. Juni fand daraufhin eine Verhandlung gegen zwei der Jugendlichen vor dem Amtsgericht Bonn statt. Die beiden Angeklagten machten ein mehr als klägliches Bild vor der Jugendrichterin. Nachdem sie sich zunächst arglos gaben - einer der beiden berief sich darauf, selber Ausländer zu sein -, gestanden sie „Scheiß Jude" gerufen zu haben; an was anderes wollten sie sich nicht erinnern. Die Richterin bezeichnete das Verhalten der beiden 18jährigen zwar als ausgesprochen „verwerflich", ließ die beiden jedoch mit einer glimpflichen Strafe davon kommen: Zwei Freizeitarreste, sowie dreimonatiger sozialer Trainingskurs wegen Volksverhetzung.
Die Betroffene selbst erschien aus Furcht vor weiteren Angriffen nicht zur Verhandlung, nachdem ein Belastungszeuge von einem der Täter vor Beginn des Verfahrens brutal zusammengeschlagen wurde. Die Lehrerin wanderte kurze Zeit nach der Verhandlung nach Israel aus. Entgegen der Darstellung der lokalen Presse waren die Angriffe der Jugendlichen jedoch nicht die Ursache, sondern lediglich der Anlaß für ihren Entschluß, Deutschland zu verlassen. Der eigentliche Grund sei vielmehr das rassistische und antisemitische Klima, das derzeit in Deutschland herrsche.
Daß sie mit ihrer Einschätzung nicht falsch liegt, wird durch die Tatsache belegt, daß es sich bei den Verurteilten nicht um irgendwelche Bilderbuch-Nazis -bekannt aus Funk und Fernsehen- handelte, sondern um ganz „normale", gelangweilte Vorstadtjugendliche, die nichts dabei finden, einen Menschen wegen seines Glaubens zu terrorisieren.

Wildes Vorgebirge

Wie erst vor kurzem bekannt wurde, ist es im Frühjahr 1997 zwischen Bonn und Köln vermehrt zu Aktivitäten und Übergriffen rechtsextremer, teilweise in rechtsradikalen Organisationen wie der JN zusammengeschlossener Jugendlicher gekommen. Anfang September wurde er 21-jährige Aktivist **Michael Offermann** vor dem Bonner Amtsgericht zu einer Geldstrafe von 4.500 DM verurteilt. Er hatte im Mai letzten Jahres mit 20 Kameraden einer Junggesellenveranstaltung in Bornheim seinen Besuch abgestattet. Dabei übten sich die Neonazis im Sieg-Heil-Rufen, Hitler-Gruß-Zeigen und Stechschritt-Marschieren. Den etwa 800 Gästen der Feier bereitete dieses Schauspiel kein Vergnügen, die anrückende Polizei mußte 15 Streifenwagen einsetzen, um dem braunen Spuk ein Ende zu bereiten.
Am Rande des Prozesses wurden Zeugen eingeschüchtert: Sie sollten sich bei ihren Aussagen "sehr in Acht nehmen".
Michael Offermann tritt im Vorgebirge in letzter Zeit häufiger in Erscheinung. So organisierte er im letzten Jahr Skinhead-Konzerte, deren Zuhörer teilweise bis aus dem Ruhrgebiet angereist kamen. Sein Vorgehen ist immer das selbe: Er mietet in der ländlichen Gegend von unbedarften Pächtern Säle, besorgt Licht und Tonanlagen und lädt seine Gesinnungsgenossen auf den üblichen Verteilerwegen zu den Spektakeln ein. Besonders problematisch ist, daß in der ländlichen Gegend so gut wie kein Freizeitangebot für Jugendliche vorhanden ist, so daß sein braunes Engagement auf fruchtbaren Boden fällt. Es ist deshalb auch nicht all zu verwunderlich, daß die Übergriffe von Nazis zunehmen.
- Zu Pfingsten schützte ein großes Polizeiaufgebot eine Junggesellenveranstaltung in Hemmerich, nachdem Neonazis einen ‚Besuch' des Festes angekündigt hatten.
- Im Juni kam es bei einer Junggesellenveranstaltung zu einer von Neonazis provozierten Schlägerei.
- Im Juli mußten die Breniger Gesellen ihr Fest vorzeitig beenden, nachdem eine größere Gruppe von Skinheads bei der Feier auftauchte und Ärger machte.
- Bei der Wahl zur ‚Miß Vorgebirge' stürmte eine 15köpfige Gruppe von Neonazis die Veranstaltung. Es folgte eine Auseinandersetzung, in deren Verlauf Flaschen und Gläser flogen.
Merkwürdig bei den geschilderten Vorfällen ist, daß sich dieselben Junggesellen, die als wenig zimperlich bekannt sind, wenn man ihren Maibaum klaut, von den teilweise noch jugendlichen Neonazis auf der Nase rumtanzen lassen.
Doch leider blieb es in der Vergangenheit nicht immer bei Pöbeleien, Schlägereien und Eingriffen in die ‚Brauchtumspflege'. So wurde während des Karnevalsumzuges 1994 in Bornheim ein 51jähriger ausländischer Mitbürger durch Stiche in den Unterleib lebensgefährlich verletzt. Der Mann und sein Schwiegersohn hatten versucht, ein zu ihnen gehörendes sechsjähriges Mädchen vor den Zudringlichkeiten eines 22jährigen Rechtsradikalen zu schützen. Dieser kam daraufhin mit fünf bis sechs Kameraden zurück. Im Verlauf des Angriffs der Neonazis wurden dem 51jährigen schwere Verletzungen beigebracht. Da der Messerstecher und die anderen Tatbeteiligten nicht ermittelt werden konnten, wurde der 22jährige im Rahmen des Opferentschädigungsgesetzes zu einer Geldstrafe in Höhe von 3.400,- DM verurteilt.
Für die Zukunft wird wahrscheinlich mit weiteren Zwischenfällen zu rechnen sein.

3.Oktober, die 2te

Nachdem 1996 NPD und JN ihre zentrale Veranstaltung zum ‚Tag der deutschen Ein-


KLUG, ECHTERMANN, OFFERMANN

heit' in Bonn durchführten (s. Antifaschistische NRW-Zeitung Nr.13), versuchte sich der NPD Kreisverband Bonn dieses Jahr an einer Neuauflage. Der Bonner NPD-Vorsitzende und Mitglied im NPD Landesvorstand NRW **Hans Robert Klug** meldete für den 3. Oktober eine Veranstaltung auf dem Bonner Münsterplatz an. Im Gegensatz zum vergangenen Jahr - damals hatte die Veranstaltung Redner wie den Bundesvorsitzenden der NPD **Voigt** - beschränkte man sich dieses Jahr bei der Planung auf nicht ganz so ,hochkarätige' Akteure wie Klug selber, seine Frau **Jaqueline** und den eher senilen, andauernd von seinem Landserhut erzählenden Ex-Bundesgeschäftsführer der Wiking-Jugend **Narath**. Dies wird wohl auch der Grund gewesen sein, warum die Partei nicht gerichtlich gegen das durch den Bonner Polizeipräsidenten verhängte Veranstaltungsverbot vorging.

Kameraden unterwegs

Kameraden aus dem Bonner Raum scheinen mit der Zeit reiselustiger zu werden. Bei sämtlichen Naziaufmärschen der vergangenen Zeit waren entweder Nazis aus Bonner NPD-Strukturen oder aber Mitglieder der ,Unabhängigen Kameradschaften' (UK) um Tegethoff mit von der Partie. So ließ es sich der Bonner NPD-Funktionär und Möbelverkäufer **H. R. Klug** nicht nehmen, beim diesjährigen Heß-Marsch in Königslutter von BGS-Einheiten abgeführt zu werden. Das ebenfalls zur NPD gehörende **Ehepaar Wank** gab frühzeitig Fersengeld und entkam so seinem Schicksal. Die Kameraden **Krämer**, **Hörning** und der ehemalige Vorzeigenazi **Stephan Sieben**, der es zu seinen besten Zeiten schon auf die Titelseiten israelischer Tageszeitungen gebrachte hatte, mischten sich in Marburg unter die Aktivisten der ,Sauerländer Aktionsfront' (SAF). Der "Protest" gegen die Wehrmachtsausstellung endete für sie mit polizeilichem Gewahrsam und kaputten Autos (s. Hintergrund-Artikel in dieser Ausgabe). Mehr Glück hatten da die Mitglieder des NPD-Kreisverbandes Rhein-Sieg unter **Markus Spruck**. Sie konnten von den Aktionen am 1.März in München und denen am 1. Mai ohne Verluste an den heimischen Herd zurückkehren.

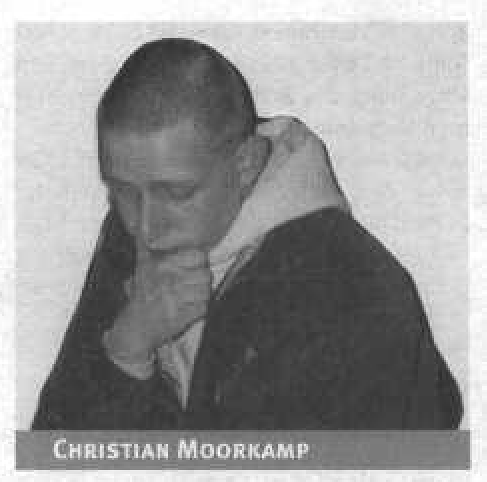
Frank Steffen sitzt

Seit kurzer Zeit ist der St. Augustiner Neonazis **Frank Steffen** hinter Gefängnismauern verschwunden. Der als extrem gewalttätig bekannte ehemalige Aktivist der FAP nutzte die vergangenen Jahre, um Bewährungsstrafen zu sammeln. Steffen, der u.a. wegen Raubes und Körperverletzung vorbestraft war, bewegte sich während der letzten Zeit in der Nazi-Skin-Subkultur. Der Grund für seine Inhaftierung ist noch nicht bekannt.

Dortmund

Bekehrt - oder ???

Mensch stelle sich vor: **Christian Moorkamp**, eine 'typische doitsche Jugend':
In der Nähe seiner Wohnung (in Schwerte-Holzen) klebte er als 17 bis 18 Jähriger rassistische Aufkleber, sprühte Hakenkreuze. Sein Zimmer in der elterlichen Wohnung war verziert mit NPD-Plakaten, auf seiner Bomberjacke prangten rechtsradikale Abzeichen. Nach eigenen Angaben suchte er Kontakt zu rechtsradikalen Parteien, den er auch herstellen konnte, so z. B. zur DL und REP. Für die DL verbreitete er Flugblätter und Aufkleber. Mit **Martin Seithe**, dem REP-Kandidaten für die Wahl zum Kreistag Unna (1994) wurde gemeinsam mit anderen bekannten Rechtsradikalen über die bevorstehenden Wahlen diskutiert.


CHRISTIAN MOORKAMP

Dieser Christian M. tauchte nun im Frühjahr 1997 'geläutert' wieder auf - z. B. als Mitarbeiter im PDS Kreisverband Dortmund und als Initiator eines Rock gegen Rechts Konzertes in Schwerte:
Anfang März 1997 nahm er Kontakt zum Schwerter Verein 'Kunterbunt' auf und schlug die Organisation eines Rock gegen Rechts Konzerts vor. Erst als die 'Kunterbunt'-MitarbeiterInnen von der Dortmunder PDS einen Anruf erhielten, ob bei ihnen Christian M. bekannt sei, und sie daraufhin bei AntifaschistInnen nachfragten, kam Christians rechtsradikale Vergangenheit ans Licht. Auch bei der Dortmunder PDS räumte er seine rechte Vergangenheit erst auf Nachfragen ein.
Zur Rede gestellt machte er folgende Aussagen: Seine politische 'Karriere' hätte mit 16 begonnen, als er politisch etwas verändern wollte und deswegen kleinere Parteien angeschrieben hätte. Die linken Parteien hätten leider nicht auf seine Anfrage reagiert; nur der NPD-Kreisverband Unna hätte ihn eingeladen. Allerdings langweilte ihn die NPD bald aufgrund des hohen Alters der Mitglieder. Anschließend habe er die gesamte rechte Szene durchlaufen von FAP bis NF. Ausgestiegen sei er 1996, als er die immer wiederkehrenden Saufereien nicht mehr ertragen konnte.


CHRISTIAN HÖRNING, STEPHAN SIEBEN, FRANK KRÄMER (V.L.N.R.)

Auf die Frage zu seinem politischen Selbstverständnis äußerte er sich u.a. folgenderweise:
Er würde sich eher als links einschätzen, vor allem weil er viele ausländische Freunde habe. Er wolle nun seine Kenntnisse der rechten Szene in antifaschistische Arbeit einbringen.
Seit Anfang 1997 läuft gegen ihn (nach eigenen Angaben) eine Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch, Freiheitsberaubung, Sachbeschädigung und Körperverletzung. Hintergrund dieser Anzeige sei ein Überfall auf einen bekannten Nazi, den er zusammen mit zwei Freunden in dessen Wohnung 'besucht' habe.
Unserer Meinung nach hat er in Antifa- oder anderen linken Gruppen nichts zu suchen. Sein plötzlicher Wandel vom Rechtsextremisten - wenn auch vielleicht nur ein sogenannter Mitläufer - zum Antifaschisten ist kaum nachzuvollziehen. Ohne ihm zu unterstellen, ein "Anti-Antifa"-Spitzel zu sein, besteht die Gefahr, daß er sich durch seine Aktivitäten im Schwerter Kulturverein und bei der PDS einen linken Hintergrund aufbaut.
Mittlerweile ist klar, daß Moorkamp weiterhin zu rechten Kreisen Kontakt hat. Also: Vorsicht!

Ex-REPler jetzt ohne Faxen

Der Dortmunder **Günther Mikulla**, Vorsitzender der Konservativ-Sozialen Fraktion, einer Abspaltung der Republikaner im Stadtrat von 1989 bis 1994, mußte im November alle Gegenstände rausrücken, die seiner (Ex-) Partei bis zum Ausscheiden aus dem Rat bei den Kommunalwahlen 1994 zugekommen sind. Insgesamt 91000 DM hatte die Fraktion in der Wahlperiode aus Steuergelder erhalten, wovon 17000 DM in die Büroausstattung flossen. Computer, Telefax und Software hatte Mikulla nach 1994 bei sich zu Hause verwendet, was das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen nun für "nicht rechtens" erklärte.
(Westfälische Rundschau 4.11.1997)

Freisprüche vor dem Schöffengericht

Aus der Haft heraus, die er "wegen einer anderen Sache" absaß, wandte sich ein 37 Jahre alter ehemaliger Verwaltungsangestellter aus Dortmund an den Staatsschutz. Im Februar 1995 offenbarte er, daß er für ein am 20. April 1994 von der B1-Fußgängerbrücke an der Universität hängendes Transparent zum 105. Geburtstag Hitlers verantwortlich sei. Auf dem besprühten Bettlaken stand "Glückwunsch Führer", außerdem war es mit SS-Runen und Hakenkreuzen verunziert. Auch an den Schändungen des jüdischen Friedhofes in Dortmund- Dorstfeld im Februar und April 1994 gab er eine Beteiligung zu. Durch die Aussage belastete der 37Jährige auch weitere Mittäter aus der rechten Szene, die sich aber vor dem Schöffengericht alle gegenseitig entlasteten und dem "Ex-Kameraden" eine Racheaktion aus dem Knast heraus vorwarfen. Zwei direkt durch die Aussagen Angeklagte wurden mangels Beweisen freigesprochen, der "Auspacker" konnte mit einer Strafe von einem Jahr auf Bewährung das Amtsgericht verlassen. Als Zeugen traten auch ein bereits wegen der Grabschändung Verurteilter und ein "einschlägig bekannter 21jähriger, der sich wegen der Vorfälle vor dem Landgericht verantworten muß", auf.
(Westfälische Rundschau und Ruhrnachrichten 17.10.1997)

Volkstrauertag ... Alle Jahre wieder ...

Bei der offiziellen Gedenkfeier der Stadt Dortmund auf dem Hauptfriedhof am Ehrenmal wurden auch dieses Jahr von verschiedenen Friedens- und Antifagruppen Gestecke und Kränze speziell zur Erinnerung an Deserteure, Euthanasie-Opfer und ermordeter KZ-Häftlinge niedergelegt. Besonders die Deserteure wurden in den vergangenen Jahren seitens der Stadt mit keinem Wort erwähnt. Auch kam es immer wieder zu Übergriffen von "alten Kameraden" und Neofaschisten gegen diese Kränze. 1996 wurde der "alternative Kranz" auf Veranlassung des Oberbürgermeisters noch kurz vor den Feierlichkeiten entfernt.
Dieses Jahr legte die Bürgermeisterin Wendzinski zusammen mit Bundeswehr-Vertretern und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge Kränze nieder. Der ehemalige Rechtsdezernent (jawoll!) und Stadtrat **Dr. Wolfgang Kenneweg**, der auch noch Kreisvorsitzender des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge ist, bezeichnete die nicht-städtische Kranzniederlegung als "politisch gewollte Provokation". Als ein Zuschauer bemerkte: "Das sind doch alles getarnte Kommunisten", entgegnete er: "Getarnt? Wo sind die denn getarnt?" Jede Differenzierung der Toten sorge heute für "inneren Unfrieden" erklärte Kenneweg später der Presse. Unter den meisten Anwesenden der Gedenkfeier sorgten Kennewegs Äußerungen allerdings für "Unmut und Ärger".
(WAZ, Ruhrnachrichten und Westfälische Rundschau vom 17.11.1997, Flugblatt zu der Aktion 1997)

Rechter Lehrer

Nachdem es schon an mehreren Dortmunder Schulen immer wieder zu Befürwortungen rechter Ideologien und zu rassistischen, sexistischen Äußerungen durch Lehrer gekommen ist, gibt es einen neuen Fall an der Kaufmännischen Schule 2.
Deutschlehrer **Kühn** war schon in der Vergangenheit des öfteren durch Frauenfeindlichkeit und faschistische Ausfälle aufgefallen.
Beschwerden von SchülerInnen und AusbilderInnen bei der Bezirksregierung Arnsberg blieben ohne Erfolg.
Am Dienstag, dem 10.6.97, war dann erst ein Mal die Spitze des Eisbergs erreicht.
Kühn befand sich im Deutschunterricht in der Klasse EVU 4 und unterrichtete zum Thema "Protokolle'. Nebenbei ging er darauf ein, daß er in den Freistunden gerne das Schularchiv besuche und sich die Protokolle der Lehrerversammlung ab 1933 ansehen würde. Dazu merkte er an, daß man sich damals ja wenigstens noch vernünftig gegrüßt hätte, schlug die Beine zusammen, hob den Arm und brüllte „Heil Hitler!".
Aufgeschreckt durch eine Flugblattaktion und die Berichterstattung der lokalen Presse zu diesem Vorfall verfügte die Bezirksregierung die Versetzung Kühns an eine andere Dortmunder Berufsschule.
Es folgten 6 Wochen Sommerferien, in denen Kühn den Verfasser des Flugblattes durch seinen Rechtsanwalt massiv unter Druck setzte.
Inzwischen wurde ein förmliches Disziplinarverfahren gegen Kühn eingeleitet, da „die Vorwürfe nicht zweifelsfrei ausgeräumt wurden". Kühn wurde mit Beginn des neuen Schuljahres vorläufig vom Dienst suspendiert.
Der weitere Verlauf der Geschichte bleibt abzuwarten.

Duisburg

Ruhrgebietstreffen der Nazis - aber nicht wie jedes Jahr

„Servus Kameraden, wie jedes Jahr wird es auch dieses Jahr ein Treffen nationaler Kameraden im Ruhrgau geben. Der Termin ist der 27.09", so war es rund vier Wochen vor dem 27. September in einer Meldung des faschistischen Thule-Netzes zu lesen. Wie jedes Jahr verlief das Ruhrgebietstreffen der Nazis allerdings nicht.

Zur Vorgeschichte: Bereits zwei Tage vor dem Veranstaltungstermin wurde bekannt, daß die Kameraden in den Raum Duisburg mobilisieren. Die Koordinierung hatte der aus Duisburg stammende Neonazi und ehemalige stellvertretende Bundesvorsitzende der verbotenen Deutschen Alternative, **Michael Thiel** inne. Vom Hauptbahnhof der einstigen Stahlmetropole Duisburg, der als Schleusungspunkt diente, verfrachteten die Neonazis rund 80 mit der Bahn angereiste Kameraden in die nur wenige Kilometer entfernte „Westerwaldstube, Haus Küster". Einzig der Sauerländer Aktionsfront-Kader **Thomas Kubiak** reiste mit seinem allerorts bekannten BMW an.

Doch der bis dahin glatt verlaufene Abend wendete sich sehr zum Nachteil der Nazis. Nach rund einer Stunde Nazitreffen im Haus Küster formierte sich eine Gruppe von entschlossenen AntifaschistInnen und bewegte sich zu dem Ort des rechten Treffens. Lauthals machten sie den Faschisten klar, daß sie in Duisburg und anderswo ihre Treffen vergessen können. Um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, ging das Führerhaus eines zum Transport der Nazis vor dem Haus geparkten Busses in Flammen auf. Noch bevor die Ordnungsmacht am Ort des Geschehens eintraf, verschwanden die AntifaschistInnen unerkannt in der abendlichen Dämmerung, so wie sie kurz zuvor erst gekommen waren.

Essen

Bande terrorisierte Obdachlose

Laut einer AP- und "Jungen Welt"-Meldung vom 11.6.97 wurden in Essen Obdachlose und Nichtseßhafte von einer Bande terrorisiert und zum Teil brutalst überfallen. Mindestens acht Überfälle waren bis dahin bekannt geworden. Die Behörden gingen aber von weit mehr Überfällen aus. Mehrere Opfer wurden so brutal zusammengeschlagen, daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten.

Es ist davon auszugehen, daß diese Kurzmeldung mit Sicherheit nur die Spitze des Sozialdarwinismus widerspiegelt, denen Obdachlose ausgesetzt sind.

"Böhse Onkelz" - Gute Onkels?

Unter diesem Titel fand am 3. September eine von ca. 200 Leuten besuchte Diskussionsveranstaltung in der Zeche Carl in Essen statt. Auf dem Podium saßen Wolfgang Freye (Antifaschistisches Forum) und Klaus Walter (Hessischer Rundfunk) als Kritiker der Band. Als Befürworter der Band hatten sich Götz Kühnemund (Chefredakteur der Zeitschrift 'Rock Hard') und Mille Petrozza (Frontman der Metal-Band 'Kreator') eingefunden. Grund für die Diskussionsveranstaltung zu diesem, langsam schon abgelutschten Thema war ein kurz bevorstehender Auftritt der 'Böhsen Onkelz' in Essen.

Zur Freunde manch anwesender Fans wurden zu Beginn der Veranstaltung drei alte Songs der 'Onkelz' (u.a. "Türken raus") abgespielt, um Anwesenden, denen die alten Texte nicht bekannt waren, eine Diskussionsgrundlage zu schaffen. Während der gesamten Veranstaltung versuchten faschistische 'Onkelz'-Fans linke Jugendliche zu provozieren. Doch dies ließ die Herren Freye und Walter scheinbar kalt. Brav wurde weiter diskutiert, anstatt einmal eine "härtere Gangart" gegenüber den Faschisten einzulegen.

Als Klaus Walter darauf aufmerksam machte, daß die Fans wie immer auf ihrer "Opferrolle" rumreiten würden, traten zig weibliche Fans ans Saalmikrofon, um der anwesenden "Gemeinde" klarzumachen, daß sie alle keine "Opfer" wären, es aber richtig sei, daß ihre Band schon seit je her von den Medien boykottiert würde.

Natürlich machten einige von ihnen auch klar, daß sie ja gar nichts gegen Ausländer hätten, aber....

Auch der plötzlich auftauchende Manager der 'Onkelz', der sich dann an der Diskussion beteiligen durfte, stellte fest, daß die 'Onkelz' anstatt ihren Namen zu ändern, lieber zu ihren "Jugendsünden" stehen sollten.

Zusammenfassend kann man nur feststellen, daß die stattgefundene Podiumsdiskussion keine neuen Erkenntnisse brachte und von Seiten der 'Onkelz'-Fans nur die alten fadenscheinigen Argumente kamen und auch immer kommen werden.

Interessant zu wissen, wäre jetzt nur noch, wo die Grenze der Diskussionsbereitschaft von uns erreicht ist und mit welchen Zielen wir Veranstaltungen wie diese organisieren. Aber gut, vielleicht glauben ja noch einige von uns, Faschisten bekehren zu können. Wobei ich mit den Faschisten natürlich nicht alle anwesenden Fans meine, den anderen Teil könnte man ja vielleicht als "rechtslastig" - oder wie in Essen geschehen - als "rechtsliberal" - was immer das sein mag - bezeichnen.

Antifademo

Unter dem Motto "daß du dich wehren mußt, wenn du nicht untergehen willst, wirt du wohl einsehen" fand am 8. Nov. '97 in Essen die in der letzten Zeit größte antifaschistische Demonstration im Ruhrgebiets statt. Anlaß war die in Essen immer vehementer auftretende und anwachsende Zahl von faschsitischen Straßenschlägern und das dahinterstehende Netz organisierter Nazigruppen. Mobilisiert hatten autonome Antifagruppen und mehr als 1200 Menschen, vorwiegend aus den Nachbarstädten waren gekommen. Rund 80 % davon waren unter 20 Jahre alt. Dafür das in Essen seit langer Zeit keine Antifademo mehr stattgefunden hatte und das sich so viele Leute mobilisieren ließen, ist die Demonstration als Erfolg zu bewerten.

Trotzdem gab es einige mehr als ärgerliche Nebenerscheinungen. Während die ca. 20 offen auftretenden Nazis vertrieben wurden, konnten organisierte Nazis, wie z.B. **Sven Skoda**, in aller Ruhe Aufnahmen vom Rande der Demo machen. Wie Tage nach der Demo zu erfahren war, hatten sich zudem Nazis als Demonstranten getarnt in die Demonstration eingereiht, um dort Informationen zu sammeln.

Bei den am Vortag in der Innenstadt aufgebauten Informationsständen der PDS, VVN, DKP, etc. konnten sich **Sven Schwertfeger** und **Dietmar Breyl**, beides JN Funktionäre, ruhig plaudernd an einem Stehtischchen ein Bild der Dinge machen, ohne vertrieben zu werden.

Dies beweist, daß weder zur Schau gestellte Radikalität, noch die berüchtigten und vielzitierten längjährigen Erfahrungen davor bewahren, sich zum Deppen zu machen. Daß vielmehr noch viel gelernt, verändert und vor allem durchgesetzt werden muß.

Hagen

Veranstaltung des Deutschen Kulturwerkes

Am 27. November sollte im Vereinsheim St. Bonifatius eine Vortragsveranstaltung zum Thema „Deutschland in einem Europa der Vaterländer" mit dem in rechten Kreisen einschlägig bekannten Referenten Brigadegeneral a.D. **Reinhard Uhle-Wettler** stattfinden. Über den Verteiler der antisemitischen „Unabhängiggen Freundeskreise (UN)" wurde das gesamte Nazispektrum in NRW von den als Einladende fungierenden **Timo Pradel** und **Thorsten Crämer** zur Teilnahme aufgefordert.
Der Referent Uhle-Wettler besuchte in den letzten Jahren regelmäßig alle möglichen Organisationen des braunen Netzes. Anfänglich war er in der "Gemeinschaft freiheitlicher Deutscher", dann in der DSU, in der DP und im "Bündnis konstruktiver Kräfte Deutschlands" (BKKD) organisiert. Auch trat er auf Naziveranstaltungen auf, bei denen der Holocaust geleugnet und die Kriegsschuld Deutschlands angezweifelt wurde; u.a. referierte er 1995 bei der "Gesellschaft für freie Publizistik", der größten überparteilichen Kulturorganisation der Nationalisten.
Das selbsternannte "Deutsche Kulturwerk" in Hagen versucht die „Vortrags- und Kulturarbeit der Pflegestätte Hagen des ehemaligen „Deutschen Kulturwerkes Europäischen Geistes" (DKEG) fortzuführen", versteht sich aber nicht als Nachfolgeorganisation. Das DKEG ist eine der dienstältesten faschistischen Organisationen in der BRD. 1950 gegründet, definiert es sich selbst als „Tatgemeinschaft für die Erhaltung der deutschen Kultur" und Verband „kulturschaffender Personen, die sich der Pflege volkhaft-konservativer Literatur verschrieben haben". Die Einlader des Deutschen Kulturwerkes möchten „als jüngere Generation ... im Bereich der deutschen Kulturarbeit" ihren Beitrag leisten und verstehen sich „als kommunikativer Treffpunkt für volkstreue Deutsche, gleich welcher Organisationszugehörigkeit oder Individualauffassung, und als Vermittler von Wissen und Meinungen für den politischen Kampf des Einzelnen".
Die Veranstaltung darf als Versuch gewertet werden , die sogenannte jüngere Generation stärker inhaltlich zu einen, taucht doch der Iserlohner Timo Pradel nicht nur als Autor in der Westdeutschen Volkszeitung des Hagener **Rüdiger Kahsner** ("Aktionsbündnis Hagen"), sondern auch auf der Beerdigung des **Harald Theodor Mehr** (Donner Versand) am Veranstaltungstag in Lüdenscheid auf. Die gegen 18 Uhr aus Lüdenscheid zurückkehrenden Hagener BeerdigungsteilnehmerInnen und weitere Interessenten, die sich am Schleusungspunkt Hagener Hauptbahnhof einfanden, wurden von etwa 100 AntifaschistInnen und einer Hundertschaft Polizei empfangen. Da der Wirt des Vereinshauses die Veranstaltung absagte, als er erfuhr, wer die Mieter sind, wurden die Faschos nach Vogelsang umgeleitet. Auch dort kam es zu Rangeleien, wie es die Presse ausdrückte, und die Veranstaltung wurde „massiv gestört". Anwesend waren etwa 60 - 80 junge und alte Faschos, vor allem aus dem Hagener Raum.
(Westfälische Rundschau 28.11.97 und Flugblatt „Kein Vergeben! Kein Vergessen! 27.11.97)

Köln

Großrazzia gegen CD-Kopierer

Bei einer Großrazzia gegen illegale CD-Hersteller hat die Kölner Polizei am 9. Oktober 24 Firmen und Wohnungen durchsucht und rund 1.500 Raubkopien sichergestellt. Unter den beschlagnahmten Scheiben seien nach Angaben der Polizei verbotene CDs mit rechtsradikalem Inhalt gewesen.
Seit Anfang 1996 hatten die Ordnungskräfte auf Kölner Trödelmärkten rund 3.000 Raubkopien von CDs sichergestellt. Immer wieder wurden auch Naziplatten dabei beschlagnahmt. Auf den Märkten wurden die Scheiben zum Preis von zehn bis 50 Mark verkauft.

Mühlheim

Rechter Musikvertrieb

Wie dem rechten Dark Wave Fanzine „Sigill" zu entnehmen war, ist der Sampler zur Nazi Pop-Ikone Leni Riefenstahl, der im "VAWS-Verlag" des Rechtsextremisten **Werner Symanek** erschienen ist, mittlerweile auch über den Mühlheimer „Heliocentric Distribution" in der Moränenstr. zu beziehen.

Unvollständige Chronologie faschistischer Aktivitäten

im Raum Leverkusen, Langenfeld und Solingen

20.1.97 An diesem Montag, hatte der stellvertretende Landesvorsitzende der NPD, **Wolfgang Frenz** aus Solingen, zu einem offenen Stammtisch in einer Gaststätte in SG-Gräfrath eingeladen. Dank des Erscheinens zahlreicher Antifas, konnte der Stammtisch schon im Vorfeld verhindert werden. Auffallend war, daß nicht nur NPD-Mitglieder bzw. InteressentInnen, sondern auch Neonazis verschiedener Couleur wie z.B. der in Solingen bekannte und wegen Gewaltdelikten vorbestrafte Nazi-Skin **Andre Evertz** anwesend waren.

21.2.97 Eine Gruppe von etwa 8 bis 10 Nazi-Skins um Andre Evertz wollen die linke Kneipe "Kult" angreifen. Mit dabei war u.a. **Tobias Nass** aus Langenfeld-Wiescheid. Das "Kult" wurde allerdings gewarnt, so daß kein Angriff stattfand. Auf dem Weg zur Kneipe allerdings, treffen die Nazis jedoch auf zwei Antifas und verletzen einen von ihnen.

1.3.97 Schlägerei zwischen Faschos und italienischen Jugendlichen am Busbahnhof in SG-Aufderhöhe. Alle Beteiligten flüchten beim Eintreffen der Polizei.

7.3.97 30 Nazi-Skins versuchen eine Party in SG-Gräfrath aufzumischen. Nach Eintreffen der Polizei ziehen sie wieder ab.

31.4.97 Während einer "1 Mai Disco" im Sportpark "Toscana" in Leichlingen kommt es zu einer Schlägerei zwischen Leverkusener und Leichlinger Neonazis und ausländischen Jugendlichen. Dabei werden einige der Jung-Nazis verletzt.


...UND TSCHÜSS!

13.4.97 Etwa 10 bis 12 Nazi-Skins (darunter auch Tobias Nass) versuchen bei einer antifaschistischen Gedenkfeier zu provozieren. Bei dieser Gedenkfeier, am Wenzelberg in Langenfeld-Wiescheid, wird jährlich der 71 Opfer gedacht, die am 13.04.45 von der Gestapo an dieser Stelle ermordet wurden. Nachdem es zwischen den Nazi-Skins und autonomen Antifas (etwa in gleicher Anzahl) zu Rangeleien gekommen war, wurden weitere Auseinandersetzungen von der Polizei verhindert. Die Faschos zogen nach einem Platzverweis ab.

31.5.97 Rechte Sprühereien in SG-Gräfrath.

21.6.97 Eine Gruppe Nazi-Skins versucht eine Abi-Fete im "Walder Stadtsaal" in Solingen aufzumischen. Ihr Vorhaben scheitert an der konsequenten Gegenwehr ausländischer Jugendlicher.

2.7.97 3 Nazi-Skins schlagen am "Engelsberger Hof" in SG-Ohligs einen älteren italienischen Mann zusammen. Die Nazis können unerkannt flüchten.

Juli 97 Zahlreiche Sprühereien wie z. B.: Hakenkreuze, "Deutschland Erwache!", Rudolf Heß lebt!" und "Juden Raus!" an Schulbebäuden und Privatwänden in Langenfeld-Wiescheid.

16.8.97 Auf Einladung des Nazi-Aktivisten **Bernd Koch** - Mitbegründer und Bundesgeschäftsführer der "Aktionsgemeinschaft deutscher Interessen" kurz ADI genannt - kommt es anläßlich der "Rudolf Heß - Aktionswoche" zu einem Nazitreffen von etwa 20 bis 30 Personen in der "Lindenbaumschänke" in SG-Ohligs. 45 der etwa 60 Antifas, die dieses Treffen verhindern wollten, wurden festgenommen.

11.9.97 Eine Gruppe Nazi-Skins, u.a. auch Tobias Nass, schlagen einen türkischen Jugendlichen zusammen und brechen ihm dabei das Nasenbein.

20.9.97 Schlägerei zwischen Faschos und türkischen Jugendlichen auf dem Mc Donalds Parkplatz in Monheim Baumberg.

to be continued...

Ostwestfalen-Lippe

Anti-Antifa-Aktivisten in OWL arbeiten als "Jewish Press Agency" (JPA)

Seit zwei Jahren existiert in der Bielefelder Uthmannstr. eine "Jewish-Press-Agency", die 1985 von **Wolfgang (Wolf) Geisler** in Hof gegründet wurde. Betrieben wird die JPA z.Z. von der Bielefelderin **Claudia Wend** und dem in Gelsenkirchen gemeldeten JPA-Gründer Geisler. Unter der E-mail-Adresse JewPress@aol.com war man im Internet vertreten.

Daß es sich bei der JPA nicht um eine jüdische Einrichtung, sondern um eine Tarnorganisation der Neofaschisten handelt, wurde offenbar, als sich die JPA im Frühjahr dieses Jahres bei der VVN-BdA in Berlin meldete und um die Adresse von Antifa-Gruppen in OWL bat. Statt die gewünschten Adressen zu liefern, recherchierten die VVN und Redakteure der "Jüdischen Allgemeinen Wochenzeitung" und fanden heraus, daß eine "Jewish-Press-Agency" weder eine jüdische Einrichtung ist, noch, wie von ihr behauptet, Büros in Tel Aviv, New York, Sydney, London oder Amsterdam besitzt. Statt dessen wurde offenbar, daß es sich bei den Betreibern der JPA um Aktivisten der neofaschistischen Scene handelt. So war Wend stellv. Vorsitzende der "Walter-Machalett-Gesellschaft" aus Horn bei Detmold, eine sich in ihrer "Forschungsarbeit" an die Geschichtsklitterung des "SS-Ahnenerbes" anlehnende Organisation, die gute Kontakte zu diversen neofaschistischen Organisationen, u.a. dem "Armanen-Orden" unterhält.

Auch Geisler, der behauptet, daß Teile seiner Familie in den Gaskammern von Auschwitz umgebracht worden seinen, kann auf Beziehungen ins braune Lager verweisen. So schrieb er für eine Publikation der FAP antisemitische Hetzartikel.

BdV-Vize-Präsident Paul Latussek beim "Tag der Heimat" in Bückeburg - Trommler für eine neuen Ritt nach Ostland

Einige Querelen im Vorfeld des "Tages der Heimat" hatten beim Bund der Vertriebenen (BdV) Kreisverband Schaumburg-Lippe und bei der Stadt Bückeburg für Aufregung gesorgt. So hatte der örtliche Vorsitzende des BdV, **Arthur Gläser**, jüngst in einem Brief an die Honoratioren der Region um Spenden gebeten, mit deren Hilfe man "wertvolles deutsches Blut" im Osten vor dem Untergang bewahren wolle. Der SPD-Landrat **Werner Vehling** sagte daraufhin seine Schirmherrschaft über die Revanchistenveranstaltung ab und strich außerdem die finanzielle Unterstützung für den "Tag der Heimat" in Bückeburg. Statt des Landrates hatte sich Prinz **Harald zu Schaumburg-Lippe** bereit erklärt, die Begrüßungsansprache zu halten. Offensichtlich war der Prinz jedoch ob dieser repräsentativen Aufgabe überfordert. Nicht nur, daß er das Motto des diesjährigen Tages der Heimat in einer Weise veränderte, die tief blicken läßt - statt von "Gerechtigkeit schafft Frieden", sprach er von "Gerechtigkeit statt Frieden" - auch gesundheitlich schien er den Strapazen nicht gewachsen. Nachdem er mit letzter Kraft den Hauptredner des Tages, den Vize-Präsident des "Bundes der Vertriebenen" (BdV) **Paul Latussek** (Prof. an der TU-Ilmenau, Vorsitzender des BdV-Thüringen, Mitglied im Beirat für Vertriebene-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen des Bundesministeriums des Innern) angekündigt hatte, brach der Prinz ohnmächtig zusammen und mußte ins Krankenhaus transportiert werden.

Zur Aufregung des Prinzen dürfte beigetragen haben, daß statt des Landrates einige Antifa-Gruppen aus Ostwestfalen in diesem Jahr den "Tag der Heimat" im Bückeburger Rathaus mit einer Demonstration begleiteten. Sie trafen mit Paul Latussek auf einen "alten Bekannten". Die ca. 70 Antifaschisten, die gegen den "Tag der Heimat" und insbesondere gegen den Auftritt des BdV-Vizes auf ihm vor dem Bückeburger Rathaus demonstrierten, kannten Latussek schon von einem weniger honorigen Auftritt. Er war ihnen bereits im Januar dieses Jahres als Referent der "Gesellschaft für freie Publizistik" (GfP) in Herford-Laar aufgefallen. (Vgl. dazu, zur Person und Politik Latusseks die "Antifaschistische NRW-Zeitung, Nr. 14/15 1997, S. 17 u. 18)

Aus antifaschistischer Sicht ist die regionale Mobilisierung gegen den "Tag der Heimat" in Bückeburg ein großer Erfolg gewesen, wobei als wichtigste Ergebnisse festzuhalten bleiben, daß a.) die offen revanchistische Politik des BdV in die öffentliche Kritik gebracht werden konnte und b.) die Förderung des BdV aus öffent-

lichen Kassen in Schaumburg erheblich vermindert wurde.

Zum Thema Revanchismus / Völkischer Imperialismus sind 1997 Jahr vier Broschüren erschienen, die sich mit den aktuell verstärktem deutschen Drang nach Osten beschäftigen. Sie sind sowohl für die weitere Auseinandersetzung mit diesem Thema als auch für den Büchertisch geeignet.

- "Der Deutsche Ritt nach Osten", Sonderheft Nr.2, Sep. 97 des Rechten Randes, für 5,- DM bei: Der Rechte Rand, Postfach 1324, 30013 Hannover zu beziehen
- "Texte gegen Revanchismus - Nie wieder Heimat!", (Abgabe gegen Spende), bei Berliner-Broschüren-Brigade, c/o Antifaschistische Initiative Moabit, Postfach 210 235, 10502 Berlin zu beziehen.
- "Revanchistische Patenschaften kündigen", für 6,- DM bei: Vereinigte Verfolgte des Naziregimes-BdA, Kreisvereinigung Stade, Postfach 2105, 21661 Stade zu beziehen.
- "Deutsches Staatsbürgerschaftsrecht - diskriminierend & großdeutsch" (Arbeitsgruppe "Ostexpansion" des BWK), für 8,- DM bei: GNN-Verlag GmbH, Zülpischer Str. 7, 50674 Köln erschienen.

Christa Meves referierte für Pudding-Milliardärin Maja Oetker

Die politisch im rechten Spektrum tätige Frau des Bielefelder Milliardärs und Puddingfabrikantens **Maja Oetker** (aktiv für die "BfB - Bürger für Bielefeld", eine Wählergemeinschaft die mit dem BfB Manfred Brunners nicht nur das Kürzel teilt, sondern ihr auch programmatisch nahe steht) hatte als Vorsitzende des Bielefelder Ortsverbandes des "Deutschen Kinderschutzbundes" (DKSB) die bekannte, rechtslastige Kinder- und Jugendpsychologin **Christa Meves** zum Vortrag gebeten. Bereits 1974 referierte Meves beim DKSB in Bielefeld über die Notwendigkeit intakter (Groß)Familien für eine Erziehung zur "Gemeinschaftsfähigkeit". Weniger honorig ihr Auftritt zwei Jahre später: 1976 referierte sie zum Thema "Geburtenschwund aus psychologischer Sicht" bei der "Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung" **Jürgen Riegers**. Ansonsten ist die christliche Fundamentalistin Meves als Vortragende oder Kuratorin in einer großen Zahl von Organisationen der sog. Braunzone zwischen Neofaschismus und Konservatismus anzutreffen.


CHRISTA MEVES

Bei ihrem diesjährigen Auftritt für den DKSB-Bielefeld referierte Meves über "Neue Seelenkrankheiten", womit sie ein umsichgreifendes Suchtverhalten von Kindern, Jugendlichen und dann auch Erwachsenen bezeichnete. Süchte, unter denen sie auch so kuriose, wie eine von ihr behauptete "Stehlsucht" (gemeint sind z.B. Ladendiebstähle) zu erkennen glaubt, verortet Meves in den Hirnstrukturen der Betroffenen. Neuste US-Hirnforschungen hätten ergeben, daß solche und andere Süchte frühkindlich in den Hirnstrukturen angelegt würden. Nicht die Verschärfung sozialer Lebensbedingungen ist nach Meves verantwortlich für die Entstehung von Süchten oder die eigenverantwortliche Umverteilung von Konsumgütern, sondern eine Vernachlässigung der Kinder durch ihre emanzipierten Mütter, die eben jene Hirnschädigungen nach sich zöge. Gleichwohl sieht Meves aber auch die Mütter als Opfer. Seit 30 Jahren würden ihnen männliche Ideale als erstrebenswert vorgegaukelt. Wehren könnten sich die Frauen dagegen kaum, seien Frauen doch stärker als Männer manipulierbar und empfänglicher z.B. für die verhängnisvollen Botschaften und Verlockungen der Emanzipation. Warum dies so ist? Na, ganz einfach: Frauen hätten halt eine andere Hirnstruktur als Männer und die, so referierte Meves Ergebnis der US-Hirnforschung, sei für die Außensteuerung der Frauen ursächlich.
Bleibt zum Schluß nur zu hoffen, daß die Hirnstrukturen der etwa 100-120 ZuhörerInnen, die sich aus SozialpädagogInnen, ErzieherInnen und sozialengagiertem Bürgertum zusammensetzten, nicht zu sehr der Außensteuerung fröhnten und sie den biologistischen Quatsch einer Aktivistin der Braunzone ohne Schaden zu nehmen an sich abprallen ließen.

Wehrsport als Militaria-Club getarnt?

Eine unter dem Namen "British Traditional Club" agierende Gruppe sorgte Mitte Oktober in Bielefeld für Aufregung. Bürger alarmierten die Polizei, als sie 20 z.T. uniformierte Personen und einen Jeep beobachteten, auf dem ein Maschinengewehr montiert war. Zwar handelte es sich bei dem MG um eine Attrappe, doch ein 31jähriger Bielefelder, der sich als Vorsitzender des Club ausgab, kann auf eine rechtsextremistische Vergangenheit zurückblicken. So ist er der Polizei durch Wehrsportübungen, verschiedenen Verstößen gegen das Waffen- und Kriegswaffenkontrollgesetz und Aktivitäten im rechtsextremistischen Bereich bekannt.
Eingeladen wurde zu dem Militariatreffen in Bielefeld bundesweit. Offensichtlich hatte der "British Traditional Club", der im übrigen nichts mit den britischen Streitkräften zu tun hat, auch mit einer großen Beteiligung gerechnet, denn es standen Schlafplätze für insgesamt 150 Personen bereit.

"Geheimnis Externsteine"

Unter diesem Titel fand vom 13.-14. Sept. 97 die "4. Horner Fachtagung" statt. Eingeladen hatte zu der Tagung, auf der heidnischem Quatsch ein wissenschaftlicher Anstrich gegeben werden sollte, der Dortmunder **Ralf Koneckis**. Dieser kennt sich aus auf rechten Vortragsveranstaltungen, ist er doch schon seit Jahren Referent bei **Jürgen Riegers** "Hetendorfer Tagungswoche", bei der Neonazis weltanschaulich geschult werden sollen. Ca. 30 Personen versammelten sich, um Vorträgen wie "Der Hornen Syfrid und Beowulf, zwei Drachentöter an den Externsteinen" zu lauschen. Dabei war von militanten Jugendlichen des Sturmvogel über völkische Uropas bis zu Personen der sogenanten "Neuen Rechten" alles vertreten.
Verwundern muß die Teilnahme von Personen der "Neuen Rechten" bei so abwegigen Themen allerdings nicht, war die Tagung doch ursprünglich von **Burkhardt Weecke** organisiert worden. Dieser war Herausgeber des "neurechten" Theorieorgans "Elemente" und betreibt nur knapp 100 Meter vom Tagungsort im Hotel "Via-

lon" in Horn-Bad Meinberg eine Buchhandlung in der neben Werken der "Neuen Rechten" auch esoterische und völkisch/heidnische Bücher zu kaufen sind.

Nazitreffpunkt Steinsieks Mühle

Seit mehr als drei Jahren haben Nazis aus ganz Ostwestfalen den Hof "Steinsieks Mühle" in Bielefeld als Treffpunkt genutzt. Im Juli stellte die Polizei bei einer "Feier" in den Gebäude die Personalien von 38 Nazis fest und beschlagnahmte Tonträger.
In dem Haus finden regelmäßig Kameradschaftstreffen und Proben nazistischer Bands statt. Drahtzieher hinter dem neuen Treffpunkt sind alte Kader der ostwestfälischen Naziszene, der frischgebackene Fanzineherausgeber **Bernd Stehmann** und **Meinhard Otto Elbing**.

Rock'n Roll Widerstand?

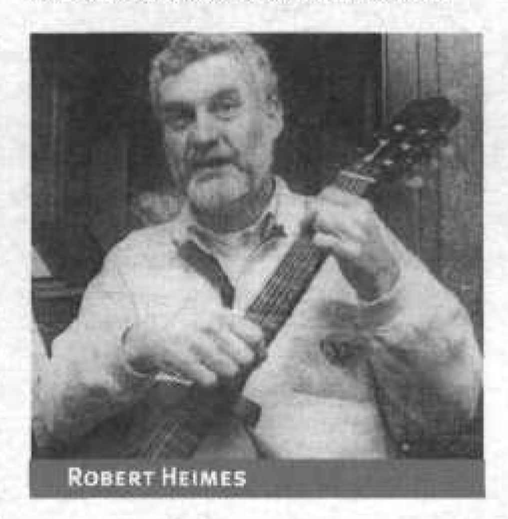
Die amerikanische Kultur scheint bei den Machern des neuen Bielefelder Nazifanmagazins stark zugeschlagen zu haben: Rechtschreibfehler reiht sich an Rechtschreibfehler bei diesen Bewahrern der deutschen Kultur. Das unter dem Titel "Unsere Welt - das Magazin des Rock'n Roll Widerstand" erscheinende, 36 Seitenheft mit Farbumschlag hat mit Rock'n Roll und der Rebellion gegen Establishment und Elterngeneration allerdings so garnichts zu tun. Neben einigen kleinen Konzertberichten, in denen eigentlich eher das Dosenbier im Vordergrund steht, finden sich vor allem Berichte von politischen Aktionen. So von der NPD-Demonstration gegen die Austellung über die Verbrechen der Wehrmacht, der Jahreshauptversammlung der HNG (Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene) oder von der braunen Demonstration am 1. Mai, wo u.a. ein Transparent mit der Parole "Arbeit macht frei" getragen wurde.
Der Inhalt verwundert nicht, ist als Verantwortlicher doch **Bernd Stehmann** angegeben. Dieser ist seit Jahren im Sinne von Kühnens GdNF (Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front) aktiv. Als Reisekader war er in diesem Jahr bei der Hetendorfer Tagungswoche, der HNG Jahrehauptversammlung, dem "Anti-Antifa"-Aufmarsch in Lingen und den Nazi-Demonstrationen in München, Hannoversch-Münden und Marburg zu gegen. Das Fanzine ist also fast ein Reisebericht Stehmanns und seiner Nazikameraden.

Da in dem Blatt z.B zum "heiligen Rassenkrieg" aufgerufen wird, erstattete inzwischen die Grüne Bundestagsabgeordnete Annelie Buntenbach Anzeige gegen das Blatt. Die Staatsanwaltschaft nahm die Ermittlungen auf.

Ratingen

Brauner Karnevals Prinz

Der Ratinger Karneval konnte die vergangenen Jahre mit den anderen rheinischen Karnevalshochburgen nie so richtig mithalten. Dieses Jahr hätte der Ratinger Karnevalsausschuß dies jedoch in Punkto Medienecho fast geschafft, hatten sie doch den Tierarzt **Robert Heimes** zum Karnevalsprinzen gewählt. Dieser hatte 1994 für die Republikaner-Abspaltung "Die Demokraten" zur Kommunalwahl kandidiert. Erst nachdem die Presse dies aufgegriffen hatte und einzelne Karnevalsgarden, die Prinzessin und ein Sponsor abzuspringen drohten, reichte Heimes seinen Rücktritt ein und der Ausschuß stimmte dem zu.


ROBERT HEIMES

Millionengrab „Haus Oberschlesien"

Gelder zur Förderung im Umfang von acht Millionen Mark kassierte die Stiftung „Haus Oberschlesien" vom zahlungswilligen Bonner Innenministerium. Das Geld war für ein Museum bestimmt. Zwei Jahre nach Übergabe des Baus ist das Museum immer noch nicht eröffnet.

Solingen

Scharf geschossen?

Am 31. Mai, spät abends um halb zehn, störten laute Schüsse die abendliche Ruhe am südlichen Ortsrand von Solingen-Ohligs. Verursacher der Schüsse waren vier männliche Rechtsextremisten zwischen 16 und 30 Jahren, die in der Nähe des Wasserschlosses Hackhausen im Wald zelteten.
Die vier Neofaschisten waren aufgrund ihrer Kleidung als solche zu erkennen. T-Shirts mit Reichsadler oder „Skinhead"-Aufdruck sprechen eine eindeutige Sprache. Als die Polizei am Ort des Geschehens eintraf, waren nur noch die beiden jüngeren dort. Einer der älteren würde **„Stefan"** heißen, gaben sie an.
Der Waldbesitzer entdeckte am nächsten Morgen in einer Buche ein etwa acht Zentimeter tiefes Bohrloch. Offenbar war an dieser Stelle ein Projektil aus dem Stamm herausoperiert worden. In einer anderen Buche fand sich ein Hakenkreuz, das aus etwa 20 Kugeln eines Luftgewehrs gebildet wurde. Die Polizei nahm den Vorfall auf, war jedoch zu einer Sicherung der Spuren nicht bereit.

Neonazis bei SOS-Rassismus

Ausgerechnet einen Altnazi lud die Solinger Gruppe SOS-Rassismus zu einem Diskussionsabend ein. Als ein solcher entpuppte er sich jedenfalls im Lauf des Abends. Um die Freilassung des SS-Schergen Gottfried Weise sollte es gehen.
Es erschien **Karl Dimmig** aus Neuss, der bei der Landesregierung um Begnadigung für den mehrfachen Mörder nachgesucht hatte. Dimmig hatte offensichtlich gleich eine ganze Gruppe von Neonazis mitgebracht, die sich im Publikum verteilt hatten und gemeinsam die Veranstaltung sprengten.

Nazitreff am Heß-Todestag

Elf Personen aus der rechten Ecke erschienen am 16. August zu einem Treffen in einer Kneipe in Solingen-Ohligs. Anlaß war der 10. Todestag von Rudolf Hess, eingeladen hatte der „Arbeitskreis Deutsche Interessen" (ADI), hinter dem wiederum der Solinger Neofaschist **Bernd Koch** (40) steht. Auf Betreiben der Polizei beendete der „völlig überraschte" Gastwirt das Treffen der braunen Runde. Die Teilnehmer mußten zusätzlich mit ins Polizeigewahrsam.
Ins Polizeigewahrsam mußten allerdings auch 34 Personen aus dem linken Spek-

trum, die gegen das faschistische Treffen in Ohligs demonstrieren wollten. Von einer Demonstration in Bergisch-Gladbach gegen JN-Funktionär **Achim Ezer** kommend, liefen sie gleich am Ohligser Bahnhof der Polizei in die Arme.
Ihr Erscheinen jedenfalls lieferte der Polizei den Grund, die Rechten festzunehmen. Aus Sorge um Ausschreitungen zwischen rechts und links habe man die Rechtsextremisten in Polizeigewahrsam genommen.

Brandanschlag: Urteil rechtskräftig

Das Urteil gegen die vier rechtsradikalen Mörder aus Solingen ist nun rechtskräftig. In einem Beschluß verwarf der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs im Juli die Revisionsanträge der drei Angeklagten **Felix Köhnen, Christian Buchholz** (beide 10 Jahre Jugendstrafe) und **Markus Gartmann** (15 Jahre Haft). Der vierte, **Christian Reher**, hatte seinen Revisionsantrag bereits 1995 selbst zurückgezogen. Auch er wurde zu 10 Jahren Jugendstrafe verurteilt.
Die Angehörigen der Opfer reagierten auf die Entscheidung der Richter mit Erleichterung. Bei dem Anschlag waren fünf Frauen und Mädchen getötet worden, 14 Personen wurden zum Teil schwer verletzt. Ein Jugendlicher wurde durch Verbrennungen schwer entstellt.
Der Bundesgerichtshof konnte keine Verfahrensfehler entdecken. Auch der strafrechtlichen Bewertung des schweren Verbrechens stimmte er zu.

Witten

Nazizeitungsherausgeber und guter Freund der Wittener CDU-Spitze

Über die rechte Gesinnung des Wittener CDU-Stadtverbandsvorsitzenden haben wir bereits hinlänglich berichtet (siehe Antifaschistische NRW-Zeitung Nr. 12).
Mittlerweile laufen die Debatten um den rechten CDU-Mann **Michael Hasenkamp** seit gut 15 Monaten. Selbst einige dem eher wertkonservativen Flügel der CDU angehörende Politiker der Ruhrstadt haben sich von den Machenschaften und Denkweisen des CDU-Chefs distanziert.
In seiner Jugend, vor rund 17 Jahren, gab Hasenkamp das neonazistische Jugendmagazin „Die Wende" heraus. In diesem braunen Machwerk leugnete der CDU-Chef mehrmals den Holocaust. Heute spricht Hasenkamp von einer „Jugendsünde". Daß es aber bei dieser einen „Sünde" nicht blieb, zeigte ein Brief, den Hasenkamp an einen Geschäftskunden schrieb. Anlaß des Briefes war eine offene Rechnung des Hasenkampschen Kunden. In dem Brief aus dem Jahre 1990 heiß es unter anderem: „Die genetischen überkommenen Verhaltensmuster bedeuten eben auch nicht nur den täglichen 'Schlitzohr-Erfolg', sondern sind oftmals eine schwere Last. Schließlich sind diejenigen, die durch ihren 'Schlitzohr-Erfolg' belastet sind, nicht tatenlos..."
Diesen antisemitischen Brief entschuldigte Hasenkamp damit, daß er ja schließlich schon über ein halbes Jahrzehnt alt sei. Als Hasenkamp den Brief schrieb, war er 30 Jahre.
Den Nazischriftsteller **Erwin Guido Kolbenheyer** sieht er als bedeutenden Literaten an und da verwundert es auch nicht, wenn auf der Traueranzeige der „Mitarbeiter und Geschäftsführung Hasenkamp Papier GmbH" 1995 Ruhnen und ein Zitat des Nazidichters zu finden ist. Für Aufsehen sorgte ein Interview, das Hasenkamp zusammen mit dem rechten CDU-MdB **Heinrich Lummer** dem Herausgeber der Nazizeitung „Freiheit Wattenscheid" **Michael Frank** gab. Nachdem in der „Freiheit Wattenscheid" Nummer 28 der erste Teil des Interviews abgedruckt wurde, verlangten mehrere CDU-Politiker, daß Hasenkamp sich von dem Herausgeber der Nazizeitung distanziert und den zweiten Teil des Interviews zurückzieht. Aber das Gegenteil war der Fall. In einem WDR-Beitrag charakterisierte der CDU-Chef den mehrfach wegen rechtsextremistischer Straftaten Verurteilten als netten Mann, der nur ein wenig wirre Ideen im Kopf hat. Den zweiten Teil des Interviews zog er nicht zurück. „Ich gebe wem und wann ich will ein Interview", war von dem CDU-Chef zu hören.
Daß die Kontakte des CDU-Mannes zu dem Nazizeitungsherausgeber über das Interview hinaus gut gestellt sind, zeigt die Tatsache, daß Michael Hasenkamp bei der Trauung von Michael Frank in Hattingen als Trauzeuge zugegen war. Michael Frank, der jetzt übrigens **Frank-Krämer** heißt, wohnt seit seiner Hochzeit in einem Haus des CDU-Chefs in Witten.

Wuppertal

Stiefelfaschisten in Barmen

Zu Übergriffen auf Jugendliche und zu einer Schlägerei auf einem Volksfest kam es im Sommer dieses Jahres in Wuppertal-Barmen. Hier hatte sich eine rechtsextremistische Clique gebildet, die sich regelmäßig auf öffentlichen Plätzen traf.
Am 2. Juli verhinderte die Polizei eine Prügelei zwischen dieser Gruppe und Punkern auf dem Berliner Platz. Die Polizisten stellten Baseballschläger sicher und sprachen Platzverweise aus. Zwei Personen wurden festgenommen.
Nicht viel mehr als eine Woche zuvor erschienen acht bis zehn Kahlgeschorene am nahegelegenen Wichlinghauser Marktplatz auf dem dortigen Musikantenfest. Trotz Provokationen erhielten die ungebetenen Gäste Freibier. Als der Alkohol dann nicht mehr floß, wurden sie gewalttätig, ein 30jähriger wurde erheblich verletzt. Ein 20- und ein 30jähriger Schläger wurden festgenommen. Der 20jährige war wiederum eine Woche zuvor beim Elberfelder Cityfest ebenfalls nach einer Schlägerei festgenommen worden.

Debatte: Erfolg oder Panne?

*Erstaunlicherweise gingen ungewöhnlich viele LeserInnenbriefe bei der NRW-Zeitung ein, die sich alle mehr oder weniger mit einer antifaschistischen Demonstration gegen die "Jungen Nationaldemokraten" (JN) und ihren Landesvorsitzenden **Achim Ezer** im Sommer vergangenen Jahres beschäftigen. Vorab dokumentieren wir jedoch eine Einschätzung einer an der Vorbereitung der Demonstration beteiligten Gruppe.*

Am 16. August 1997 folgten 500 AntifaschistInnen dem Aufruf des „Bündnis gegen Faschismus" und demonstrierten gegen das im Bergisch-Gladbacher Stadtteil Bensberg ansässige Zentrum der Jungen Nationaldemokraten (JN), das im Wohnhaus des JN-Multifunktionärs Achim Ezer und seiner Familie untergebracht war.

Der Demonstrationstermin am 16. August wurde nicht zufällig gewählt. Am Wochenende des 16. und 17. August riefen bundesweit führende Nazis dazu auf, an den fast überall verbotenen Gedenkmärschen zum 10. Todestag von Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß teilzunehmen. Da in den Jahren zuvor die JN diese Aufmärsche maßgeblich organisierte, wollten AntifaschistInnen diesmal eine offensive Kampagne gegen die JN starten. Auf Initiative des Bundesweiten Antifa-Treffen (BAT) und der Antifaschistischen Aktion/ Bundesweite Organisation (AA/BO) wurden in mehreren Städten die Funktionäre und Drahtzieher der militanten Naziaktivitäten ins Licht der Öffentlichkeit gerückt. Die Antifa-Kampagne begann mit einer Demonstration am 9. August in Quedlinburg unter dem Motto „Den antifaschistischen Widerstand organisieren - Gegen den Rudolf-Heß-Marsch vorgehen!" und setzte sich in den folgenden Wochen mit Informationsveranstaltungen, und am 16./17. mit Aktionen in Braunschweig, Halle und Solingen sowie Demonstrationen in Bergisch-Gladbach, München, Goslar und Nürnberg fort. In Nürnberg folgten am 17. August sogar 1000 AntifaschistInnen dem Aufruf „Den antifaschistischen Widerstand organisieren - Schluß mit dem Naziterror!".

Achim Ezer, als Landesvorsitzender, stellvertretender Bundesvorsitzender, Leiter des JN-Ordnerdienstes und treibende Kraft der JN auf regionaler und bundesweiter Ebene, konnte bisher seine Aktivitäten in aller Ruhe vom Kölner Hinterland organisieren. In Bergisch-Gladbach/Bensberg war seine Tätigkeit völlig unbekannt. Um dies zu ändern, initiierten unabhängige Kölner Antifa-Gruppen das Bündnis gegen Faschismus in Bergisch-Gladbach, das mit Beteiligung von Antifas, DGB, Grünen, DKP, VVN, der "Initiative Mahnmal 9. November" und den Jusos ein relativ breites Spektrum abdeckte. Im Vorfeld der Demo organisierte das Bündnis Öffentlichkeitsaktionen in der Bergisch-Gladbacher und Bensberger Innenstadt, die auf erstaunlich großes Interesse stießen. Trotzdem fiel die Zahl von 500 Demo-TeilnehmerInnen unerwartet hoch aus und wurde als großer Erfolg verbucht. Die Demo, die unter dem Motto „Keine Ruhe für Faschisten" durch die Bergisch-Gladbacher Innenstadt zog und an einem Mahnmal für ermordete AntifaschistInnen im Nationalsozialismus endete, zog große Aufmerksamkeit auf sich. Während der Demo hatten sich Oliver Händel und andere JN-Ordnerdienst-Aktivisten in Erwartung eines Angriffs von Antifas auf dem Dach des Ezer-Hauses postiert. Ihr martialischer Aufzug stieß auf wenig Begeisterung in der Nachbarschaft, die im Vorfeld der Demo durch Flugblattaktionen auf Ezer aufmerksam gemacht worden war. Nach der Demo taten sich einige der NachbarInnen zusammen und erklärten Ezers Eltern, daß sie keine weiteren Nazi-Treffen in Bensberg dulden würden. Die Demo und die Aktivitäten der Nachbarn zeigten schnelle Wirkung: zwei Wochen nach der Demo packte Achim Ezer seine Sachen und ward seitdem nicht mehr in Bensberg gesehen. Seine Eltern haben das Haus verkauft, nach Auskunft der Nachbarn „weit unter Preis".

Mit diesem Ergebnis sehen wir die Demonstration als einen großen Erfolg an. Die Wahl des Demo-Ortes hatte zunächst im Bündnis für einigen Ärger gesorgt. Die ursprünglich anvisierte Demostrecke in Bensberg, also in direkter Nähe von Ezers Wohnort, wurde von einigen Bündnisgruppen abgelehnt. Als Kompromiß einigte man sich schließlich auf die Demonstratiosroute in Bergisch-Gladbach. Bei einigen Demo-TeilnehmerInnen stieß die Entscheidung, nicht zu Ezers Wohnort zu gehen auf Unverständnis. Wir halten die Entscheidung aber nach wie vor für richtig, da nur so ein breites Bündnis aufrechterhalten und eine größtmögliche Öffentlichkeit erreicht werden konnte, was das politische Ziel der Demo sein sollte.

Neulich in Bergisch Gladbach

Am 16.08. 1997 fand in Bergisch Gladbach eine Antifa Demo unter dem Motto „Keine Ruhe für die Faschisten" gegen das Zentrum der Jungen Nationaldemokraten in Bergisch Gladbach-Bensberg statt. Ziel der Demonstration sollte es sein, auf die militanten Naziaktivitäten und ihre Drahtzieher aufmerksam machen. Gemeint war damit der JN Aktivist Achim Ezer, der in Bergisch Gladbach-Bensberg wohnt.

Zu einigen Dingen, die uns als TeilnehmerInnen aus dem Ruhrgebiet dabei ganz und gar nicht gefallen haben, möchten wir Stellung nehmen.

Zu Beginn der Demo und auch im weiteren Verlauf der Demo war es für einen nicht unerheblichen Teil der Menschen nicht klar, welches Ziel die Demo eigentlich hat. Daß es definitiv nicht zum Haus von Ezer gehen würde, war erst deutlich, als die Demoleitung die Veranstaltung auflöste und alle aufforderte, nun nach Hause zu gehen. Ein großer Teil der Antifas war davon doch deutlich überrascht. Im Nachhinein hat sich heraus gestellt, daß es schon längere Zeit klar war, nicht zum Haus von Ezer zu gehen. Diese Information war aber nicht sehr verbreitet, was uns zu den unschönen Gedanken bringt, daß hier Leute verarscht wurden, um möglichst viele Auswärtige zu mobilisieren. So geht das nicht.

Auch wenn es sich um eine Bündnisdemo handelte und es möglicherweise politisch nicht möglich war, zum Haus zu gehen, oder dies von den Bullen verboten war, so muß das im Vorfeld deutlich gesagt werden.

Womit wir bei der Demoleitung und ihrem Verhalten wären. Warum hat es keine EA-Nummer gegeben? Dies ist ein Mindeststandard bei solchen Aktionen!! Daß sie nötig gewesen wäre, dazu später.

Wieso konnte jeder fotografieren ohne durch eine Binde als von der Demoleitung autorisiert erkennbar zu sein?

Wenn man schon über Ezer informieren will, ohne zum Haus zu gehen, warum gab es dann keine Flugis mit Bild und Adresse, mit denen man die Nachbarn informieren kann?

Eine weitere Krönung der Demo war die zentrale Kundgebung am Marktplatz, bei der alle DemonstrantInnen in einen Park geschickt wurden, um den Busverkehr nicht zu behin-

dern. Was ist dies für ein Verständnis vom Demonstrationsrecht, wenn, so erklären wir es uns, eine derartige Auflage der Bullen beachtet wird. Wir wollen nicht annehmen, daß diese bescheuerte Idee dem Bündnis / der Demoleitung selbst gekommen ist.
Die Dämlichkeiten der Demoleitung, respektive einiger ihrer Mitglieder, fanden ihren vorläufigen Höhepunkt in der Aufforderung an die DemonstrantInnen, die Gegenfahrbahn für den Autoverkehr frei zu machen und die Vermummung abzunehmen. Daß es als Antwort darauf nur Gelächter und mehr Vermummte gab, hat der junge Mann nicht so ganz verstanden. Vielleicht hat es ihm der Bulle, mit dem er Kontakt hielt, erklärt.
Kann mensch dies alles vielleicht noch unter der Rubrik 'leicht bescheuert' zur Kenntnis nehmen, ist die Art und Weise der Beendigung der Demo ein grober politischer Fehler. Nach dem Redebeitrag der VVN zu den Stella Werken wurde mitgeteilt, daß die Demo aufgelöst sei und niemand auf die Idee kommen solle, auf eigene Faust nach Bensberg zum Haus des JN Kaders zu gehen. Die gesamte Gegend sei von den Bullen abgeriegelt worden.
Wir meinen, es wäre möglich gewesen, wenigstens bis zur ersten Bullensperre zu gehen. Mindestens aber hätte ein geschlossener Rückzug zum Bahnhof oder in die Innenstadt organisiert werden müssen.
Als auf dem Rückweg Gerüchte zu einem Faschoaufmarsch in Solingen die Runde machten, war es nicht mehr möglich, irgendein gemeinsames Vorgehen zu planen.
Was bleibt, ist eine ziemlich miese Stimmung und das Gefühl, für politische Zwecke vor Ort verarscht worden zu sein.

Ein Erlebnisbericht:

Nachdem das „Bündnis gegen Faschismus", welches die Demo gegen die JN / Achim Ezer am 16.8.97 in Bergisch-Gladbach geplant hatte, wohl vergessen hatte, was Ziel und Zweck derselbigen war, machte ich mich mit einer Gruppe von ca. 20 Leuten in Richtung des Hauses von Achim Ezer auf.
Die Bullen, die dies sofort mitbekamen, hielten uns auf unserem Weg des öfteren an und machten uns darauf aufmerksam, daß wir erst gar nicht versuchen sollten, an Ezers Haus ranzukommen, da das gesamte dortige Umfeld abgeriegelt sei. Da wir uns nicht großartig an diesen Aufforderungen störten, wurden wir so nach ca. zwei Kilometern angehalten und erhielten Platzverweise. Daß einige Punks nach Hause mußten, um sich um ihre Tiere zu kümmern, interessierte die Bullen überhaupt nicht. Sie filmten die ganze Zeit fröhlich mit, provozierten massiv und scheuten es natürlich nicht, einige Rangeleien anzufangen.
Außerdem nahmen sie zwei Leute vorläufig fest, die sie nach einigem Hin und Her wieder frei ließen. Selbst nach der achten (!) Aufforderung waren sie nicht bereit, uns ihre Namen und Dienstnummern mitzuteilen. Nach und nach ließen sie dann doch einige (aber nicht alle) Punks durch, die sich dann auf den Weg nach Hause machen konnten. Wir wurden aufgefordert, uns zur nächsten Bushaltestelle zu begeben und diesen Teil des Dorfes zu verlassen. Die Bullen folgten uns die ganze Zeit mit drei Einsatzwagen. Als wir jedoch an der Bushaltestelle angekommen waren, erhielten wir wieder einen Platzverweis und sollten uns zur nächsten Bahnstation aufmachen. Auch dies taten wir in ständiger Begleitung. An der Station angekommen, versuchten sie wiederholt zu provozieren, indem sie uns vorschreiben wollten, in welche Richtung wir zu fahren hätten und jemandem, der einen Spuckie an ein Bahnschild geklebt hatte, eine Strafanzeige androhten. Unbeeindruckt stiegen wir dann in die sich nähernde Bahn und fuhren mit drei Bullen in Richtung Köln. Die drei verließen uns dann auf halber Strecke.

Und dann war da noch ...
...neulich in Solingen.

Nach der nun doch eher mißglückten Demo (?!?) in Bergisch - Gladbach am 16.8. (s.o.) ging rund, daß unsre netten 'Volksgenossen' in Solingen aufmarschieren wollten. Eher unvorbereitet machte sich nun also eine Gruppe auf den Weg dorthin. Plan war, schon in Solingen-Ohligs auszusteigen, um eventuelle Begegnungen mit 'Freunden und Helfern' zu vermeiden und dann mit Bus oder so zum eigentlichen Ort des Geschehens zu gelangen. Bis zur planmäßigen (!) Ankunft im Bahnhof um 14.41 Uhr ging auch so weit alles gut, aber kaum waren wir draußen, fielen wir - als überwiegend schwarz gekleidete Gruppe von 30-40 Menschen - wohl einigen (überwiegend grün gekleideten) Damen und Herren unangenehm auf. Jedenfalls nahmen diese ziemlich rasch die Verfolgung auf, woraufhin wir so ca. eine halbe Stunde lang Solingen-Ohligs im Dauerlauf kennenlernen durften. Gegen 15.10 Uhr war dann erstmal Schluß mit laufen, weil die Bullen dummerweise von vorne und hinten kamen. Ca. 15 von uns wurden also in Gewahrsam genommen, an die Wand gestellt, durchsucht, gefesselt (wobei einige Jung-Bulletten wohl Probleme beim korrekten Anlegen der Plastikbänder hatten und Kollegen um Hilfe bitten mußten). Die ganze Szene wurde angesichts des hohen und bewaffneten Bullenaufgebots von Anwohnern mit ungläubigem Staunen und Unverständnis (gegenüber den Bullen) aufgenommen. Warum die ganze Aktion lief, konnte uns übrigens niemand sagen, wir hätten uns wohl einer Personalienfeststellung entziehen wollen (muß einem ja auch gesagt werden, daß eine Horde bewaffneter und gepanzerter Gestalten nur deshalb auf einen zurennt, weil sie mal nett nachfragen wollten, wer wir sind).
Nachdem wir nun alle ordentlich verschnürt waren, ging's in einer Wanne mit drei Zweier-Zellen und zwei Bullies nach Wuppertal (Merke: Solingen gehört bullentechnisch zu Wuppertal). Die Luftverhältnisse in den Fahrzeugen wurden mit dem mehrstündigen Warten im sonnigen Innenhof der Bullerei nicht gerade besser. Irgendwann kamen wir jedenfalls zur erkennungsdienstlichen Behandlung und erneuten Durchsuchung rein, wobei ich noch den freundlichen Hinweis erhielt, daß ich in diesem gastlichen Haus wohl die Nacht verbringen dürfte. Übrigens konnte ich gegen die ED keinen Einspruch ins Protokoll aufnehmen lassen, da es erstens kein Protokoll gab und zweitens Polaroid und Fingerabdruck keine ED sind (mensch lernt nie aus!). Telefonieren war auch nicht drin (schließlich war ich ja nicht in Haft, sondern nur in Gewahrsam genommen worden und da ist das nicht nötig), es gab aber sowieso keinen EA - nochmal schöne Grüße nach Bergisch - Gladbach (!!!). Gegen 17.30 kam ich dann in mein luxuriöses "Zimmer auf Zeit" (O-Ton Bulle) - die allseits beliebte Einzelzelle mit Klo und allem was das Herz begehrt. Ungefähr 50 Minuten später bekam ich Gesellschaft, was sich im zehn-Minuten-Takt noch zweimal wiederholte. Zu viert in der Zelle wurde es ohne Lüftung dann so richtig gemütlich: die Temperaturen stiegen, der Sauerstoffgehalt sank gegen null und durchschwitzte Klamotten riechen immer wieder angenehm. Essen und Trinken waren im Preis wohl nicht inbegriffen, jedenfalls bekamen wir nichts. Das Drücken des Alarmknopfes schien unsere Freunde und Helfer wohl eher weniger zu interessieren und auch Trommeln auf Tür und Kloschüssel änderten nichts am offensichtlichen Desinteresse an uns.
So gegen 21.00 Uhr wurde es auf den Fluren dann wieder belebter: ca. 80 Menschen wurden in 4-er-Gruppen in die Freiheit entlassen, bei denen, die noch warten mußten, wurden wenigstens die Luken in den Türen offen gelassen. Ich selber durfte so gegen 22.00 ungefilterte Luft atmen. Wir wurden am Bahnhof Wuppertal Barmen mit dem Hinweis, so schnell wie möglich nach Hause zu fahren, abgesetzt- was um die Uhrzeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht gerade einfach war.
Fazit: Alles in allem ziemlich Panne gelaufen - bitte nicht nochmal!

Daß Du Dich wehren mußt,

wenn Du nicht untergehen willst,



wirst Du wohl einsehen!